

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Das Bleiwüstenmagazin präsentiert:

- Urlaubsfotos
- Der General lässt räumen
- allerlei Antifaschistisches vor Nürnberg
- Inge Viett,Helmut Pohl und andere
- Anti-Atomares vor dem 4.Castor
- und vieles mehr

Nr. 429

7. August 1997

hallo
zwar erscheinen wir bekanntlich wegen der Sommerpause zur Zeit 14-tägig, aber angesichts der Materialfülle, die uns in letzter Zeit entgegen schlägt, müssen wir uns ernsthaft überlegen, zur Tageszeitung zu avancieren. Solange haben wir hemmungslos verkleinert und der Layoutabteilung keine Chance gelassen.
Als Ergänzung zu "Timors Trupp" hätten wir auch gerne noch aus der Arranca den Artikel von K.Viehmann zum I.Viett Buch gebracht, aber (siehe oben) der Platz reichte nicht. Vielleicht finden andere beim nächstenmal eine freie Ecke, solange empfehlen wir euch, in der Arranca nachzulesen.
Auf der nächsten Ausgabe in 14 Tagen würden wir ja gerne wieder ein hundsgemeines, fieses Titelbild zum General Schönblöd sehen....also
bis dann

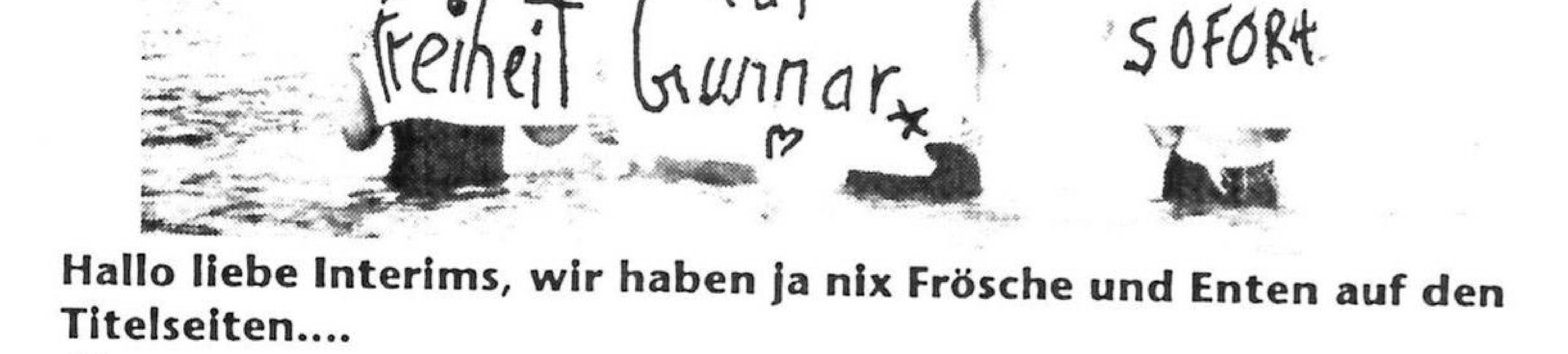
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

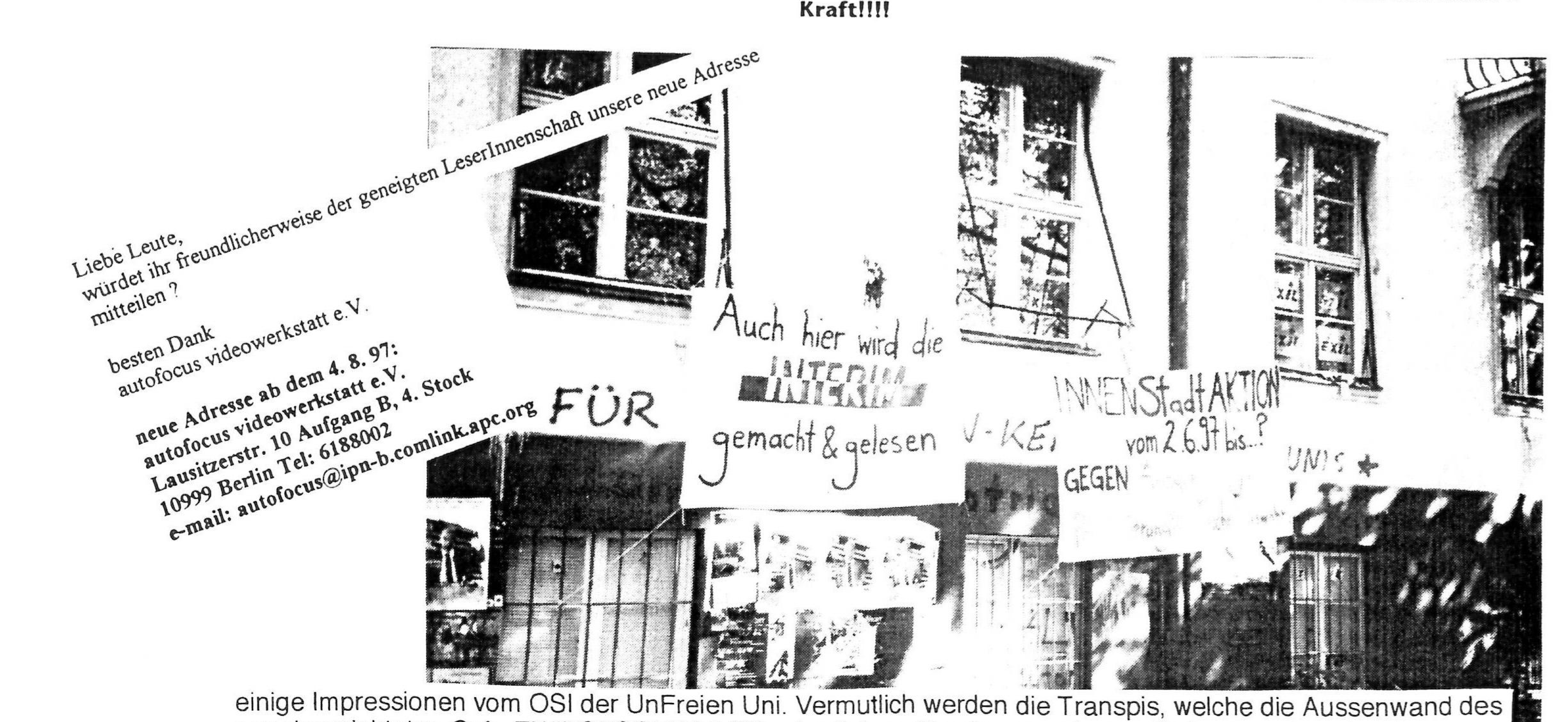
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:



Hallo liebe Interims, wir haben ja nix Frösche und Enten auf den Titelseiten....
Aber:
Auf alle Fälle würden wir (und Gunnar) uns sehr freuen, wenn ihr unseren kleinen Gruß abdrucken würdet. Ansonsten viel Liebe und Kraft!!!!



Liebe Leute,
würdet ihr freundlicherweise der geneigten LeserInnenschaft unsere neue Adresse mitteilen ?

besten Dank
autofocus videowerkstatt e.V.

neue Adresse ab dem 4. 8. 97:
autofocus videowerkstatt e.V.
Lausitzerstr. 10 Aufgang B, 4. Stock
10999 Berlin Tel: 6188002
e-mail: autofocus@ipn-b.comlink.apc.org

einige Impressionen vom OSI der UnFreien Uni. Vermutlich werden die Transpis, welche die Aussenwand des neueingerichteten Cafe EX(il)GESCHWULST schmücken, für eine ungeheure Steigerung des niedrigen Verbreitungsgrades der INTERIM in Dahlem sorgen. solidarische Grüsse von Autonome Studis

Der General lässt räumen / Volxsport

Danke, General Schönbohm! **Berlin, 29.07.97**

Endlich ist es nach den Räumungen des letzten Herbstes wieder geschehen. Die „Berliner Linie“, die die Räumung besetzter Häuser nur bei Neubesetzung zulässt, ist endlich wieder konsequent angewendet worden.

Denn Neubesetzungen, die seit 7 Jahren bestanden, konnten einfach nicht weiter geduldet werden. Die Räumung der Häuser in der Scharnweberstr. 28 (SEK), der Rigaer Str. 80 in Berlin - Friedrichshain und der Pfarrstr. 88 (Eisenbahner) in Berlin - Lichtenberg am 29.07.97 war schon seit langem überfällig. Überhaupt, es wird sowieso Zeit, diesen ganzen TerroristInnen, die in selbstbestimmten Häusern wohnen, 'mal zu zeigen, was eine Harke ist! Schließlich sind die keine anständigen Deutschen wie Du, sondern färben sich sogar die Haare bunt, verstecken AusländerInnen, die längst Deine Abschiebeknäste, und danach die Folterkammern Deiner faschistischen Freunde im „befreundeten Ausland“ bevölkern sollten; und weigern sich sogar, die Lieblinge Deiner Saubermann - Politik, die „richtigen“ Deutschen (ja, genau die mit der rechten Gesinnung) zu unterstützen. Der Feind steht links!

Dieses linke Pack hat ja auch keine Gesinnung, sonst hätten die auch genauso viele Morde begangen, wie die Nazis. Ganz schön mickrig von denen, die können ja noch nicht 'mal Menschen abmurcksen, so wie Deine Freunde von rechts seit Jahren. Es wurde deshalb höchste Zeit, bei den Linken 'mal nach dem Rechten zu schauen, auch wegen der Rechte der AlteigentümerInnen, und der Bedrohung der AnwohnerInnen, die noch nicht das Glück haben, ihrem eigenen Spekulanten hilflos ausgesetzt zu sein. Rechte von SpekulantInnen müssen endlich durchgesetzt werden, das ist sich eine saubere Hauptstadt selbst schuldig. Die Bevölkerung dieses schönen Stadtteils mußte wirklich lange genug mit diesem asozialen Pack leben, wird Zeit, daß da ein ordentlicher Spekunlant hinkommt, um den ganzen Dreck auszufegen. Außerdem das Problem der „inneren Sicherheit“: Seit Jahren wird mensch in Friedrichshain täglich von Linken und Ausländern bedroht, während die Nazis täglich mit einem Blumenstrauß vor der Wohnungstür stehen, Kaffee und Kuchen spendieren und alten Damen über die Straße helfen. Soll sich bloß niemand über ca. 50 neue Obdachlose PennerInnen aufregen, die kosten zwar das Geld der braven SteuerzahlerInnen, aber das rechnet sich durch das wiedergewonnene Weltstadtimage. Denn welche/r TouristIn möchte nicht gerne in eine Stadt reisen, die genauso aussieht wie die westdeutsche Provinz ? Alternatives verwirrt die Leute doch nur! Da muß mit eisernem, preußisch - korrektem Besen ausgefegt werden!

Ja, jetzt müssen die geräumten PennerInnen sehen, wo sie hingehen. Aber das Problem ist klein, schließlich baut Berlin als wunderschöne neue Hauptstadt zur Zeit sowieso wie wild, da werden ja auch noch ein paar neue Brücken zum 'drunterliegen 'drin sein.

Die sollen nach Brandenburg gehen und die Deiche verstärken, während hier 500 Bullen weiter die Helden spielen. Vielleicht könnten wir es auch 'mal wieder mit Arbeitslagern versuchen, es gibt ja viel zu tun, während die Arbeitslosenzahlen weiter steigen. Baracke bei Wasser und Brot ist sicher billiger, als so ein arbeitsloses Gesindel weiter auf eigene Kosten mietfrei wohnen zu lassen...

Bis hierhin und nicht weiter! Ende der Satire!

Die Verantwortlichen für die Politik der Ausgrenzung und Verelendung von immer mehr Menschen sollen wissen, daß das Ende der Fahnenstange erreicht ist, und daß wir uns zur Wehr setzen werden. Wir fordern alle linksradikalen Menschen auf, jetzt sofort militant zurückzuschlagen, und dabei alle Mittel einzusetzen, die zur Verfügung stehen.

Wir denken dabei an jede erprobte Art der Militanz gegen Sachen, und an gezielte Angriffe auf die Polizei und bekannte Spekulanten.

Einige autonome

Keine Macht für Niemand!

Die Zähne zeigt, wer das Maul aufmacht!

Schönbohm läßt besetzte Häuser und Wagenburgen räumen -

Wir haben heute zwei Hotels der 4-Sterne Klasse besucht: das Grand Hotel in der Friedrichstraße und das Hilton am Gendarmenmarkt.
Natürlich nicht, um dort zu nächtigen. Denn das Angebot pro Bett für 345 Mark pro Nacht ist für Viele von uns die Summe, die wir monatlich vom Sozi bekommen. Nein - unser Anliegen dort war das Ablegen von mehreren Rauchkörpern in den großen Emfangshallen.

Damit wollen wir der Politik des Berliner Senats und der Schönbohmer Generalität Sand ins reibungslos laufende Säuberungsgetriebe streuen.
Für die Einen bedeutet 'Perspektive Hauptstadt' bessere Verwertungsbedingungen der innerstädtischen Struktur und Nutzung des privatisierten Raumes. Für die Anderen bedeutet 'Perspektive Hauptstadt' Kündigung, Vertreibung, Marginalisierung und soziale Vernichtung. Am Dienstagmorgen wurden durch die Räumung von drei Häusern in Friedrichshain wieder die Zahl der Obdachlosen um einhundert erhöht.
Wenn wir uns nicht wehren, dehnt sich der Durchmarsch der Modernisierer auf alle gesellschaftliche Ebenen aus.
Wir nehmen den Konflikt ernst und werden die Räumungen und "Säuberungen" der Stadt auch weiterhin behindern.

Die Rauchkörper in den beiden Hotels gefährdeten in keinem Moment das Leben der Hotelgäste. Die Aktion richtet sich auch nicht gegen diese persönlich. Die Möglichkeit, daß Gäste aufgrund der Rauchentwicklung Angst bekommen, nehmen wir in Kauf. Was ist schon eine Minute flaues Gefühl in der Magengegend gegen die Räumung von Wohnraum, wie besetzte Häuser oder Wagenburgen, in deren Verlauf schmerzhaftere Gefühle durch hölzerne Bullenknüppel hervorgerufen werden.

Wir haben lange kontrovers diskutiert, ob wir eine Soli-Aktion für die geräumten Häuser machen, und was unsere Motivation ausmacht. Hätten wir vor geraumer Zeit einen Angriff/Räumung eines besetzten Hauses noch als Angriff auf "unsere" Strukturen begriffen, tritt dies bei einzelnen immer weiter in den Hintergrund. Die Beweggründe müssen wir uns mittlerweile abstrakt heranziehen, d.h. wir stehen nach wie vor hinter dem Prinzip der Aneignung- sei es von Freiraum, Wohnraum oder auch Bleiberecht
Eine BesetzerInnen-Bewegung gibt es nicht mehr. Nach innen wird oftmals der Freiraumgedanke damit verwechselt, in einem relativen Machtvakuum die eigene individuelle Macht umso wirksamer auszuspielen, und über alles was den eigenen aktuellen Interessen entgegenläuft, hinwegzugehen. Beispiele wie die vergangenen Konflikte in der Marchstraße oder Kinzigstraße sind keine Seltenheit und prägen eher das Bild, als die üblichen Worthülsen Freiraum, emanzipative Prozesse, Eigenverantwortung... .
Nach außen wird i.d.R. nichts weiter vermittelt, was Hausbesetzungen bezüglich Beschaffung von Wohnraum oder gar von neuen, besseren Umgangsformen, wider die Ellbogengesellschaft, legitimieren könnte.
Die gelaufenen Häusertage sprechen da schon ziemlich für sich selbst: Vokü und Party, eine Woche lang...und immer schön unter sich bleiben! Hausbesetzungen sind zur Zeit also eher verdeckte Obdachlosigkeit, als Ausprobieren von gleichberechtigten, nach vorne weisenden Wegen?
Okay, sicher wurden wir jetzt einigen ungerecht, aber diese wissen darum und sind uns letztenendes immer noch Antrieb genug, uns zu solidarisieren.

Autonome Gruppe Wohnen ist ein Menschenrecht

Mit einer Demonstration antworteten fast 600 Hausbesetzer und Sympathisanten am Dienstag abend auf die Räumung von drei Häusern in Ost-Berliner Bezirken. Im Anschluß ging die Polizei gegen einige Teilnehmer vor, die mit Steinen und Flaschen geworfen haben sollen



Faltblatt

ZEITUNG AUS FRIEDRICHSHAIN

Eine Stadt wird verscherbelt

SOMMER 1997

Im Zuge der Hauptstadtplanung und der damit einhergehenden stadtweiten Umstrukturierung, wächst das Interesse an Berlin für Investoren und Spekulanten immens. Wer glaubt, daß sich das positiv auf die Berliner Lebensqualität und Wohnraumsituation auswirken wird, wird spätestens dann desillusioniert sein, wenn sich ein Spekulant für sein Wohnhaus interessiert. Denn nicht das Interesse an einer Verbesserung der Wohnsituation steht im Vordergrund, sondern die Maximierung des Gewinns. Es dürfte sich in gewissen Kreisen bereits herumgesprochen haben, daß die Profitmöglichkeiten auf den Berliner Immobilienmarkt vielversprechend sind. Damit dürfte das Ende von bezahlbaren Wohnraum besiegelt sein.

Besonders lukrativ für den Eigentümer sind leerstehende Häuser, da bei Verkauf der doppelte Gewinn erziehlt werden kann. Gleiches gilt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Zur Entmietung entwickeln die Eigentümer äußerst unterschiedliche Strategien. Ein beliebtes Mittel ist es, keine Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen, um für einen geplanten Abriß Fakten zu schaffen.
Zuckerbrot und Peitsche hat bei Entmietung Methode. Wenn (oft falsche) Versprechungen ins Leere laufen, wird oft auf MieterInnen Druck ausgeübt. Der Vermieterterror reicht von haltlosen Kündigungen, nichtgenehmigten Baumaßnahmen, Brandstiftung, dem Kappen von Gas-, Wasser- und Stromleitungen, Zwangsräumungen durch Polizei- und Bautrupps bis hin zu verbalen Androhnungen gegen Leib und Leben und das Losschicken von Schlägertrupps.
Durch Bodenspekulation und Neubau von Büro- und Geschäftshäusern lassen sich enorme Gewinne erzielen. Allein in den vergangenen zwei Jahren entstanden in der Frankfurter Alle drei Einkaufspassagen. Für einen Bezirk mit den zweithöchsten Arbeitslosigkeit in Berlin ist das unverhältnismäßig.
Durch die Modernisierung von Altbauten steigen die Mieten auf ein für viele jetzt schon unbezahlbares Niveau, was mittelfristig einen Austausch der Bevölkerung nach sich zieht. In Prenzelberg und Mitte haben dies schon viele Kiezbewohner zu spüren bekommen. Für einen Bezirk wie Friedrichshain sind die Folgen fatal, da hier die BewohnerInnen mit dem geringsten Durchschnittseinkommen leben.
Doch nun konkret:

Entmietung durch Brandstiftung

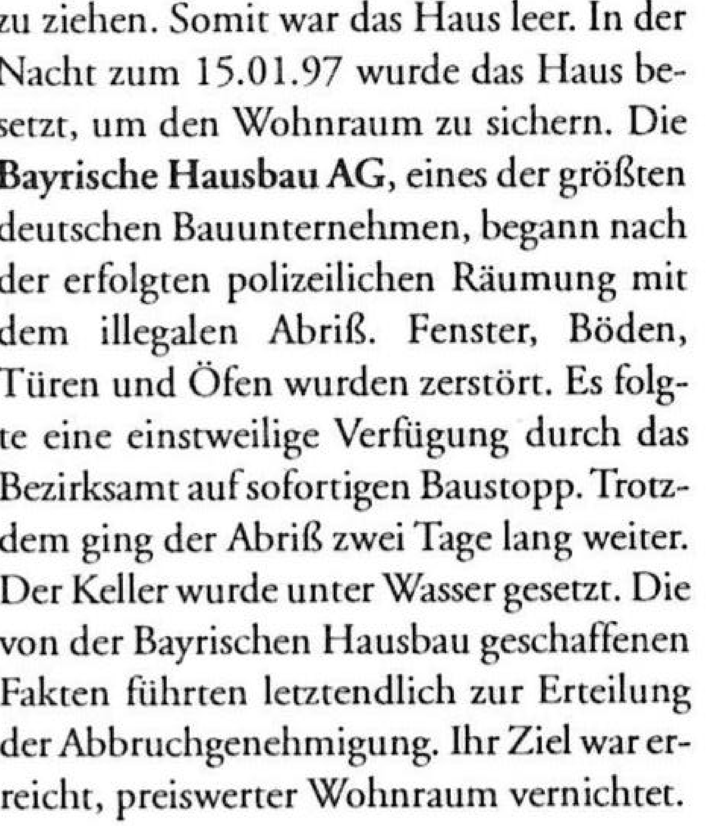
Am Morgen des 16.7. brannte gegen 8 Uhr 30 der Dachstuhl des ex-besetzten Hauses **Rigaer Straße 84** und der **Proskauer Straße 10** in Friedrichshain. Die BewohnerInnen haben Mietverträge und leben als Wohnkollektiv. Nach Aussage der Kripo handelt es sich um Brandstiftung. Durch Brand und Löschmitteleinsatz wurden die Wohnungen im 4. Stock beschädigt.



Nichtsdestotrotz wurden beide Häuser für die BewohnerInnen gesperrt. Der Eigentümer der Häuser ist die **Stratford LTD**, eine Briefkastenfirma in England. Wer dahinter steckt ist unklar. Verwaltet werden die beiden Häuser von der **HVG-Hausverwaltungsgesellschaft** mit Sitz in Berlin Charlottenburg. Diese nervt die BewohnerInnen der Rigaer Str. 84 seit Jahren mit Forderungen sich auf eine Modernisierung einzulassen, was aber in der Vergangenheit verhindert werden konnte. Erst kurz vor dem Brand verlor die HVG einen Prozeß gegen die Mieterinnen. Der Mann fürs Grobe ist ein gewisser Manfred Leubert, ein von der HVG beauftragter Bauunternehmer. Er ist auch der Mieter des Eckladens, in dem es den ersten Brand gab bei dem die BewohnerInnen ernsthaft gefährdet waren. Auch damals stellte die Polizei eine Brandstiftung fest, die Ermittlungen wurden jedoch kurze Zeit später eingestellt. Nach dem Brand begann Leubert den Eckladen und die leerstehenden Wohnungen in der Proskauer 10 illegal zu sanieren. Als M. Leubert die dort lebenden MigrantInnen als 'Russenmafia' denunzierte, wurden sie von der Polizei rausgeschmissen. Nun stand der ungestörten Sanierung nur noch die beiden letzten Mietparteien im 4. Stock im Wege. Da sie sich, trotz abgestelltem Strom und Gas und mehreren unbegründeten Kündigungen, nicht vertreiben ließen, drohte Leubert ihnen: "Paßt auf, sonst lege ich oben Feuer." Nun hat es also tatsächlich gebrannt. Durch eine heiße Räumung sollte möglicherweise auf einem anderem Wege nachgeholfen werden. Leubert wurde einen Tag vor dem Brand morgens auf dem Dach der Proskauer Str. 10 gesehen. Die Sanierungsarbeiten waren aber schon seit mehreren Wochen eingestellt worden. Das gab auch der Geschäftsführer der HVG Möller in der Presse zu. Allerdings soll dies der Grund sein, weshalb sich Leubert die ganze Zeit über in Norddeutschland aufhalten soll. Unverschämterweise behauptet Möller, der Brand sei von rivalisierenden Hausbesetzern gelegt worden.

Die HVG hat ihr Ziel erreicht?

Nein, das hat sie gewiss nicht, denn nur den Druck der BewohnerInnen wurden die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen in die Wege geleitet und eine übliche, mietensteigernde Modernisierung verhindert. Damit das Haus entsperrt werden kann, forden wir die HVG auf, die Auflagen des Bau- und Wohnungsamtes schleunigst zu erfüllen. Bis jetzt haben sich die Befürchtungen der MieterInnen bestätigt, daß die HVG den Brandschaden nutzen würde, um ein Bewohnen des Hauses möglichst lange hinaus zu zögern. Den Bauarbeitern einer Gerüstbaufirma erzählte Möller, die Bewohnerinnen würden in nächster Zeit nicht in das Haus hinein kommen, da das Haus saniert werden würde.



Allein die Tatsache, daß es sich um ein ex-besetztes Haus handelt war für die Polizei Grund genug, Stimmung gegen die Bewohnerinnen zu machen und diese zu schikanieren. So wurde dem Einwohnermeldeamt von der Polizei mitgeteilt, der Seitenflügel des Hauses sei besetzt gewesen und nun geräumt. Die Bauarbeiter wurden von der Polizei vor den Mietern gewarnt, da diese äußerst gewaltbereit seien. Zwei Transparente die über den Brand informierten, wurden widerrechtlich von der Polizei gestohlen. Wer der Polizei nicht ins Bild einer sauberen Hauptstadt paßt, wird sogar als Mieter schikaniert.
Fight the War! Fuck the Law!

Entmietung unter Polizeischutz:

Beispiel **Rigaer Straße 19-21**: Hier wollen die Eigentümer **Gebrüder Witte KG** und **Real Estate Capitalanlagen Immobilien Achim Salcher GmbH** an den Investor Wohnen und Arbeiten am Frankfurter Tor gewinnbringend verkaufen. Über den Kaufpreis konnte man sich noch nicht einigen. Da die Häuser bald entmietet sind fordern die Eigentümer eine höhere Summe. Für die leerstehenden Wohnungen erteilte das Bezirksamt eine Leerstandsgenehmigung, da die Eigentümer den Leerstand mit noch zu erfolgender Sanierung begründeten. Sanieren wollen sie jedoch nicht, was durch die schriftliche Ankündigung eines geplanten Seitenflügelabrisses offensichtlich wurde. Erklärtes Ziel ist, die Mieter zum Auszug zu bewegen. Am 9.7.97 luden der Mieterladen und die Mieter zu einer Pressekonferenz ein. Interessant im Vorfeld war, daß die Polizei in vorauseilender Amtshilfe im Bezirksamt nachfragte, ob diese Veranstaltung mit der Präsenz einer Hunderschaft abzusichern wäre. Mieter sowie Mieterladen protestierten auf das Schärfste gegen diese Kriminalisierung, ging es doch lediglich darum, den Vermieter an seine Pflichten zu erinnern.

Staatlich geduldeter Vandalismus

Beispiel **Rigaer Straße 27**: Dieses Gründerzeithaus zeichnete sich durch eine gute Bausubstanz aus und wurde in den 80er Jahren saniert, auch die Stuckdecken und Parkettböden. Der neue Eigenümer kündigte Modernisierungen an und es kam zu Modernisierungsvereinbarungen mit den Mietern. Diese bekamen jedoch so günstige Ausweichwohnungen, daß sie nicht mehr ins Haus zurück wollten. Widerspenstige Mieter wurden mit persönlichen Zugeständnissen für die neuen Wohnungen "überredet" auch nicht mehr zurück zu ziehen. Somit war das Haus leer. In der Nacht zum 15.01.97 wurde das Haus besetzt, um den Wohnraum zu sichern. Die **Bayrische Hausbau AG**, eines der größten deutschen Bauunternehmen, begann nach der erfolgten polizeilichen Räumung mit dem illegalen Abriß. Fenster, Böden, Türen und Öfen wurden zerstört. Es folgte eine einstweilige Verfügung durch das Bezirksamt auf sofortigen Baustopp. Trotzdem ging der Abriß zwei Tage lang weiter. Der Keller wurde unter Wasser gesetzt. Die von der Bayrischen Hausbau geschaffenen Fakten führten letztendlich zur Erteilung der Abbruchgenehmigung. Ihr Ziel war erreicht, preiswerter Wohnraum vernichtet.

Leerstand durch Räumung

Das einst besetzte **WBF-Haus** auf dem Hof der **Rigaer Str. 16** wurde geräumt und steht seitdem leer. Um eine Neubewohnung des intakten Gebäudes zu verhindern, wurde es mit Sitex-Platten versiegelt.

... alleine in der Rigaer Straße

Schlägertruppentmietung

Beispiel **Bödiker Straße 9**: Hier wollte der Eigentümer, **Andreas Jahn Immobilien**, Wohnungen leer bekommen, indem er massiven psychischen Druck auf die Mieter ausübte. Als das alles nichts half, engagierte er einen aus dem Drogenmilieu kommenden Schläger, der die Mieter mit Waffen bedrohte. Glück im Unglück war, daß bevor noch Schlimmeres passierte, der Schläger selber einem Mordanschlag zum Opfer fiel.

§§§

Die Regierung hätte eigentlich die Aufgabe, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, aber was tut sie stattdessen?
Beispielsweise verlaufen Bußgeldverfahren gegen Leerstand aufgrund gesetzlicher Regelungen überwiegend im Sand. Durch Eigentümerwechsel müssen Verfahren immer wieder neu angesetzt werden und bis es endlich zu einer richterlichen Entscheidung kommen kann, hatten die Eigentümer oft genug Zeit anderweitig vollendete Tatsachen zu schaffen. Allein durch die Mitteilung eines angeblichen Sanierungsvorhabens muß der Leerstand in der Regel für ein ½ Jahr genehmigt werden.
Desweiteren wird die Abschaffung der Zweckentfremdungsverbotsverordnung durch den Senat vorbereitet. Das bedeutet, den Leerstand zu legalisieren.
Die Verantwortung des Senats, regulierend in den Wohnungsmarkt einzugreifen, wird auch durch die geplante Abschaffung des Belegungsbindungsgesetzes abgelegt. Das bedeutet die Aufhebung des sozial gebundenen Wohnraums und den Wegfall von Wohnberechtigungsscheinen. Somit ist der Wohnungssuchende der Willkür seines Vermieters preisgegeben. Das bedeutet, daß sozial Schwächere (Alleinerziehende, Rentner, Behinderte u. a.) auf dem "freien" Wohnungsmarkt mit anderen Besserverdienenden konkurrieren müssen. Der, vom Senat immer versprochenen "Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung" und "Erhalt der bestehenden Sozialstrukturen" ist so keineswegs durchzuführen.
Bundesbauminister Töpfer plant einerseits den Wegfall von Sozialmieten, andererseits werden Leute, die das Geld haben sich ihren eigenen Wohnraum zu kaufen weiterhin subventioniert.
Aber noch gibt es ein Mietrecht, das Betroffenen relativ gute Chancen im Kampf gegen die Machenschaften der Eigentümer einräumt. Die Chancen werden entsprechend größer, wenn die Mieter sich zusammenschließen. In jedem Fall sollte eine Mieterberatung aufgesucht werden, um sich über Möglichkeiten und Rechte zu informieren, denn nur ein unwissender Mieter ist ein „guter" Mieter für den Vermieter. Ein Anfang wäre, Mieterhöhungen, Modernisierungsankündigungen und Betriebskostenabrechnungen auf ihre Richtigkeit überprüfen zu lassen. Oft sind diese haltlos, weil formale Fehler vorliegen oder der rechtliche Rahmen nicht eingehalten wird. Beispielsweise werden oft Müllentsorgungen ohne rechtliche Grundlage in Rechnung gestellt oder Instandsetzungen werden als Modernisierungen verkauft. In jedem Fall sind aber gesetzlich festgelegte Fristen einzuhalten.

Schließen sich BewohnerInnen eines Hauses zusammen, um gemeinsam zu handeln, wird das nicht gern gesehen. Kriminalisierung oder Schikanen wie in den oben beschriebenen Fällen in der Rigaer Straße sind in vielen Mietshäusern Berlins inzwischen Alltag. Es ist offensichtlich, daß der Senat nur eine Lobby der Hauseigentümer und Spekulanten ist, denn wer sonst ist für diese Politik verantwortlich. Doch noch aggresiver geht der Senat gegen besetzte Häuser vor. Hausbesetzungen, die eine Problemlösung für Leerstand und Wohnungsnot darstellen, werden durch die Berliner Linie (einem Senatsbeschluß aus den 80er Jahren) verhindert. Nebenbei wurde auch der Teil der Berliner Linie, der den Schutz altbesetzter Häuser beinhaltet, von Innensenator Schönbohm außer Kraft gesetzt. Seit seinem Amtsantritt wird gegen Menschen, die der Meinung sind, daß Wohnen ein Grundrecht ist und nicht vom Geldbeutel abhängig sein darf, besonders repressiv vorgegangen. Hier eine Auflistung fadenscheiniger Räumungsrechtfertigungen aus dem Flugblatt „daily terror":

"Die Palisadenstr. 49, die seit 6 Jahren durchgehend besetzt war, wurde von der Polizei als Neubesetzung (die sog. 'Berliner Linie' besagt, daß nur Häuser, die kürzer als ein Jahr bewohnt sind, geräumt werden können!) deklariert, obwohl die BewohnerInnen nachweislich jahrelang im Haus gewohnt haben."

"Die gleiche Lüge wurde in der Kreutziger Str. 21 benutzt. Die BewohnerInnen des Hauses standen mit den EigentümerInnen (eine ErbInnengemeinschaft) in Verhandlungen, das Haus genossenschaftlich zu kaufen. Drei Tage vor Vertragsunterzeichnung wurden sie auf die Straße gesetzt, nachdem eine vermummte Spezialeinheit der Polizei die Eingangstür aufgesprengt hatte, um das Haus mit Schußwaffen in der Hand zu stürmten."

"In der Kleinen Hamburger Str. 5 wurde eine Frau gerichtlich rausgeklagt. Die Verantwortlichen schlossen von sich auf andere und behaupteten, sie würde alleine das ganze Haus bewohnen, obwohl mehrere andere Personen weit über ein Jahr dort angemeldet waren."

"Die Linienstr. 158/159 wurde wegen angeblicher Baumängel und Gefährdung der BewohnerInnen baupolizeilich gesperrt."

"Das gleiche passierte in der Kinzigstr. 9, VH. Obwohl die Baupolizei nach einem Brandanschlag auf die K9 im Frühling '96 keine baupolizeilichen Mängel beanstandet hatte (lediglich die zwei ausgebrannten Wohnungen wurden gesperrt), wurde das Haus ein halbes Jahr später wegen baupolizeilicher Mängel geräumt. Offensichtlich war die baupolizeiliche Sperrung als vorgeschobene Begründung für die Räumung geplant, denn schon vor der baupolizeilichen Begehung standen Polizeihundertschaften und schweres Räumgerät am Wismarplatz, nur ein paar Ecken weiter, zum Einsatz bereit"

"Die Marchstr./Einsteinufer waren seit 7 Jahren besetzt. Einige der BewohnerInnen waren dort länger als ein Jahr gemeldet. Nach der Räumung im August '96 behauptete beispielsweise Staatssekretär Kuno Böse auf einer Innenausschußsitzung, es sei geräumt worden, da Menschenfallen die EigentümerInnen der Henning von Harrlesen GmbH (HvH) massiv daran gehindert hätten, das Haus zu betreten, ohne daß die HvH ihr Leben riskiert. Bei der Räumung wurde von der Polizei das Dach, die Öfen und die Fenster zerstört (auch in anderen Häusern ist so etwas passiert). Damit sollte das Haus unbewohnbar gemacht werden. Aber das war noch nicht alles: Nachts um zehn Uhr ließ die HvH die Wandgemälde überpinseln, als bekannt wurde, daß einen Tag später auf der BVV beantragt werden sollte, die Häuser wegen der Gemälde unter Denkmalschutz zu stellen. Die einzige Möglichkeit, wieder in das Haus zurückzukehren, wurde durch den gelegten Brand im Dachgeschoß des Einsteinufers zunichte gemacht: Mit der Begründung der Unbewohnbarkeit durch den Brand wurde die einzige zugelassene Klage einer Bewohnerin gegen die Räumung vor Gericht verloren. Es ist wohl der Gipfel der Frechheit, daß die BrandstifterInnen in Kreisen der BesetzerInnenszene gesucht werden, da das Haus gleich nach der Räumung mit Sitex (Versiegelungsfirma) abgesichert war. Noch bis heute hat die HvH keine Abrißgenehmigung, obwohl das zumindestens eine der Voraussetzungen (neben Räumungstitel) gewesen wäre, räumen zu können."

Und es ging weiter. Am 21. Mai 1997 wurde das Hinterhaus der Niederbarnimstraße geräumt. In dem Haus befand sich eine Kiezküche, ein unkommerzielles Hofkino war gerade im Entstehen. Als Räumungsgrund wurde unter anderem ein Sanierungsvorhaben der WBF angegeben. Da die WBF das restitutionsbehaftete Haus lediglich verwaltet wird sie kein Geld in die Sanierung stecken. Somit erweist sich diese Räumungslegitimation als äußerst fadenscheinig. Bauarbeiten haben nicht begonnen. Auch fast alle anderen geräumten Häuser stehen nach wie vor ungenutzt leer. Eine Wende dieser CDU/SPD-Senatspolitik ist noch nicht in Sicht.

ASOG statt Menschenrecht

Das Berliner ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) besagt, daß an bestimmten (öffentlichen) Orten die Polizei ohne konkreten Verdacht oder Anhaltspunkt für eine Gefährdung oder eine Straftat, Menschen kontrollieren, durchsuchen, fotografieren oder Sachen beschlagnahmen kann. Sie kann Platzverweise erteilen und Fingerabdrücke abnehmen. Um diese Maßnahme durchzuführen, kann sie Leute auf Polizeidienststellen bringen. Wo diese gefährlichen Orte sind, bestimmt die Senatsverwaltung für Inneres in Zusammenarbeit mit der Polizei, ohne politische Kontrolle. Es kann also jede(n) treffen, aber es trifft nicht jede(n). Gezielt werden Randgruppen schikaniert. So werden beispielsweise Obdachlose selbst bei Minusgraden am Stadtrand ausgesetzt. Menschen mit ausländischen Aussehen werden pauschal zu Drogendealern erklärt. So wurde ein afrikanischer Mann auf dem Breidscheidtplatz grundlos festgenommen und mißhandelt. Dies kam nur ans Licht der Öffentlichkeit, weil er Botschaftsangehöriger war. Doch dies ist kein Einzelfall sondern Normalität. Durch groß angelegte Polizeieinsätze wird BeobachterInnen suggeriert die Polizei gehe gegen besonders gefährliche Kriminelle vor, da sie sonst nicht solche unverhältnismäßige Mittel anwenden würde.

LOS-ANGELES-PLATZ
- PRIVATEIGENTUM -
Im Interesse der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist den Anweisungen unserer Mitarbeiter Folge zu leisten.
Bitte beachten Sie folgende Regelungen:
Der Verzehr von Speisen und Getränken ist auf der gesamten Parkanlage nicht gestattet.
Das Betreten der Parkanlage mit Hunden ist besonders im Hinblick auf den Kinderspielplatz, aus hygienischen Gründen nicht gestattet.
Sie werden gebeten, das Füttern von Vögeln zu unterlassen.
Das Betreten der Parkanlage nach Einbruch der Dunkelheit ist untersagt.
Das Betreten des Platzes bei Eis und Schnee erfolgt auf eigene Gefahr.
Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß Zuwiderhandlungen zivil- bzw. strafrechtlich verfolgt werden.
Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis.
CONTIPARK INTERNATIONAL

Die Vertreibung aus der Innenstadt spiegelt sich in den Überlegungen von Geschäftsleuten, öffentlich Räume zu privatisieren bzw. in der Forderung des Immobilien- und Kosmetikkonzerns Douglas Holding (Inhaber von drospa), daß Innenstädte wie Einkaufszentren zu managen wären. Diese Forderungen werden untermauert vom Berliner Innensenator Schönbohm für den Berlin die 'Mitte Deutschlands in der Weltöffentlichkeit repräsentiert'. Dreck, Schmutz und 'Herumlungernde' (Ausdruck der Deutschen Bahn AG für Obdachlose) stören dabei nur und müssen aus dem Blickfeld verschwinden. Mit der Installierung von ca. 25 gefährlichen Orten durch die Polizei und der erklärten 'Säuberung' der Innenstadt von 'geschäftsschädigenden Personen', sollen alle verschwinden, die nicht kaufwillig oder -fähig sind. Und so wird durch Kriminalisierung oder Polizeiknüppel öffentlicher Raum privatisiert. Mit Hausrecht in dem einen (privat) mit dem Platzverweis im anderen Falle (Polizei) werden Straße und Plätze auf Geschäftsinteressen zugeschneidert. Staatliche und wirtschaftliche Macht definieren gemeinsam, was sozial erwünscht bzw. unerwünscht ist. Damit sind soziale Fragestellungen vom Tisch, es geht um den 'Standort Berlin', um die deutsche Hauptstadt, um die Beseitigung der Armen und nicht der Armut.

Entschuldigung für die Masse an Information, aber würde man alle Fälle zusammentragen wie in diesem Lande Unrecht zu Recht wird, würde dies wesentlich mehr Seiten füllen, als die Bibel oder das Bürgerliche Gesetzbuch hat.

Die Häuser denen, die drin wohnen

Kundgebung vor der HVG

Duisburger Straße, Wilmersdorf, U-Bhf Adenauerplatz

Wir fordern den Verkauf der Rigaer Straße 84 an die BewohnerInnen zum Preis von einer Mark!

Vokü, Film und Theater

Freitag
1. August ´97
17 Uhr

G. Schöne, Straße der Pariser Kommune 8, 10243 Berlin

pommernland ist abgebrannt...

Tag der Heimat 1997

Auch in diesem Jahr werden der Einladung des **Bundes der Vertriebenen** (BdV) zum "Tag der Heimat" in Berlin am 6./7. September 1997 wieder revanchistische Verbände und Gruppen folgen.
Sie werden diesen Anlaß nutzen, um lautstark die Ziele des BdV zu artikulieren:

- **Durchsetzung von "Volksgruppen- und Minderheitenrechten" für Menschen "deutscher Abstammung" in aller Welt**
- **Rückgabe ehemals deutscher Immobilien**
- **Ansiedlungsrecht und Entschädigungszahlungen für ehemals "Vertriebene" und /oder deren Nachkommen in den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches**

Das Ziel dieser Politik ist die Revidierung der deutschen Ostgrenzen. So formulierte Herbert Hupka als Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien 1984: "Das deutsche Reich existiert fort. (...) Ostdeutschland umfaßt nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, (...) sondern auch das Sudetenland und die deutschen Siedlungsgebiete zwischen Ostsee und Schwarzem Meer." Von dieser Position ist Hupka bis heute keinen Millimeter abgewichen.
Wie in jedem Jahr werden auch bei diesem "Tag der Heimat" wieder konservative Politiker von der CDU/CSU bis hin zu faschistischen und neurechten Gruppierungen aller Couleur dabei sein, um ihre reaktionäre Propaganda öffentlichkeitswirksam zu verbreiten.

> **Polnische Politik wird erst dann europäischen Ansprüchen genügen können, wenn (...) Deutsche (...) in ihrer Heimat Schlesien, Ost- und Westpreußen oder auch Pommern auch als Deutsche leben können."**
> Paul Latussek, stellvertretender Vorsitzender des BdV in "Nation und Europa" (AIB 35)

Zur Durchsetzung der obengenannten Ziele wird die Umsiedlung als Völkermord dargestellt, der Holocaust und andere Verbrechen der deutschen Täter werden verharmlost und die deutsche Verantwortung für den 2. Weltkrieg und die daraus resultierenden Konsequenzen nicht akzeptiert.

6. september, berlin,

voraussichtlich **humboldtuniversität:**

tag ohne heimat

tagung des komitee tag ohne heimat

revanchismus und deutsche großmachtpolitik

oder

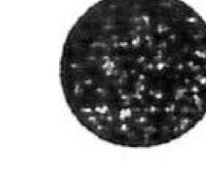
wie lange braucht der volkswagen bis zum ural?

die Berufsvertriebenen kommen zum "Tag der Heimat"



"Vertriebene" gemeinsam mit neurechten Ideologen

Damit waren und sind die Vertriebenenverbände (bzw. deren Repräsentanten) neben den Neurechten á la Zitelmann und Mechtersheimer Vorreiter in der derzeitigen rechten Ideologiebildung und ein Sprachrohr der deutschnationalen Fraktionen innerhalb der CDU und der FDP.
Der Einfluß dieser Fraktion innerhalb der deutschen Eliten wächst seit der Niederlage der realsozialistischen Staaten im Kalten Krieg stetig. Vor dem Hintergrund der strukturellen Krise des Kapitalismus seit dem Ende der 70er Jahre sind auch SPD und Teile der Grünen auf den "wirtschafts-nationalen" Karren aufgesprungen, den die rechten Eliten angeschoben haben. Die sogenannte Staatsraison wird dem Individualrecht wieder zunehmend übergeordnet. So wird der Einfluß dieser Verfechter der nationalen Formierung auch innenpolitisch spürbar: Abbau bürgerlicher Grundrechte, Einschränkungen in der sozialen Sicherung einzelner BürgerInnen und Ausgrenzung und Kriminalisierung von Nichtdeutschen in der BRD wird mit den übergeordneten Interessen der Nation (Standort Deutschland) begründet.



Deutsche Außenpolitik: europäische "Integration" und Hegemonialstreben

Europäische Integration war das offizielle deutsche Politikkonzept, das im Schatten der militärischen Niederlage nach 1945 entstanden ist. Nach außen hin wird immer noch die Politik der Integration Deutschlands in Europa vorangetrieben und die enge Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich als tragende Achse des europäischen Einigungsprozesses propagiert. Mit dem Verblassen der Niederlage Nazideutschlands scheinen sich jedoch die alten geopolitischen Vorstellungen von einem Europa unter deutscher Führung immer mehr durchzusetzen. In Osteuropa sollen nun nicht zuletzt die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen werden zur Verbesserung der Gewinnspannen deutscher Konzerne. Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien sollen als neue, östliche Peripherie an die EG angebunden werden, um soziale und ökonomische Puffer für das hochindustrialisierte europäische Zentrum zu bilden. Dabei ist absehbar, daß eine tatsächliche Mitgliedschaft in der EU noch Jahre oder Jahrzehnte auf sich warten lassen wird - durch langandauernde Verhandlungen können diese Staaten gefügig gemacht werden.
Das Bestreben der BRD, innerhalb Europas Hegemonialmacht zu werden, wird nun immer deutlicher sichtbar - auch wenn es unterschwellig schon seit Jahrzehnten betrieben wurde.
Das Prinzip der staatlichen Souveränität wird, zumindest dort, wo es opportun erscheint, fallengelassen zugunsten eines "Selbstbestimmungsrechts" von nach Bedarf konstruierten Völkern. Die daraus abgeleiteten Staatsgebilde werden reibungslos anerkannt wie z.B. im Falle Kroatiens. Andererseits bereitet es der BRD keine Probleme, daß in der baltischen Republik Estland 40% der Bevölkerung die demokratischen Rechte entzogen bekamen, weil sie RussInnen sind. Solche Beispiele offenbaren nicht nur den veränderten Charakter der deutschen Außenpolitik; so werden auch nach Osten gerichtete Neuordnungsvorstellungen vorangetrieben. Offensichtliches Ziel dieser Politik ist die Machterweiterung der BRD durch die Zerstükkelung der Macht anderer - je kleiner die Nachbarstaaten, desto geringer ihr Einfluß.
"Mit dem klaren Bezug auf alte deutsche Ideologien, wie dem völkischen Prinzip, wird unverhohlen an alte Konzepte und Überlegungen aus dem wilhelminischen Deutschen Reich, der Weimarer Republik und dem Nationalsozialistischen Regime angeknüpft. Nach 1990 ist der osteuropäische Raum wieder zu einem zentralen politisch-strategischen Betätigungsfeld deutscher Außenpolitik geworden. Osteuropa ist heute eindeutig deutsches Einflußgebiet. Bonn als selbsternannter, entschiedener Anwalt Osteuropas, gibt vor, daß ihnen das Wohl und die Stabilität der osteuropäischen Staaten sehr am Herzen liegt." (Kohr 1996, S.92/93)

> **Die "Vertriebenen"**
>
> **Im östlichen Mitteleuropa machten sich schon in der Schlußphase des zweiten Weltkrieges Teile der deutschen Bevölkerung auf den Weg nach Westen, viele aus Angst vor der Rache für die auch schon damals bekannten deutschen Verbrechen in Osteuropa, viele aber auch, weil sie die Existenz unter der Nazibarbarei der Befreiung durch die Rote Armee vorzogen. In den Jahren nach 1945 wurde die verbliebene deutsche Bevölkerung gemäß dem Potsdamer Abkommen vor allem aus Polen und der Tschechoslowakei weitgehend ausgesiedelt. Im Laufe dieser Aktion trafen bis 1949 7,6 Millionen "Heimatvertriebene" in der BRD ein. Das entspricht gut 16 % der damaligen Gesamtbevölkerung der BRD.**
> **Durch das deutsche Bundesvertriebenengesetz von 1971 ist gewährleistet, daß die "Vertriebenen" nicht aussterben: *"Kinder, die nach der Vertreibung geboren worden sind, erwerben die Eigenschaften als Vertriebener (...) des Elternteils (...)".* (§ 7 Bundesvertriebenengesetz). Neben der "Erlebnisgeneration" und den "Blutsvertriebenen" gibt es allerdings auch noch die "Bekenntnisvertriebenen"; diese müssen z.B. nach der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft Deutsche sein, "den Zweck" dieser Vereinigung bejahen und ihr beitreten - was in zunehmendem Maße geschieht**

Der Osten wird wieder deutsch - Volksgruppenpolitik der Bundesregierung

An der Schnittstelle zwischen ideologischer Vorbereitung der Ostexpansion und praktischer Invasionsarbeit vor Ort arbeiten die Vertriebenenverbände gemiensam mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) und rechtsextremen Organisationen wie z.B. dem 'Deutschen Schulverein'.
Mit finanzieller Unterstützung des Innenministeriums und

deutschland pulverisieren++ +deutschland pulverisieren+ ++deutschland pulverisieren+ ++deutschland pulverisieren++

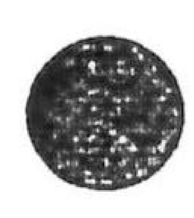
Was ist der BDV ?

Der BdV ist ein Zusammenschluß von verschiedenen "Vertriebenen"-Landsmannschaften, von denen sich die meisten in den Jahren 1948/49 gründeten. Der endgültige Zusammenschluß aller Landsmannschaften zum "Bund der Vertriebenen" fand 1957 statt. Der parlamentarische Arm der "Vertriebenen" war der "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE), der im Januar 1950 gegründet wurde, 1953 auch in den Bundestag einzog und mit dem Verfehlen der Fünfprozenthürde 1957 das langsame Ende dieser Organisation einleitete.
Die Ziele dieser Organisationen bewegten sich von Anfang an zwischen den sich scheinbar widersprechenden Polen der Sozialpolitik und des Revanchismus.
Es wurde sich einerseits für die materielle und politische Eingliederung ihrer Klientel an den neuen Wohnsitzen engagiert, doch wurde auf der anderen Seite stets die Rückkehr in die Vertreibungsgebiete beschworen.
Bei der Gründung der Vertriebenenverbände waren häufig alte Nazi-Kader (z.B. aus dem "Bund des Deutschen Osten") aktiv, die hier ein ideales Betätigungsfeld vorzufinden hofften. Dies war eine zutreffende Einschätzung, da bei den "Vertriebenen" ein antikommunistischer Grundkonsens vorherrschte, der nicht nach den Ursachen der Vertreibung - dem deutschen Vernichtungskrieg gegen Osteuropa - fragte, sondern sich am "bolschewistischen Terror" festmachte, als dessen Opfer sie sich sahen. Diese vorgebliche Erlebnisgemeinschaft trug auch dazu bei, die faschistische Volksgemeinschaftsideologie zu konservieren, wodurch sich ein weiterer Anknüpfungspunkt für die Nazifunktionäre ergab. Ein weiterer Grund für das verbreitete reaktionäre Bewußtsein ging jedoch über die konkreten Erlebnisse während des Nationalsozialismus hinaus und war in der rückständigen sozial-ökonomischen Situation in den Ostgebieten des Deutschen Reiches begründet.
An der revanchistischen Position des BdV hat sich bis heute nichts geändert

dem Wissen der Bundesregierung werden in ganz Ost europa von den Vertriebenenverbänden Projekte verwaltet und gefördert, die dem Erhalt und Ausbau des "Deutschtums" im Ausland dienen sollen. Es werden deutsche Kindergärten, deutsche Schulen, deutsche Kirchen, deutsche Sport- und Traditionsvereine finanziert. In Rußland wird sogar der Aufbau von deutschen Verwaltungen in vorwiegend von "Deutschstämmigen" bewohnten Rayons (vergleichbar mit Kreisverwaltungen) unterstützt. All diese Maßnahmen dienen nicht nur dazu, die "Deutschstämmigen" von der Fahrt ins Reich abzuhalten. Vielmehr sollen Territorien entstehen, ausgestattet mit Sonderrechten gegenüber der sonstigen Bevölkerung, die später wieder als Faustpfand zur Durchsetzung deutscher außenpolitischer Interessen dienen können. Die deutsche Regierung unterstützt Gruppierungen wie den VDA mit Millionenbeträgen, deren Ziele und Politik gegen völkerrechtlich bindende Verträge wie zum Beispiel das Potsdamer Abkommen oder die Zwei-plus-Vier-Verträge verstoßen.

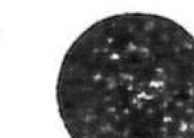
Indirekte Unterstützung gab es beispielsweise jahrelang für die in Nordrhein-Westfalen ansässige Hermann-Niermann-Stiftung; über diese bzw. deren 'Berater' Norbert Burger (Bundessprecher der österreichischen NPD) wurden Millionenbeträge an deutsch-separatistische Gruppierungen wie die Gruppe "Ein Tirol" (der ca 40 Bomben- u.a. Anschläge zur Last gelegt werden) oder die "Partei der deutschsprachigen Belgier" weitergeleitet. Auch die "Stille Hilfe Südtirol" und der "Bund der Nordschleswiger" in Dänemark profitierten von der anerkannt gemeinnützigen Stiftung und ihren guten Kontakten ins Bonner Innenministerium durch den Beamten Stiemke.
(Vgl AIB 33, S.28ff)

Diese Strategie der Einflußnahme durch die Konstruktion von deutschen Minderheiten ist eine Kopie bzw. Fortführung völkischer Politik vor und während des Dritten Reiches.
Das gemeinsame Ziel aller genannter Gruppierungen ist die Verwirklichung des Traumes von einem Deutschland als Führungsmacht in Europa. Die ökonomische und militärische Macht der BRD soll genutzt werden, um die völkischen und nationalistischen Ziele dieser Gruppierungen durchzusetzen.
Was von deutschen Minderheiten erwartet wird, kann z.B. an den Wahlergebnissen der Sudetendeutschen 1937 ablesen werden: damals wählten 70% Deutschland, also Hitler und den Nationalsozialismus.



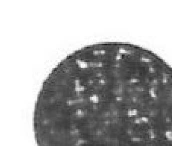
Die deutsch-tschechische Erklärung: ein Höhepunkt revanchistischer Einflußnahme

Die Vertriebenenverbände greifen auch aktiv in die aktuelle Außenpolitik der BRD ein: Ihre Forderungen an die Abschlußerklärung mit Tschechien trugen mit dazu bei, daß sich deren Beschluß über Jahre hinzog und darin kein Verzicht auf ehemals deutsches Privat-Eigentum erklärt wird. Bezeichnend war die Forderung der "Vertriebenen" nach einer Entschuldigung von tschechischer Seite vor Unterzeichnung der Erklärung. Die endlosen Debatten im Vorfeld sowie der endgültige Text der Erklärung, in der sich nun auch keine eindeutigen Regelungen zu Wiedergutmachungszahlungen an tschechische Opfer des NS finden lassen, führten dazu, daß diese Abschlußerklärung in Tschechien nur mit sehr starker Kritik und nur in einer äußerst knappen Parlamentsentscheidung durchgesetzt werden konnte.
Die Kommentare des bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zur deutsch-tschechischen Erklärung auf dem 48. Sudetendeutschen Tag (Mai 1997, München) sprechen für sich: diese Erklärung sei kein völkerrechtlicher Vertrag; noch im Sommer müßten Gespäche zwischen Tschechien und der Sudetendeutschen Landsmannschaft stattfinden.
Mit dem beständigen Hinweis der deutschen Regierung auf das 'Selbstbestimmungsrecht der Völker', als deren mächtiger Anwalt sich Deutschland aufspielt, finden die Forderungen der Vertriebenenverbände Eingang in die Verhandlungen um die Osterweiterung der EU und der NATO.
"Bei der Gesamtbetrachtung der seit 1989 wieder neu betriebenen Volksgruppenpolitik (...) läßt sich feststellen, daß sich eine neue Minderheitenschutzpolitik der Bundesregierung formiert. Mit rechtlich abgesicherten militärischen Eingriffsmöglichkeiten via KSZE kristallisiert sich eine neue Rolle der Bundesregierung gegenüber den 'Deutschstämmigen' in Osteuropa und Rußland heraus: Weg von einer Fluchtburg, hin zu einer Schutzmacht." (Kohr 1996, S. 25)
Wenn Vertriebenenverbände und VDA in Kaliningrad mit Unterstützung des Innenministeriums im großen Stil Land kaufen, Kultur- und Wirtschaftsförderung dort am liebsten an Deutschstämmige verteilt wird, die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone von der Deutschen Bank enthusiastisch gefeiert wird ..... , so stellt sich die Frage, ob da nicht tatsächlich mit aktiver Beteiligung der BRD - Regierung an einer längerfristigen Strategie zur Revidierung der deutschen Grenzen gebastelt wird.



Warum eine Tagung zur revanchistischen Außenpolitik der BRD und zum BdV?

Die "Vertriebenen" sind in der deutschen Gesellschaft fest verankert. Sie sind unseres Erachtens Instrumente, um die revanchistische Politik des wiedererstarkten imperialistischen Deutschlands gegenüber den Staaten Osteuropas voranzutreiben. Opfer dieser Politik werden die Menschen in den osteuropäischen Ländern sein.
Doch in der Linken in Berlin interessierte dieses Thema bisher nur wenige.
Wir denken, daß eine langfristige inhaltliche Informationsarbeit und Diskussionsanstöße notwendig sind, um gegen die "Vertriebenen"-Verbände und die völkisch motivierte BRD-Politik wirkungsvoller vorzugehen.
Unsere Tagung soll ein Beitrag dazu sein.



Warum eine Tagung am 6. September 1997, dem "Tag der Heimat" in Berlin?

Die bisherige Teilnahme an Gegenveranstaltungen und Demonstrationen zum "Tag der Heimat" in Berlin war trotz zahlreicher Flugblätter, Plakate und Presseveröffentlichungen nur sehr gering. Im September 1995 wurde die Gegendemonstration von der Polizei nur mit erheblichen Auflagen genehmigt. Ein Beschallen der Sömmeringhalle (Tagungsort des BdV) mit dem Lautsprecherwagen gelang aus diesem Grunde nicht. Zuletzt wurde die Demonstration auseinandergeprügelt. Es gab Verhaftungen und Verletzte. 1996 wurde Roman Herzog in der Halle von seinen eigenen Leuten als Vaterlandsverräter beschimpft. Vor der Halle passierte nichts.

Revanchismus

Bezeichnung für eine politische Einstellung, deren Ziel die Vergeltung für politische oder militärische Niederlagen und/oder die Rückgewinnung verlorener Staatsgebiete bzw. die Annullierung aufgezwungener Verträge ist; (...) nach dem zweiten Weltkrieg tendenziell eine Position (v.a. bei Teilen der Vertriebenenverbände) in der BR Deutschland mit dem Ziel der Wiedergewinnung der verlorenen Ostgebiete des Deutschen Reiches sowie der Rückkehr der Vertriebenen in ihre ehemalige Wohngebiete.
(Meyers großes Taschenlexikon).

Wir wollen diese Peinlichkeiten nicht wiederholen. Und denken, mit einer Tagung und anschließendem Konzert an diesem Tag in Berlin ein politisches und kulturelles Gegengewicht zum völkisch dumpfen "Tag der Heimat" zu setzen.
Davon versprechen wird uns nicht nur inhaltlich spannende Diskussionen und fundierte Erkenntnisse über unsere Gegner, sondern auch einen Motivationsschub für etwaige Aktionen am nächsten Tag.

Für den bürgerlich-epikureischen Teil der Bewegung haben wir vorgesehen, den Abend mit einem bunten Potpourri zeitgenössischer osteuropäischer Kultur in der köpi ausklingen zu lassen.

programm
(vorbehaltlich änderungen)
voraussichtlich findet die veranstaltung in der humboldt universität statt

1. *"vertriebene" und organisierter neonazismus.* referat b. wagner (mitarbeiter a. buntenbach mdb)
13 - 15uhr , *hs 1070*

2. *politikkonzepte der "vertriebenen, zusammenarbeit mit und unterstützung durch die bundesregierung.* referat gudrun hentges (mitarbeiterIn büro ulla jelpke, mdb)
15.30 - 17.30, hs 1070

3. *völkische politik in deutschland 1920 bis heute.* referat heiner möller, journalist. + evtl."*tschechien nach der erklärung" mit* dr. emil Ruska (tschechien)
13 - 15.00, hs 1072

4. *aktuelles und expansives aus der politik von bdv und vda.* referat vorraussichtlich lupe e.v.
15.30 - 17.30, hs 1072

5. abschließende podiumsdiskussion mit allen referentInnen, kurzberichte vom tage. *was tun gegen revanchismus und deutsche großmachtpolitik*

v.i.S.d.P.: Kai Matt, Allee der Kosmonauten 123, 12681 Berlin

GESTERN - HEUTE - MORGEN UND HOFFENTLICH AUCH NOCH ÜBERMORGEN !

Eine Reaktion auf Urmel (Ready or not ?; Interim 415, Swing 2./3. 97) und Wawa der Waran (Nie fertig, stets bereit; Interim 427)

„Eigentlich müßten wir alle, die sich als „radikale und/oder revolutionäre Linke/r" verstehen, auf derartige Situationen vorbereitet und in der Lage sein, damit umzugehen" (gemeint ist Flucht etc.)

Urmel in Interim 415

Vom Anspruch ist, wie Urmel schon in seinem Text sagt, diese Aussage absolut richtig. Und ich hoffe mit meinem Beitrag, mit dazu beizutragen, dass dieses immens wichtige Thema, wieder zum allgemeinen, also alle betreffenden Thema wird.
Das durch die beiden Reaktionen auf den Artikel in der radikal (11/95; Von der Bürde und Würde des Exils)sich wieder mehr Menschen ernsthafte Gedanken machen und diese auch zur Diskussion stellen - ein Aufruf also an alle, sich an der Diskussion zu beteiligen !
Es wäre nähmlich eine Illousion, zu glauben, das militanter Widerstand aufgehört hat zu exestieren.

In manchen Regionen der BRD erfährt er gerade jetzt erst sein richtiges Auftauchen und, von den in der Vergangenheit begangenen Fehlern, Lernendes.
Wer also nicht aufgehört hat ernsthaft an Veränderung zu glauben, für den/die bleibt Militanz eine aktuelle Sache, die, wenn auch nicht unbedingt heute , so doch für die Zukunft ihren Ausdruck finden kann, demnach also im Hintertürchen aufrechterhalten werden muß.

Es darf nicht angehen, das sich militante Strukturen auflösen, nur weil sie sich angeblich nicht dem aktuellen Zeitgeschehen anpassen lassen, wie immer so schön und entschuldigend daher gesagt wird. Vielmehr geht es gerade in der heutigen Zeit darum, diese
Strukturen aufrecht zu erhalten, im realen, also nicht abgehobenen Wechselverhältnis ab und an eine Aktion zu machen, um den Prozess des miltanten Wiederaufbaus zu fördern (Liebe Grüße nach Tübingen !).

Und genau deshalb ist es wichtig, zu diskutieren und zwar sehr tiefgehend, um vieles vielleicht Vernachlässigtes der Vergangenheit im Umgang mit Flucht, „Exil" , den FreundInnenkreis und miltanten Widerstand nachzuholen und für die Zukunft zu verbessern.
Und deshalb beginne ich mit einigen Sachen, die mir gerade an Urmels Text aufgefallen sind.

Du sagst auf S.13 der Interim 415 „Aus obigen Gründen finde ich den Satz der Gruppe wider den Knick:„es gab und gibt immer bessere Lösungen als sich zu stellen", in der Absolutheit auch nicht richtig".
Damit stimme ich mit Dir überein. Nur finde ich Dein kommendes Bsp. nicht unbedingt richtig.
Du gehst auf eine Beziehung mit Kind ein, merkst dabei an, das es wichtiger sein kann für diese Menschen da zu sein.
Warum aber glaubst Du, dass dies nicht im Ausland möglich ist ?
Ich glaube das es durchaus im „Exil" bessere Bedingungen geben kann - nicht geben muß.
Und das ist meiner Meinung nach eine Frage der vorherigen Vorbereitung. Für den/die total Überumpelte/n ist es sicher schwierig eine Beziehung nach panikartiger Flucht aufrechtzuhalten, zumindest für die erste Zeit.
Ist es aber schon im Vorhinein geregelt worden und genauesten ausdiskutiert, wie Flucht ablaufen kann, in welchen Verhältnissen mensch Leben wird, können sich alle darauf einstellen und die Flucht wird nicht mehr zu einer „Entweder oder Entscheidung".
Deshalb hier auch noch einmal für alle:
Diskutiert mit euren FrundInnen, Bekannten etc. das Thema Flucht, denkt nicht das es euch nicht auch einmal erwischen könnte.
Geht es zur Übung auch mal durch für z.B. eine Woche in der ihr frei habt oder blau macht um euch selbst beobachten zu können, wie ihr das klarkriegt, mit z.B einem falschen Perso über die Grenze zu gehen.

Wenn also alles im Vorfeld einigermaßen geklärt wurde (mir ist bewußt dass es nicht so glatt läuft), so sehe ich die beste Lösung im „Exil". All diejenigen mit denen ich darüber gesprochen haben, stimmten mir hierbei zu. Der Großteil von ihnen ist nicht politisch aktiv !

Ich glaube, dass bei gründlicher Vorbereitung alle gelassener an die Sache rangehen und Situationen, wie sie um das Geschehen in Berlin scheinbar eskaliert sind, vermieden werden können.
Auf eine Situation, die eine/n nicht vollkommen überrascht kann mit kühleren Kopf gegangen werden.
Aber es muß vorausgesetzt werden, dass jene Leute, die sowas planen, wie das Komitee, dafür sorgen, dass sich das Umfeld mit Repression und den darauffolgenden Handlungen auseinandersetzt.

Und es geht auch immer um verantwortungsvolle und soweit möglich kollektive(re) Lebenszusammenhänge. Dort, wo mensch sich wohl fühlt, keine Angst haben braucht seine Zweifel offen auszusprechen kann, gibts auch weniger Denunziation und Verrat.
Was meiner Meinung nach aber noch wesentlicher ist als der psychologische Bereich, den Urmel für unser oftmaliges Scheitern und unsere Probleme ausmacht (Interim 415, S.16), ist die inhaltliche Beschäftigung mit Themen, die zur Repression führen können.

Das heißt für mich intensivst mit Leuten in Diskussion zu treten und bitte nicht abgehoben, sondern unter dem Eindruck, wie man sowas am besten seiner Fereundin oder seinem Freund verklikert.
Wer und welche nähmlich überzeugt ist vom Deinem sozialrevolutionären Tun und Handeln, der oder die ist auch gefestigt, wenn der nette Zivilbulle anklopft und ein wenig Quatschen will.
Genau in diesem Komplex bewegt sich bei mir die Diskussion über Aussagen und Beugehaft und es hat bisher prima geklappt, wo ich länger diskutiert habe.
Den meisten hat es auch ziemlich Spaß gemacht sich konspimäßig zu treffen, wenn es auch nur zur Übung war (sollte natürlich im Ernstfall nicht lustig sein, sonst ist irgendwas falsch verstanden worden in der Diskussion !).

Wawa der Waran(WdW) schreibt in der Interim 427 unter Punkt 2 (S.19), Umfeld: Das dieses sich meist als sehr heterogenes Gehäufe darstellt mit unterschiedlichsten Ansichten und Positionen.
Damit kann eine Umfelds-Identität auch nicht geschaffen werden, meiner Meinung nach muß mensch sie auch gar nicht schaffen.
Es genügt, wenn einzelne unterschiedliche Positionen nebeneinander stehenbleiben, die vor Veröffentlichung aber mit allen nach Risiken und nicht nach Inhalten durchdiskutiert werden sollten.
Dadurch wird auch ermöglicht einen tieferen Blick auf die Sache zu kriegen, u.U. werden Ängste durch schriftliche Antworten den SchreiberInnen genommen etc.

Unter Punkt 3 (S.20), Militanz, fände ich es gut, wenn Du die *„militanten Aktionen der radikalen Linken, die voll sind von Fehlern, Ungenauigkeiten und falschen (Selbst)- Einschätzungen"* ein wenig genauer benennen würdest. Miir wird nicht klar was für Fehler Du meinst, mach das bitte noch mal konkreter, ruhig auch an Beispielen, damit wir vielleicht was daraus lernen.

Zu Punkt 4,(S.20) : Ich lebe nicht in Berlin und habe wohl auch weniger Infos als Urmel oder (WdW), kann demnach nicht allzuviel zu diesem Punkt sagen, ausser das Du im hinteren Abschnitt mit den verschiedensten Vermutungen kommst aus welchen Gründen, die gespannte Situation entstanden sein könnte, ohne es konkret zu machen.
Deshalb kann ich nicht viel mit diesem Abschnitt anfangen, außer daraus zu lernen kontinuirlich mit „Umfeld" Diskussionen über solche Themen zu führen, dabei geht es nicht um sozialrevolutionär oder nicht, sonder drum „auf die Leute zuzugehen".

Die Ausführung, die Du zum Komitte machst finde ich ein wenig unzureichend. Das Komitte war für mich nicht irgendeine Wiederholung der Vergangenheit, sondern authentischer Ausdruck seine Ansprüche in die Wirklichkeit umsetzen zu wollen. Das dies nicht geklappt hat ist schade, aber macht das Projekt an sich nicht verkehrt.
Der wesentliche Unterschied zwischen Komitte und anderen Gruppen lag doch darin, dass sie mehr als nur militante Symbolik umsetzen wollten, sondern konkret etwas kaputt zu machen, was sich nicht mehr so auf die Schnelle aufbauen lässt.

Den Schluß von Deinem Text finde ich nicht unbedingt angebracht. Warum soll militante Praxis vorläufig das „Privatvergnügen" von einigen wenigen Menschen sein, wenn bspw. in und um Gorleben eine ganze Region hinter Militanz (zumindest gegen Sachen, da sägte sogar der Pastor !) steht und nach einer im Frühjahr von RTL aufgegebenen Meinungsuntersuchung 10% der Befragten Gewalt gegen die Castor-Transporte bewilligten.
Auch der Durchbruch in die Bonner Bannmeile stieß auf Sympathie.

SENATSVERWALTUNG
für Inneres
Staatssekretär Kuno Böse

Land | BERLIN

Fehrbelliner Platz 2
Tel. 030/867-4147

An alle Haushalte

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

im Rahmen der Aktion „Sauberes Leben und Einkaufen in Berlin" wird die Ordnungsbehörde Daten zu Ihrer persönlichen sozialen Lage erheben.

Für die rechtschaffenden Berliner Bürger wird es immer unatraktiver und schwieriger, öffentliche Anlagen und Einkaufszentren zu besuchen, ohne von dem gemeinem Pöbel belästigt zu werden. Eingesetzte Wachschutzfirmen fällt es in Zusammenarbeit mit der Polizei zwar leicht, ausländische Bettler, sogenannte „Punker" und heruntergekommene Obdachlose aus repräsentativen Anlagen zu entfernen. Ebenso wichtig ist es jedoch, die Identifizierung von unauffälligen Asozialen wie Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und mittellose Rentner zu gewährleisten.

Unsere Stadt soll ein Schmuckgeschäft werden und in einem Schmuckgeschäft werden keine arbeitslosen Kunden benötigt.

Nach dem Senatsbeschluß 97-225-33 vom 22. Mai 1997 wird die Stadt in Zonen aufgeteilt. Zugangsberechtigung für die einzelnen Zonen richtet sich fortan nach Vermögenshöhe, tadellosen Erscheinungsbild, Gesundheitszustand und sozialem Stand.

Nach Auswertung ihrer persönlichen sozialen Lage erhalten sie von Ihrem Ordnungsamt eine Chipkarte, die Ihnen Ihre legalen Aufenthaltsgebiete in den Bereichen in der Stadt Berlin zuweist.

Nach §23 DatAnfGB sind sie verpflichtet, bis zum 11. Juni 1997 wahrheitsgemäße Angaben zu folgenden Fragen zu machen und die entsprechenden Belege beizufügen. Verstöße werden nach §7 Abs.3 SOG mit einer Geldbuße bis zu 15.000 DM oder 1-5 Jahren Freiheitsentzug geahndet. Das betreten von Zonen, zu denen Sie ab dem 1. Juli 1997 keine Zugangsberechtigung nachweisen können, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 10 Jahren geahndet.

- Beruf
- Arbeitsort
- Vorstrafen
- Gesundheitszustand
- Ausbildung
- Familiengröße
- sittliches Leben

Wir weisen Sie darauf hin, daß sie auch ein aktuelles Photo beilegen müssen.

Hochachtungsvoll,
Ihr Staatssekretär in der Innenverwaltung

Kuno Böse
Kuno Böse

Bei Fragen richten Sie sich bitte an Herr K.Böse 030/86741-4147

Zum Komplex Komitee:

Ich empfand die Auflösung der militanten Gruppe Komitee politisch nicht zwingend.
In dem Auflösungspapier steht, das sie ihrer Verantwortung gerecht werden müssen und somit die Auflösung erklären.
Sie erklären diesen Schritt mit begangenen Fehler, die sie gemacht haben. Nur, wer macht keine Fehler und ist es nicht das nach Vorne blickende, wenn aus Fehlern gelernt wird und diese damit für die Zukunft ausgeschlossen werden können?

Ihr wolltet doch gerade Orientierungspunkte für die Linke setzten und ihr habt ja auch ziemlich viel Sympathie trotz nicht gelungener Sprengung geerntet (u.a. das militante Aufgreifen eures Projekts durch autonome Kleingruppen und das Kollektiv (:::) in Berlin).
Mit den konkret Beschuldigten könnten Absprachen gemacht werden, inwiefern sie zum Weitermachen stehen.

Unter Umständen könnten sie zur einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem „Exil" mitbestimmen was läuft. Denn oberste Priorität haben die Inhalte, die militante Durchführung ist mehr eine technische Frage an der nicht unbedingt alle beteiligt sein müßen.

„(...)Die wichtigste Praxis einer Zelle ist politische Diskussion. Nur eine Gruppe, in der eingestandene und verdrängte Ängste, Spannungen in den Beziehungen untereinander ausdiskutiert werden, die ständig die Entwicklung in der eigenen Region, in der BRD, in Europa analysiert,(...), die - kurz gesagt - in einem kollektiven Diskussionsprozeß daran arbeitet, die Zersplitterung von privat und politisch, von „innen" und „außen" aufzuheben, wird ein Ganzes. Sie wird zu einer revolutionären politischen Praxis fähig.(...)"

Revolutionärer Zorn Nr.5, Praxis-Sondernummer 1987

Von den GenossInnen aus dem „Exil" hat mensch bisher wenig gehört - es wäre im Interesse aller, wenn hierzu ein wenig mehr gesagt werden würde. z.B. die Frage, ob es Interesse gibt einen Kampf ums Zurückkommen zu führen.
Gruppen wie das Komitee könnten in der Zukunft auf lokaler Ebene eine wichtige Rolle spielen. Indem sie integraler Bestandteil einer Bewegung von Unten werden, sind sie Instrument, für etwas größere Dinger.

Der Text,"Militant und bewaffnet ins nächste Jahrtausend" ,Interim 428 (S.25-29) spielt hirauf an und ich teile deren Positionen. In Zukunft sollten die Kämpfe eingebettet sein in die sozialen Bereiche, jene ökonomischen Stützen des Systems und sich davon militante Kämpfe ableiten.Gruppen wie Komitee, existent in verschiedenen Städten könnten in einer Bewegung für die militante Durchsetzung von Forderungen wie „Bleiberecht für alle" oder „Für eine Gesellschaft ohne Knäste" sorgen und damit ein ideales dialektisches Verhältnis aufbauen.

Revolutionäre Zellen eingebettet in eine soziale Basis könnten die Kämpfe mit vielen nach vorne treiben und angemessen an Zeit und Ort radikalere Aktionen initiieren.
Dafür ist es meiner Meinug nach wichtig die militanten Bewegungen der Vergangenenheit zu analysieren und in einer breiten Diskussion um Ziele sozialrevolutionärer Politik zu verankern.

Und das ist gerade auch die Aufgabe der älteren GenossInnen, zu denen ich mich nicht zählen kann, die aber nach Interim-Fragebogen zu einem hohen Prozentsatz auch diesen Artikel lesen werden (nach Interim 426 sind ca.83% der LeserInnen über 21 Jahre).
Ich gehör zu den Neuen, bin aber trotzdem sehr interessiert an der Auswertung vergangener Kämpfe.

Da es meist sehr schwierig ist mit Älteren in intensivere Diskussionen zu gelangen, schlage ich einfach vor, dass über den schriftlichen Weg zu machen, damit vielleicht auch noch Jüngere in einigen Jahren diese Diskussionen auf Papier haben.

Die Vergangenheit diskutieren - Gedanken und Praxis für Heute und Morgen
Liebe Grüße an die Gefangenen und Geflohenen !
DER KAMPF GEHT WEITER !

Einige Gedanken zur 1.Mai Nachbereitung

unter Berücksichtigung militärtaktischer Gesichtspunkte

Dieses paper ist als Beitrag zur 1.Mai Nachbereitung (i 420-422) gedacht. Das Medienecho im Sinne von Schönblöd war nur möglich,weil wir am Abend die Konfrontation mit überlegenen Bullenkräften gesucht haben, anstatt dezentral Machtzentren dort anzugreifen, wo keine Bullen waren.

Das Kommando A.Nahles fordert solche Angriffe von Zentren "so direkt wie es uns irgend möglich ist"aus der 1.Mai Demo heraus. Ich bin mir nicht sicher, inwieweit direkte Angriffe aus einer 1.Mai Demo heraus überhaupt möglich sind.
Wenn 5000 Bullen am Start sind und aggressive Vorkontrollen durchführen - so wie dieses Jahr und nächstes auf jeden Fall wieder - halte ich das für eher unwahrscheinlich.
Auch reichen 5000 Bullen aus,um geschützte Objekte im Falle eines Angriffs soweit zu verteidigen,daß außer ähnlich vielen Festnahmen wie dieses Jahr nicht viel dabei rauskommen dürfte Und bei einer 1.Mai Demo kennen sie die Route rechtzeitig genug, um sich darauf vorzubereiten.

Das alles gilt für eine 1.Mai Demo unter den dort gegebenen Kräfteverhältnissen.Bei anderen Demos sind durchaus weniger Bullen da ....

Direkte Angriffe auf Machtzentren finde ich richtig und notwendig. Am 1.Mai halte ich sie aber an Stellen für sinnvoll, wo die Bullen nicht sind. Es gibt in dieser Stadt genug Machtzentren, genug entschlossene Leute und zu wenig Bullen,um die ganze Scheiße gleichzeitig zu schützen.
Selbst wenn sie nächstes Jahr die 5000 mit den Faschos und selbigen verfolgenden Antifas beschäftigten Bullen auch nach Berlin holen nicht!
Außerdem gäbe uns das Freiraum für militante Aktionen in anderen Städten.

Trotzdem halte ich am 1.Mai sowohl eine Demo als auch ein Straßenfest in einem Szene - Kiez für wichtig. Zum einen sind viele Leute da, mensch kann Spaß haben und Infos austauschen und zum anderen sind viele pigs da,die beim Schutz von Machtzentren fehlen.
Eine Demo müßte technisch viel besser vorbereitet werden als dieses Jahr (Ketten, Transpis,...). Und zuviel davon ausgehende Militanz sollte mensch auch nicht erwarten (die Demo gehört nicht zu den Stellen Berlins, wo die Bullen nicht sind...).

Aber wie schon gesagt, überall können die pigs nicht sein, auch nicht am 1.Mai!
Diesen Umstand sollten wir uns zunutze machen und Herrn Schönblöd, sowie seinen Schergen, nicht nur den 1.Mai`98 gründlich verhageln.

1 Autonomer











Marge Simpson c/o Infoladen „Tierra y Libertad" Thiergartener Straße 4 08527 Plauen
Tel: 03741-229063

Liebe Leute,

anbei schicke ich Euch eine Stellungnahme zu KALEB e. V., die vor diesem Verein warnen soll. Ich hoffe, Ihr könnt die Fakten weiterverwenden.

Im FrauenLesben Kalender und in den bald erscheinenden „Bunten Seiten" ist die Adresse von **KALEB e.V.** Plauen als Beratungsstelle angegeben. Hierzu muß folgendes gesagt werden. Bei KALEB e. V. handelt es sich nicht um eine x-beliebige Schwangerenkonfliktberatungsstelle, sondern sie sind ganz klar den Lebensschutzorganisationen zuzurechnen. Ihre Geschäftsstelle befindet sich in Berlin, in der Schönhauser Allee 128. Dort ist auch die Kontaktadresse von **„Pro Life Berlin"** und der **„Arbeitsgemeinschaft Lebensrecht AGL"**. Bei diesen beiden Gruppierungen handelt es sich um gruppenübergreifende Projekte mit dem Ziel die Lebensschutzarbeit in Berlin zu koordinieren und zu strukturieren. Beide Projekte sind auf Initiative von KALEB e. V. entstanden. Neben KALEB sind Mitglieder von Pro Life Berlin **Pro Vita, Alfa, Christdemokraten für das Leben CDL.** Beim AGL finden sich zudem noch der **Liberale Gesprächskreis Lebensrecht LGL, Pro Conscientia, Juristenvereinigung Lebensrecht JVL** u.v.m.

Weiterhin ist KALEB an anderen lebensschutzübergreifenden Organisationen beteiligt. So nahmen sie z. B. an der sog. **„Kultur-Konservative-Messe"** vom 30.5.-1.6.97 in Bad Hersfeld teil. Diese Messe kann als Ableger des Kongresses der **„Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik"** gesehen werden, dem eine gewisse **VPM**-Nähe nicht abgesprochen werden kann (siehe „Der Rechte Rand, Nr. 47, Juli/August 97).

Zu KALEB sollte noch gesagt werden, daß sie sich selbst den **Evangelikalen** zurechnen, einer Stromung am rechten Rand der Evangelischen Kirche, die ein Sammelbecken von rechtskonservativen bis rechtsextremistischen Personen und Organisationen darstellt (z. B. **ENiD, Evangelische Notgemeinde in Deutschland**).

Zu den LebensschützerInnen allgemein wäre zu sagen, daß sich der „Lebensschutz" gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau richtet, speziell Schwangerschaftsabbrüche betreffend. So wird ein generelles Abtreibungsverbot unter Strafandrohung gegenüber der Frau und der unmittelbar betroffenen Familienangehörigen gefordert, die Ehe und die Familie gelten als höchste zwischenmenschliche Institution, es wird Enthaltsamkeit bis zur Ehe propagiert. Vermittelt werden diese „Werte" mittels Veranstaltungen an Schulen und Infoständen mit den bekannten Bildern von zerstückelten" Embryos und pseudowissenschaftlichen Filmen wie der „Stumme Schrei"

So viel zu KALEB in der Hoffnung, daß die Adresse von ihnen aus Publikationen, mit einem gewissen emanzipatorischen Anspruch, gelöscht wird.

Falls Euch die Fakten noch zu dürftig sind: Im Spätherbst wird eine Broschüre erscheinen, die u.a. KALEB thematisiert. Diese könnt Ihr unter oben angegebener Adresse bestellen.

Außerdem bitte ich die angeschriebenen Zeitungen diesen Brief zu veröffentlichen, damit noch andere Kalenderredaktionen oder wen es auch immer betrifft, die Möglichkeit haben, ihre Adresslisten auf die Adresse von KALEB zu überprüfen.

Mit revolutionären Grüßen

Marge Simpson

Verteiler:
- Redaktion FrauenLesben Kalender
- Redaktion Contraste
- Interim
- Jungle World
- Amazora



PROZESSE GEGEN BERLINER ANTIFAS STEHEN BEVOR

Am 9.11.1996, im Anschluß an die Moabiter Antifa- Demonstration anläßlich des 58. Jahrestages der Reichspogromnacht: 50 Bereitschaftspolizisten der 22. Einsatzhundertschaft greifen ohne Vorwarnung eine Spontandemo von 30-40 AntifaschistInnen an und prügeln sie von der Straße; es gibt Verletzte und Festnahmen.

Die Antifas wollten einen Kranz für die 1942 in Theresienstadt ermordete Moabiter Sozialistin Mathilde Jakob vor dem Holocaust- Mahnmal in der Levetzowstraße niederlegen. Die ursprünglich im Rathaus Tiergarten geplante Kranzniederlegung scheiterte an den Fäusten und Hunden eines Polizeispaliers, das der Bündnisgrüne Bürgermeister Jensen angefordert hatte, um sein Rathaus vor KundgebungsteilnehmerInnen zu schützen. Nach Ende der Kundgebung formierte sich die vor Ort angemeldete Spontandemo, die nach wenigen Metern von der Polizei gestoppt und „aufgemischt" wurde. Mindestens 8 Antifas wurden festgenommen und saßen teilweise stundenlang in der Wache Perlebergerstraße. Nach dem Angriff blieben 15 AntifaschistInnen übrig, die unter strenger Polizeibewachung den Kranz vor dem Mahnmal in der Levetzowstraße niederlegten.

In den vergangenen Monaten erhielten die Festgenommenen, denen Delikte von Widerstand bis Landfriedensbruch vorgeworfen werden, Geldstrafen zwischen 2000 DM und 6000 DM. Dagegen haben Betroffene Widerspruch erhoben, sodas ab Herbst mit den ersten Prozessen zu rechnen ist. Die Angeklagten freuen sich über Unterstützung!

Entwürdigende mehrfache Leibesvisitationen von AntifaschistInnen bei den Vorkontrollen, der Einsatz von scharfen Polizeihunden ohne Maulkorb vor dem Rathaus, der in SA- Manier durchgeführte Angriff auf die der Pogrome gedenkende friedliche Spontandemo sind Belege für die faschistoide Kontinuität der deutschen Polizei im Wandel der Systeme. In der Regel liefert die Justiz bei der juristischen Beurteilung von Polizeiübergriffen den Beweis ihrer eigenen Kontinuität.

Damit sie nicht durchkommen:
- gibt es am 9.11.1997 die 8. Moabiter Antifaschistische Demonstration
- wehren wir uns gegen die Kriminalisierung.

Konkret werden Spenden gesammelt, es wird ein Soli- Konzert geben.
Konto: Berliner Bank, Nr. 633 721 0080, BLZ 100 200 00, Stichwort 9.11.96

Beteiligte, die Strafbefehle erhalten haben; oder Festnahmen auf der Alt- Moabit beobachtet haben und bezeugen können: bitte melden!

EA Ermittlungsausschuß, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
und
AIM Antifaschistische Initiative Moabit, Postfach 210235, 10502 Berlin

19.7.97





JN - Faschos - Aufmarsch in Hellersdorf

Am Samstag, den 26.Juli 1997 marschierten ca. 100 Faschos gegen 15.00 Uhr vom S + U Bahnhof Wuhletal zur Ernst Blochstr. (liegt hinter dem U-Bhf. Kaulsdorf -Nord) in Hellersdorf. An der Spitze liefen Trommler und FahnenträgerInnen mit Preußenfahnen und einer schwarzen Fahne, was darauf schließen ließ, daß es sich bei dem Faschoaufmarsch um einen Trauer- bzw. Gedenkmarsch handeln musste.
Auf der Abschlußkundgebung welche ungestört abgehalten werden konnte, trotz der verhältnismässig zahlreich anwesenden ZuschauerInnen, auf dem Platz selber bzw. auf den Balkons der Wohnhäuser, wurde ohne Zwischenrufe von „Nationalen Widerstand" und „Von Arbeitsplätzen zuerst für Deutsche" gefasselt.
Das ganze wurde von einigen hundertschaften Bullen (u.a. Wasserwerfer und Panzerwagen) beobachtet. Die Bullen gingen anscheinend von einer antifaschistischen Gegendemonstration oder von Auseinandersetzungen aus, dem war leider nicht so!

Antifa - "Fetisch Gewalt ...?

Fetisch Gewalt oder die Geburt des Antifaschismus aus der Platzwunde?

6 Fragen an einige angeblich überhaupt nicht verblödete AntifaschistInnen

In der "interim 428"(Seite 11) habt Ihr Euch mit einer kurzen Notiz zu Wort gemeldet, die u.a. folgende Passage enthält: "In der Nacht zum 18. Juli 1997 haben wir in Berlin-Friedrichshain den langjährigen Nazi-Kader Lars Burmeister getroffen und ihn für seine faschistischen Aktivitäten zur Rechenschaft gezogen. Spätestens wenn er seinen Rausch ausgeschlafen hat und am nächsten Morgen über die Herkunft seiner Platzwunden nachgedacht hat, wird ihm klar geworden sein, daß die Parole "Schlagt die Faschisten - wo Ihr sie trefft" kein blöder Spruch ist."
Jene Zeilen sind, mit Verlaub, abstoßend! Sie atmen so mancherlei, nur nicht den Geist autonomen Selbstverständnisses! Warum das aus meiner Sicht so ist, möchte ich im folgenden begründen; da es mir 'unterm Strich' um Austausch und nicht um Anmache geht, habe ich mich bemüht, nicht nur provozierende Fragen zu stellen, sondern diese gleichzeitig auch - zumindestens in Ansätzen - zu begründen.
Vorweg allerdings sei zur Vermeidung von Mißverständnissen noch auf Folgendes hingewiesen: In meiner Kritik geht es nicht im Geringsten um die Legitimität und Notwendigkeit physischer und anderer Militanz auch und vor allem gegen FaschistInnen; mir ist sehr wohl klar, in welcher Weise militante Gegenwehr gerade im Osten Berlins dazu beigetragen hat, für viele Menschen das Bewegen im öffentlichen Raum wieder ein wenig sicherer gemacht zu haben. Hierum kann und soll es nicht gehen; und auch geht es nicht um den Faschisten Lars Burmeister; daß dieser ein schlicht gefährlicher Mensch ist und es als solcher verdient, bekämpft zu werden, ist ebenfalls über jeden Zweifel erhaben. Worum es allerdings geht, ist die Art und Weise, wie und mit welchem Selbstverständnis Ihr - zumindestens Eurem 11-Zeiler zur Folge - jenen Kampf zu führen scheint; denn das ist, wie schon gesagt, abstoßend:
Eure Notiz läßt nicht im geringsten so etwas wie eine innere Distanz gegenüber der von Euch praktizierten - und von mir als solcher gar nicht in Frage gestellten - körperlichen Militanz erkennen; im Gegenteil: Ihr tut so, als ob es das Allernormalste und Allerselbstverständlichste der Welt wäre, immer und überall und aus jeder Situation heraus FaschistInnen auf ernsthafte Weise körperlich zu verletzen. An keiner Stelle äußert Ihr Bedauern darüber, daß es überhaupt notwendig ist, mit körperlicher Gewalt gegen andere vorzugehen; nirgendwo ist von so etwas wie einem 'Müssen' die Rede oder von einem 'blieb uns gar nichts anderes mehr übrig'; und auch stellt Ihr noch nicht einmals in Ansätzen die Überlegung an, ob es auch möglich gewesen wäre, Lars Burmeister auf weniger gewaltvolle - oder meintwegen militante - Weise einen Denkzettel zu verpassen. Unterstrichen wird jene scheinbar bruchlose Fixierung auf körperliche Militanz dann noch durch die zynische Art und Weise, wie Ihr die von Euch zugefügten Platzwunden zu 'Erkenntnisstützen' erklärt.
Kurzum: Eure Zeilen erwecken den Eindruck als ob Euch körperliche Militanz nicht nur problemlos vom Schnürchen geht, sondern auch noch - gleichsam als Extragabe - mit Stolz erfüllt; letzteres schlußfolgere ich aus dem bemüht brachial anmutenden Hinweis, daß Ihr keine Blöde-Sprüche-KlopferInnen wäret, sondern allzeit kampfbereite Tatmenschen, die FaschistInnen "immer und überall (und so oft wie möglich)" bereit wären, "zur Rechenschaft" zu ziehen. (Von dem zwielichtigen und durchaus verräterischen Bedeutungsreichtum, der in der christlich bzw. bürgerlich-patriarchalen Begrifflichkeit des 'Zur-Rechenschaft-Ziehens' mitschwingt, sei im Moment einmal abgesehen - vielleicht ist es ja doch nur eine Begrifflichkeit gewesen...)

Soviel als Vorspann - jetzt zu meinen jeweils ausführlich kommentierten und durchaus beabsichtigterweise polemisch formulierten Fragen:
1) Liege ich mit meiner Vermutung tatsächlich richtig, daß Ihr über keine weitergehende innere Distanz zu der von Euch praktizierten antifaschistischen Militanz gegen Personen verfügt? Oder anders: Was bedeutet es für Euch, Faschos zu schlagen? Erfüllen 'Punkt-oder K.O.-Siege' Euch mit Genugtuung, oder bleibt immer so etwas wie ein fader Nachgeschmack zurück?
Wichtig sind jene Fragen aus meiner Sicht deshalb, weil die ausdrückliche und willentliche Anwendung psychischer bzw. körperlicher Militanz für alle revolutionär, linksradikal, autonom oder sonstwie Gesonnenen ersteinmal eine Grenze bzw. stärker noch: ein Tabu darstellen sollte; und zwar nicht im Sinne eines von oben kommenden Gebotes, sondern im Sinne eines schlichten inneren Bedürfnisses. Idealerweise sollte dies die Maxime jedes emanzipatorischen Handelns sein. Der Grund für diese hier nicht näher erläuterbare Behauptung ist schlicht: Körperliche bzw. psychische Militanz ist die extremste und deshalb folgenreichste Form des Angriffes auf einen anderen Menschen(unter "psychischer Militanz" gilt es, Drohungen, Erpressungen u.ä. sich vorzustellen); denn während der Angriff auf materiellen Besitz die davon betroffene Person immer nur indirekt in Mitleidenschaft zieht und Ihr dadurch die Möglichkeit einräumt, sich innerlich von eben jenem Angriff zu distanzieren und hierdurch ihre eigene Würde aufrecht zu erhalten, ist dies bei psychischer bzw. physischer Militanz nicht mehr oder nur sehr schwer möglich; denn bei solcherart Angriffen existiert ein innerer Rückzugsraum nicht mehr; vielmehr steht hier der Mensch selbst auf dem Spiel: Jeder psychische bzw. körperliche Angriff zielt nämlich direkt auf Körperlichkeit und Emotionalität und damit auf das, was Mensch-Sein in seiner innersten Existenzhaftigkeit ausmacht. Genau in diesem Sinne stellt aber psychische bzw. physische Militanz eine grundsätzlich existentiellere Erfahrung dar als andere 'Denkzettel'; und dies gilt nicht nur für die Angegriffenen selbst, sondern auch für die AngreiferInnen: Auch für diese macht es nämlich einen gefühlsmäßigen und gedanklichen Unterschied aus, ob sie materielles Eigentum oder Menschen angreifen; daß Letzteres keine moralische Forderung ist, sondern Realität, wird u.a. daran deutlich, daß selbst dort, wo Menschen aus rassistischen, antisemitischen, sexistischen oder anderen Motiven psychisch und körperlich verfolgt werden, diese Angriffe seitens der TäterInnen mit sehr viel weitergehenden Strategien der Entmenschlichung bzw. Dehumanisierung einhergehen als dies bei lediglich materieller Ausbeutung der Fall wäre; denn nur wenn das konkrete menschliche Gegenüber in seiner schlichten Menschhaftigkeit herabgesetzt und dadurch entmenschlicht ist,

wird in **solchen** Fällen (die sich natürlich von Angriffen auf Faschos, Sexisten etc. unterscheiden und deshalb auf keinen Fall mit politisch motivierter Militanz verwechselt werden dürfen) die direkte physische und psychische Gewaltausübung möglich.
Zurück. Aus jenen überlegungen folgt aber: gibt es - trotz aller Einwände und Tabus - dennoch Gründe, eben jene Maxime (der psychischen und körperlichen Unangreifbarkeit) zu überschreiten - und solche Gründe gibt es in 'unserer' Gesellschaft bekanntlich zuhauf - dann sollte diese Grenzüberschreitung nur als taktische vollzogen werden, d.h. als ein leider nicht umgehbares Mittel zum Zweck - einen Zweck, dessen Ziel es sein muß, solche gesellschaftlichen Umstände zu erkämpfen, die die körperliche, psychische und materielle Unversehrtheit aller Menschen garantieren.
Gemünzt auf die in konkreten körperlichen Auseinandersetzung Steckenden und damit auch auf Euch, bedeuten jene zugegebenerweise ein wenig abstrakt daherkommenden Überlegungen zweierlei: Erstens sollte als Kern jener von mir als unabdingbar bezeichneten taktischen Einstellung gegenüber körperlicher Militanz jeder Angriff auf Faschos zumindest nachträglich politisch (und damit auch moralisch) begründet bzw. kritisiert werden, und zwar deshalb, weil es sich bei solcherart Angriffen um die Überschreitung einer eigentlich unüberschreitbaren Grenze handelt. Und zweitens sollte - als Ausdruck hiervon - personelle Militanz als ambivalente Angelegenheit empfunden werden, als etwas, das in bestimmten Situationen zwar unumgänglich sein mag, das aber trotzdem ein notwendiges Übel bleibt, und deshalb auch notwendigerweise Übelkeitsgefühle hervorrufen sollte: vor, während und nach entsprechenden Auseinandersetzungen; Militanz gegen Personen sollte also nur im Widerspruch mit sich selbst vollzogen werden (können).
Genau hier setzt aber meine Kritik an: nicht nur verfügt Ihr nicht im Mindesten über irgendwelche politischen Begründungen dafür, weshalb es legitim und notwendig gewesen ist, Lars Burmeister in jener Nacht anzugreifen; was Ihr aufbietet, sind nichtssagende (weil für ganz andere Zwecke ersonnene) Agit-Prop-Parolen, nicht mehr! Nein, schlimmer noch als das, scheint Ihr darüberhinaus, psychische bzw. körperliche Militanz nicht als etwas in Euch selbst Widersprüchliches zu empfinden; Euer 'BekennerInnenschreiben' ist in diesem Sinne auch gänzlich widerspruchsfrei; es enthält noch nicht einmal den leisesten Zweifel an eben jener durchaus nicht abwegigen Widerspruchsfreiheit: denn natürlich kann es auf der persönlichen Ebene Dutzende guter Gründe dafür geben, aus einem körperlichen Vergeltungs- bzw. Einschüchterungsschlag Befriedigung zu ziehen; ohne Frage, dies kann und darf es geben; nur darf es damit aber nicht sein Bewenden haben; vielmehr bedürfen solcherart Empfindungen der selbstkritischen Thematisierung! All das fehlt jedoch; Gewalt gegen FaschistInnen scheint stattdessen eine runde Sache für Euch zu sein. Genau das aber ist gefährlich; wo die Überschreitung einer eigentlich nicht überschreitbaren Grenze nicht mehr als problematisch empfunden und stattdessen in Wild-West-Manier glorreicher Kampfvollzug verkündet wird, dort stimmt etwas nicht! Vor allem setzt Euch das aber dem Verdacht aus, Nazis mehr oder weniger entmenschlicht zu haben, als Voraussetzung dafür, Eure nicht mehr hinterfragten und deshalb fetischisierten Angriffe auf Faschos reibungslos (anstatt widerspruchsreich) ablaufen zu lassen. Wäre das aber der Fall - und ich frage Euch dies hiermit explizit - dann würde es sich hierbei um einen nicht entschuldbaren Tabubruch handeln: Denn Mensch bleibt Mensch, egal ob Fascho oder nicht!

2) Verfügt Ihr in Eurem Vorgehen über verschiedene Eskalationsstufen? Wenn ja, warum habt Ihr Euch bei Lars Burmeister dazu entschlossen, die praktisch höchste Eskalationsstufe zu wählen? Warum habt Ihr Euch nicht damit begnügt, ihn z.B. mehr oder minder komplett zu entkleiden und ihn praktisch nackt und ohne Schlüssel, Geld und Papiere nach Hause zu schicken? Die aktuellen Temperturen wären doch hierfür geeignet gewesen!
Wichtig ist jene Frage für mich aus denselben Gründen wie den eben schon genannten: Dort, wo Ausnahmen von einer anundfürsich gültigen Regel gemacht werden, bedarf es jedesmal der sorgfältigen Begründung bzw., wenn das nicht möglich ist, der nachträglichen Selbstkritik. Andernfalls droht die Ausnahme zur Regel zu werden; und das wäre verheerend! Auch in diesem Punkt ist Euer Schreiben unbefriedigend; es gibt auf keine der entsprechend möglichen Fragen eine Antwort!

3) Stichwort Platzwunde: Was versteht ihr unter Platzwunden? Gehören dazu auch Kopfverletzungen? Wenn ja, gibt es irgendwelche Schlagtechniken, die sicherstellen, daß es 'nur' bei der oberflächlichen Platzwunde bleibt?
Wichtig ist dies deshalb, weil Kopfverletzungen (wie Ihr sicherlich selber wißt) grundsätzlich das Risiko bergen, Gehirnblutungen hervorzurufen; und solche wiederum können tödlich enden oder mehr oder weniger umfassende Lähmungen erzeugen. Einer solchen Gefahr gilt es aber vorzubeugen; sie im Rahmen irgendwelcher Bestrafungsaktionen fahrlässig in Kauf zu nehmen, ist für mich gänzlich unakzeptabel - so wie es für mich überhaupt unakzeptabel ist, in nicht-revolutionären Zeiten und aus einem offensiven Angriff heraus solche nicht-rückgängig-machbaren Verletzungen oder gar Tötungen zuzufügen. Ich bitte um Aufklärung auch in diesem Punkte; Eure zynischen Platzwunden-Sprüche helfen hier nämlich keinen Deut weiter.

4) Jene Frage fällt ein wenig aus der Reihe und mag zudem voyeuristisch klingen, ist aber zum besseren Verständnis dennoch notwendig: Was habe ich mir eigentlich darunter vorzustellen, daß Ihr Lars Burmeister "getroffen" habt? Und weiter: Wie habe ich mir die ernsthafte Bestrafung eines Besoffenen durch einen antifaschistischen Stoßtrupp auszumalen? Angemerkt sei hierzu Folgendes: Die Vorstellung, mehrere sich als Autonome bezeichnende AntifaschistInnen verabreichen einem dahertorkelnden Faschisten aus eigenem Antrieb - sowie widerspruchs- und begründungsfrei - eine gefährliche Tracht Prügel ist mir so unangenehm, daß meine Phantasie an diesem Punkte tatsächlich ein wenig aussetzt.

5) Für den Fall, daß Ihr wider meinen Vermutungen sehr wohl problemorientiert, bewußt und kalkuliert den Faschisten Lars Burmeister eingeschüchtert habt: findet Ihr nicht, daß es aus politischen Gründen notwendig gewesen wäre, Euch nicht mit einer popeligen und unterm Strich nichtssagenden Erklärung zufrieden zu geben, sondern stattdessen ein wenig ausführlicher Eure

Überlegungen und Erkenntisse kenntlich zu machen? Denn nur so ist es doch möglich, sich angemessen zu vermitteln, Differenzen zu vermeindlich ähnlichen Praktiken deutlich zu machen und auf diese Weise Mißverständnissen vorzubeugen.

6) Schließlich: Auf die an dieser Stelle eigentlich vorgesehene Frage möchte ich zur Vermeidung von Irritationen verzichten; begnügen möchte ich mich deshalb lediglich mit dem fragenden Hinweis, daß der Euch von mir unterstellte distanzlose, unüberlegte und zynische Umgang mit körperlicher Militanz in jeder Hinsicht zutiefst von patriarchalen Denk- und Handlungsmustern durchtränkt zu sein scheint! Kann das sein?

Zum Abschluß noch folgendes: Für den Fall einer Antwort bitte ich auf etwaige Retourkutschen a la: "findest Du nicht, Dutzende jährlich durch Faschisten Ermordete und Verletzte..." zu verzichten; denn die Antwort hierauf ist klar: FaschistInnen sind eine Gefahr und verdienen als solche Gegenwehr; sowohl körperliche als auch solche, die auf ihren Besitz gerichtet ist. Davon zu untertscheiden ist allerdings das Wie des physischen Kampfes und nur um dieses ist es mir im Moment zu tun.

Fridolin

N I E W I E D E R !

50 Jahre nach Beginn des Kriegsverbrecherprozesses gegen die IG FARBEN: Diese "Mordgesellschaft" sofort auflösen - ZwangsarbeiterInnen endlich entschädigen!

1997: Der Beginn des Prozesses gegen die IG FARBEN vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal jährt sich am 27. August zum 50. Mal. Die Anklagepunkte lauteten damals unter anderem auf Beteiligung an Vorbereitung und Durchführung des Angriffskriegs Nazi-Deutschlands, auf Sklaverei und auf Raub und Plünderung.

Verantwortung für Krieg und Naziverbrechen

1947: Die IG FARBEN, der Zusammenschluß von AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einiger kleinerer deutscher Chemiefirmen, steht wie kaum ein anderer Konzern für die enge Verflechtung zwischen der deutschen Wirtschaft und dem nationalsozialistischen Terror-Regime der Nazis. Die IG FARBEN profitierte von der Politik der NSDAP wie die Nazis von der Unterstützung der IG FARBEN profitierten. Die IG FARBEN war der größte Einzel-Finanzier der NSDAP; baute maßgeblich Hitler auf, befürwortete ausdrücklich dessen Kriegspläne und schaffte mit ihren Hitler persönlich gemachten Zusicherungen der Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit für die Nazis, einen internationalen Krieg loszubrechen. Der Vorstand der IG FARBEN legte seine Interessen z.B. in einem Papier mit dem Titel "Neuordnung" nieder. Dort plante die IG FARBEN die (wirtschaftliche) Eroberung der Welt im Gefolge der nationalsozialistischen Heerscharen.

Die IG FARBEN mit ihren Niederlassungen, Töchtern und Verbindungen in aller Welt, auch in den USA, verdiente auf beiden Seiten der (West-)Front. Sowohl die Nazi-Bomber, als auch die Maschinen der West-Alliierten flogen mit IG FARBEN-Sprit. Die IG FARBEN verdiente an todbringenden Waffen, an Medikamenten für sterbende Soldaten und zivilen Kriegsopfern, an der "Industrialisierung" des Völkermords in den KZ's, an der massenhaften Versklavung von Häftlingen und "Feindbevölkerung" sowie an der Einverleibung aller nur irgend geeigneten "eroberten" Betriebe.

Perverse Verbrechen und Massenmord

In ihrer Profitgier hat die IG FARBEN perverse Verbrechen und Massenmord begangen. Der Konzern perfektionierte das von IG FARBEN-Gründer Carl Duisberg bereits im Ersten Weltkrieg "erfundene" System der Zwangsarbeit. In allen Werken des Konzerns wurden Abertausende von ArbeitssklavInnen bis zum Tod geknechtet. Mit dem Terror-Instrument der SS wurde jeder Widerstand unterdrückt. Für geringste Beträge von der SS "gekaufte" Häftlinge wurden von den IG FARBEN-Wissenschaftlern in grausamen "medizinischen" und anderen Versuchen bei vollem Bewußtsein zu Tode gequält. Der KZ-Arzt Mengele, der in berüchtigten Versuchen Häftlinge zu Tode brachte, wurde direkt von der IG FARBEN finanziert. Der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma wurde mit dem IG FARBEN-Giftgas Zyklon B "perfektioniert". Im IG FARBEN eigenen KZ Auschwitz III Monowitz (IG Monowitz) und seinen Nebenlagern fanden ca. 30 Tausend Häftlinge den Tod durch brutalste Ausbeutung.

Milde Strafen im Zeichen des Kalten Krieges

Das Urteil für die Kriegsverbrecher der IG FARBEN vom 29. Juli 1948 entsprach in keinster Weise den Verbrechen: nach 152 Verhandlungstagen gab es nur Minimalstrafen für einige Angeklagte von bis zu acht Jahren. Das Urteil stand im Zeichen des bereits ausgebrochenen Kalten Krieges. Die westlichen Alliierten hatten beschlossen, die alten Eliten zu rehabilitieren, um ein wirtschaftlich starkes Westdeutschland als "Bollwerk gegen den Kommunismus" aufbauen zu können.

Die weiteren geplanten Prozesse, die unter anderem gegen SIEMENS, KRUPP, DRESDNER BANK und DEUTSCHE BANK hätten geführt werden sollen, fanden gar nicht mehr statt. Bereits am 31. Januar 1951 wurden die noch in Haft befindlichen Manger und Direktoren der IG FARBEN begnadigt. Alle Konzern-Führer fanden sich in Westdeutschland in Top-Positionen wieder, viele bei den Nachfolge-Firmen der IG FARBEN, bei BAYER, HOECHST und BASF. Selbst mit dem Bundesverdienstkreuz wurden einige der IG FARBEN-Verbrecher ausgezeichnet.

Weder Reue noch Einsicht

Die IG FARBEN müßten nach dem Urteil von 1948 seit spätestens 1953 aufgelöst sein. Aber die "Mordgesellschaft" existiert noch immer! Seit 40 Jahren zieht sie noch immer Profite aus ihren in Reichsmark notierten Aktien. Gleichzeitig verweigert sie - und mit ihr die anderen Nachfolge-Konzerne BASF, BAYER und HOECHST - gerechte und angemessene Wiedergutmachung für die Opfer und Angehörigen der Opfer ihrer Terror-Tätigkeit in der Zeit des Hitler-Faschismus. Sie setzen darauf, daß bald niemand mehr lebt, der oder die Ansprüche stellen könnte.

Und heute?

Seien wir uns stets bewußt: Jede der IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST ist heute um ein Vielfaches mächtiger und gigantischer als die IG FARBEN seinerzeit. Die Profitgier der großen deutschen Konzerne und Banken hat bereits zweimal dazu beigetragen, die Welt innerhalb eines Jahrhunderts in Schutt und Asche zu legen. Die IG FARBEN hatte wesentlichen Anteil daran. Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit besteht jederzeit die Gefahr einer Wiederholung.

Wir fordern anläßlich des 50. Jahrestages des Beginns des Prozesses gegen die Kriegsverbrecher des IG FARBEN-Trusts:

- Die verantwortlichen Hintermänner des Hitler-Faschismus aus der Wirtschaft müssen ins Rampenlicht gestellt werden. Die IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST und die noch immer existierende IG FARBEN i.A. müssen mit ihrer Schulc konfrontiert werden.
- Die angemessene Entschädigung aller IG FARBEN-ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen durch die Nachfolgefirmen muß endlich erfolgen.
- Die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der die IG FARBEN betreffenden Gedenkstätten Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen.
- Die IG FARBEN-Nachfolger müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.
- Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Verantwortliche müssen eingestellt werden.
- **Die IG FARBEN i.A. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen "Blut-Aktien" muß sofort unterbunden werden.**
- **Die Hauptversammlung der IG FARBEN am 22. August 1997 in Frankfurt, Arabella Congress-Hotel, Lyoner Str. 44-48 dar nicht stattfinden!**

Aktionsvorschläge:

Am 22. August 1997 ab 8.30 Uhr muß vor und auf der Hauptversammlung der IG FARBEN i.A. in demokratischem Protest deutlich gemacht werden, daß wir diese Hauptversammlung dieser unerträglichen Gesellschaft nicht wollen, daß die "Mordgesellschaft" IG FARBEN sofort aufgelöst werden und das Kapital für Entschädigungszwecke verwendet werden muß. Kommt zahlreich und bringt bitte Lärminstrumente mit (Trillerpfeifen, Raseln etc.).

Dem Arabella Congress-Hotel Lyoner Str. 44-48, 60528 Frankfurt muß verdeutlicht werden, welch unselige Gesellschaft da tagt: Fon 069 - 66 330, Fax: 069 - 66 33 666. Schickt Protestfaxe.

Zur Unterstützung und Durchsetzung der Forderungen des 'Nie wieder!'-Bündnisses schlagen wir vor:
Schickt Proteste per Post, eMail oder Fax an: Bundesregierung, Nachfolgegesellschaften BASF, BAYER, HOECHST, IG FARBEN, Stadt Frankfurt, Deutscher Industrie- und Handelstag, Industrie- und Handelskammer in Frankfurt etc.
Mobilisiert Organisationen der Verfolgten des Naziregimes in aller Welt.
Der Druck auf die IG FARBEN und die Nachfolgegesellschaften BASF, BAYER, HOECHST im In- und Ausland muß durch vielfältige Protestaktionen und Medienarbeit erhöht werden. Der Kreativität im Hinblick auf gewaltfreie Aktionen und Proteste sind keine Grenzen gesetzt.

ErstunterzeichnerInnen:

**Aktion Alternativer BASF-AktionärInnen/Mannheim • Aktion Sühnezeichen Friedensdienste/Berlin • Auschwitzkomitee/Hamburg
Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte/Köln • Coordination gegen BAYER-Gefahren/Düsseldorf
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre/Köln • Forschungsgruppe ZYKLON B/Dessau
Interessengemeinschaft der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschisten/Berlin
Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime/Stuttgart • Lagergemeinschaft Auschwitz/Frankfurt
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten/Hannover • Verein zur Erforschung der IG FARBEN in Auschwitz/Hamburg**

Bitte unterschreiben:

**Zur Unterstützung der Aktionen bitten wir um weitere Unterzeichnungen dieses Aufrufs.
Kopiert diesen Aufruf, reicht ihn weiter, sammelt Unterschriften, bestellt Material, beteiligt Euch an den Aktionen.**

Ausstellung/Vorträge zum Thema:

Es gibt eine Ausstellung, die gebucht werden kann und gegen Kostenerstattung können auch ReferentInnen (mit Video-Vorführung) eingeladen werden. Terminabsprachen (auch kurzfristig): Philipp Mimkes/Fon 0211 - 33 39 11/Fax 0211 - 33 39 40.

Die Kampagne ist auf Spenden angewiesen: Ökobank Frankfurt 10 17 96 10, BLZ 500 901 00

Antifa Strategiediskussion

Zum Antifa-Aufruf der Autonomen Antifa (M) und Antifa HaQu in der Interim 328

Unsere Kritik richtet sich nicht speziell gegen diese Demo, sondern gegen eine Herangehensweise, wie sie seit Jahren zum Tragen kommt und an der wir einige solidarische Kritik haben.

NIE WIEDER HESS-LICHE ZEITEN !
NAZISTRUKTUREN ZERSCHLAGEN !

DIE FASCHISTEN AN IHREN WOHNORTEN
UND ARBEITSPLÄTZEN ANGREIFEN !

VENCEREMOS !

Die Kampagne „gegen die faschistischen Zentren vorgehen“ läuft seit Ende 1992. Dabei richteten sich die Demos gegen bekannte faschistische Zentren.

Große Bündnisdemonstrationen, wie in Adelebsen 93 oder in Northeim 94 kamen zustande. Dabei konnte durch gute Medienpolitik einiges an Information über Zeitung und Fernsehen in bürgerliche Kreise getragen werden.

Das Ende dieser Zentren aber bedeutete dies nicht. Das wird unserer Meinung nach auch erst über einen breiten und vor allem sehr kontinuirlichen Widerstand erreicht.

AUTONOME ANTIFAS

Und genau da setzt auch unsere hauptsächliche Kritik an. Uns kommt es im Nachhinein so vor, als wären die Demos der AA/BO und auch anderer Antifa-Gruppen vor allem zum Zwecke der Medieninszenierung gemacht worden, gingen aber nicht darüber hinaus. Die Zentren zumindest wurden nur an einem Tag mit angereisten DemoteilnehmerInnen bekämpft und das glauben wir ist einfach zu wenig.

Viele andere Schritte fehlen hierbei und sind soweit wir wissen auch nicht in die Praxis umgesetzt worden (sollte dies nicht zutreffen so schreibt das bitte in eine der nächsten Interims !).
Der oft deklarierte Anspruch der Autonomen Antifa(M), die Basisarbeit der regionalen Gruppen durch Iniativen zu stärken ist nicht aufgegangen.

Was aber bleibt dann, außer an einem Tag in den Medien zu stehen ? Manchmal ist es besser eine Art der Kampagne wie sie seit Jahren zum Tragen gekommen ist nach ihrem Gebrauchswert zu untersuchen und gegebenfalls zu ändern. Beispiele kontinuirlichen Widerstands gibt es ja, wie z.B. die GenossInnen, die seit Jahren mit den unterschiedlichsten Iniativen (Sonntagspaziergänge, Anschläge, bundesweite Demos, Broschüren, Medienarbeit, Unterstützung der lokalen Antifa-gruppen ...) gegen Hetendorf 13 vorgehen.

Einen solchen Ansatz finden wir vielversprechender.
Das andere, was uns an dem jetzigen Aufruf aufgefallen ist: Die starke Beleuchtung des Nazi-Kaders Steffen Hupka.
Und genau das finden wir aus mehrern Gründen falsch.
1. wertet dies Hupka ungewollt in Kreisen der Fascho-Szene auf.
2. finden wir es etwas verfehlt, wenn zweitausend autonome Antifas in Quedlinburg gegen vordergründig eine Person demonstrieren.
Das gleiche war 94 gegen Thorsten Heise in Northeim und wir empfanden es als politischen Fehler. Was ist der Zweck einer solchen Beleuchtung ? Zum einen wahrscheinlich die Aufklärung der Bevölkerung über diese Person.

Das wäre aber genauso möglich in Form einer Flugi-Aktion in die Haushalte (z.B. 10000 Stk. im Umkreis, wo er wohnt, um ihn zu isolieren). Wir wollen hier gar nicht die eine Aktionsform gegen die andere Stellen. Nur steht der Aufwand der einen Aktion(Demo) in keinem Verhältnis zur anderen. Das Ergebniss dürfte bei beiden in etwa das Gleiche sein.

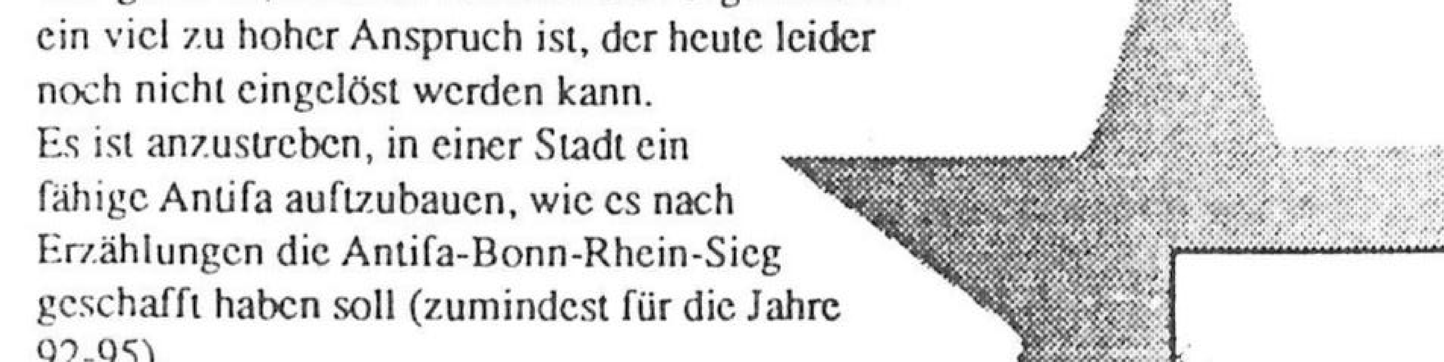
Um nun zum praktischen Effekt zu kommen. Wie schon anfangs erwähnt waren die Konzepte der Demos auf die Öffentlichkeit beschränkt. Es hatte in keinem Fall Konsequenzen für die Nazikader. Demnach war der Negativeffekt für sie nicht gegeben eher das Gegenteil.

Wir glauben, das mensch mit weitaus weniger Kräften den gleichen Effekt haben könnte und darüber hinaus noch etwas direktere Aktionen laufen könnten.
Es ist was anderes, wenn Hupka in der Presse steht, weil sein Auto abgefackelt worden ist, als wenn es in Form einer martialischen Demo passiert ohne größere Folgen.

Es ist unserer Meinung nach sinnvoller, dass, anstatt an einem Ort mit zweitausend Leuten was zu machen, an ganz vielen mit unterschiedlichsten Aktionen !
Es spricht auch im Prinzip nichts gegen ne große Demo, in der Vergangenheit war es aber unseres Eindrucks nach zu stark darauf fixiert.

Wir wollen eine Erweiterung der Antifapolitik , wie sie bisher gelaufen ist. Dabei ist unserer Meinung nach der Aufbau von Antifagruppen auf lokaler Ebene ein sehr wichtiger Schritt.

Wir glauben, dass die bundesweite Organisation ein viel zu hoher Anspruch ist, der heute leider noch nicht eingelöst werden kann.
Es ist anzustreben, in einer Stadt ein fähige Antifa auftzubauen, wie es nach Erzählungen die Antifa-Bonn-Rhein-Sieg geschafft haben soll (zumindest für die Jahre 92-95).
Verschiedene Gruppen aus den Stadtteilen, aus der Jugend könnten sich zu einer Antifa zusammenschließen, die sich monatlich trifft.



Für die Rudolf-Hess-Gedenkmärsche schlagen wir vor unauffällig aber effektiv zu arbeiten und das auf lokaler Ebene. Hauswurfsendungen in Tausenderauflage im Umkreis bekannter und unbekannter Nazigrößen, Plakatieren, Kundgebungen vor Wohnungen, militante Aktionen ...

Wie wir z.B. vor kurzem gehört haben wurde die Wohnung des Bundesvorsitzenden der JN Udo Voigt in Moosburg, Bayern zweimal mit Steinen attackiert.
Auch einen Fascholaden in Landshut erlitt zweimal Glasbruch.
Bei einer Demo zum 8.Mai in Landshut hat's den Laden schonmal erwischt.

Auch begrüßen wir die Ansätze der Antifaschistischen Aktion München und dem Antifaschistischen Aktionbündnis Nürnberg, die Infotische genau dort durchführen, wo hohe Faschokonzentration ist und schon lange vor den Hess-lichen Tagen begonnen haben und danach auch weiter machen.
In München z.B. mit einer ganzen Palette phantasievoller Aktionen, wie Live-Grafity mit DJ's oder öffentlichem Überpinseln von Nazischmiereien.
Am 17.8. gibt's dann ne Demo zur NPD-Zentrale vor die Holzstraße, wo eine Fahne der JN, wie auch auf der Demo in Quedlinburg, hier aber mit unmittelbaren Bezug, verbrannt wird.

Für die Zukunft wünschen wir uns gut überlegte lokale Kämpfe und mehr praktische Dinger, die zwar leise, aber oft weitaus effektiver sind.
Zuviel Symbolik alleine macht auf Dauer keinen Sinn.

AUTONOME ANTIFAS, 29.7.97

Den antifaschistischen Widerstand organisieren!
Gegen den Rudolf-Hess-Aufmarsch vorgehen!
DEMO
Quedlinburg
13 Uhr
SAMSTAG
9.8.97
ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Antifa Veranstaltung, Infoladen Saarlouis und die Grünen

Bündnisgrüne, Polizei, Feuerwehr, JN (Jugendorganisation der NPD) vereint im Kampf gegen die Antifa

Stellungnahme zu den Geschehnissen um die Informationsveranstaltung „Das Nazinetzwerk macht weiter - Strukturen der JN" am 14.07.1997 im Saarlouiser Infoladen Bambule

Politische Zensur durch Bündnisgrüne

Für den 14.07.1997 plante die Antifa Saarlouis gemeinsam mit der Autonomen Antifa Heidelberg eine Infoveranstaltung zu den Jungen Nationaldemokraten (JN). Da mit einem großen Andrang an VeranstaltungsbesucherInnen zu rechnen war, sollte die Veranstaltung im großen Saal des Alten Betriebshofes (KOMM) stattfinden. Dies wurde uns durch den SBS e.V.-Vorstand vertraglich zugesichert. Am 06.07.1997 wurde die kurzfristige Kündigung des Veranstaltungssaals durch den KOMM-Trägerverein SBS e.V. ausgesprochen. Diese Entscheidung wurde vom Vorstand des SBS e.V. getroffen, der von den Bündnisgrünen dominiert wird. Die beiden wichtigsten Funktionäre des SBS e.V. sind Hubert Ulrich (Landesvorsitzender der Bündnisgrünen im Saarland) und Gabriel Mahren (ebenfalls Funktionär der Bündnisgrünen). Diese Entscheidung war der eindeutige Versuch eine antifaschistische Aufklärungsveranstaltung zu verhindern und ist somit als ein Versuch politischer Zensur zu werten.

Weitere Provokationen durch Bündnisgrüne und Neonazis

Da der große Saal verweigert wurde, mußte die Veranstaltung in den Infoladen „Bambule" verlegt werden. Bereits Stunden vor dem angekündigten Beginn der Veranstaltung sammelten sich die Neonazis im nahegelegenen Ludwigspark. Die Benutzung der uns bislang zur Verfügung stehenden Gemeinschaftstoilette des KOMM wurde zunächst nur in Begleitung von zwei Zivilbeamten der Polizei gestattet (auch Frauen durften nur unter Begleitung der männlichen Beamten zur Toilette gehen). Später wurde die Benutzung ganz untersagt und nach einer Entscheidung von Hubert Ulrich wurde das Schloß durch die Feuerwehr ausgewechselt. Die BesucherInnen mußten nun auf die Grünanlagen um das KOMM herum ausweichen. Wer unbeobachtet austreten wollte, mußte sich in die Stadt begeben und war so einer Bedrohung durch die dort anwesenden Neonazis ausgesetzt.
Kurz vor der Veranstaltung drang eine Gruppe von etwa 20 Neonazis bis in Sichtweite des KOMM-Geländes vor. Unter Ihnen befanden sich der Dillinger JN-Aktivist Peter Strumpler, die JN-Kader Irina Beikert und Rene-Rodriguez Teufer (beide aus dem Rhein-Neckar-Raum). Sie provozierten und versuchten die Situation zu eskalieren. Trotz unserer Überlegenheit (über 100 anwesende AntifaschistInnen) gingen wir hierauf aber nicht ein.

Die Veranstaltung wurde erfolgreich durchgeführt

Die Veranstaltung, die eine Stunde später als geplant begann, lief weitgehendst reibungslos und erfolgreich ab. Lediglich einmal unterbrach ein Drohanruf den Ablauf. Die Veranstaltung wurde von über siebzig Personen besucht. In ihrem Verlauf wurde auf die ideologische Ausrichtung, Zielsetzung und Struktur der JN eingehend eingegangen. Bedeutende Personen aus dem Bundesvorstand sowie regionale Bezüge wurden mittels Dias, Videovorträgen und Referaten vorgestellt.

Neonazis greifen BesucherInnen an

Gegen 23.00 h war die Veranstaltung zu Ende. Auf dem Heimweg wurde eine Gruppe von BesucherInnen von 15-20 Skinheads verfolgt und angegriffen. Die Skinheads schlugen mit Baseballschlägern und Dachlatten, aus denen Nägel hervorragten auf die AntifaschistInnen ein. Nur durch das energische Eingreifen zur Hilfe gerufener AntifaschistInnen konnte Schlimmeres verhindert werden.

Radikale Jugendl demolieren Polizei

MEINE MEINUNG

Gebt der Gewalt keine Chance!

Saarlouiser müssen wachsam sein

Die Polizei stürmt den Infoladen Bambule

Etwa 30 Minuten nach dieser Auseinandersetzung stürmte ein behelmter Polizeitrupp samt Hundestaffel den Infoladen Bambule. Sie hielten die etwa 20 hier verbliebenen BesucherInnen fest und durchsuchten den Raum. Sie drangen gewaltsam ein und stießen BesucherInnen auf den Boden und über Stühle hinweg. Telefonate mit Anwälten wurden verhindert., der Telefonanschluß schließlich lahmgelegt. Auf Anfrage gaben die Polizeibeamten weder den Einsatzleiter noch Dienstnummern bekannt. Es wurden Aktenordner, Stöcke zur Selbstverteidigung vor faschistischen Angriffen und etliche weitere Gegenstände beschlagnahmt. Trotz Aufforderung wurde durch die Beamten keine Liste beschlagnahmter Gegenstände ausgestellt. Nach etwa zwei Stunden waren alle festgesetzten Personen wieder außerhalb des Infoladens. Zuvor wurde jedeR einzeln einer Ganzkörperkontrolle unterzogen, und alle vorhandenen Autos durchsucht. Das Gelände des KOMM wurde unter tatkräftiger Hilfe der Feuerwehr durchsucht. Das Schloß des Infoladens wurde ausgetauscht.
Es wurde beobachtet, wie die Adressen von zumindest zwei Antifaschisten durch Polizeibeamte an den JN-Kader Alexander Feyen weitergegeben wurden.

Einen Tag danach ging dem Infoladen die fristlose Kündigung des angemieteten Raumes zu.

Wir fordern:

- ★ **die Rücknahme der Kündigung des Raumes der Antifa und des Infoladen Bambule oder Bereitstellung von adäquaten Ersatzräumen!**
- ★ **die Beendigung der Medienhetze gegen AntifaschistInnen und keine Gleichsetzung mit Faschisten!**
- ★ **die lückenlose Aufklärung der Kooperation von Polizeibeamten mit dem JN-Kader Alexander Feyen!**
- ★ **die bedingungslose Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände und Dokumente an die Antifa!**
- ★ **die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen alle Polizeibeamten, die an diesem Abend im Einsatz waren (insbesondere gegen die Einsatzleiter)!**
- ★ **den Ausschluß des SBS e.V. aus allen demokratischen und fortschrittlichen Projekten!**
- ★ **den Ausschluß von Hubert Ulrich und Gabriel Mahren aus der Partei Bündnis 90/ die Grünen!**

Wir werden in Saarlouis und anderswo weiter gegen faschistische Umtriebe vorgehen und fordern alle demokratischen und fortschrittliche Menschen auf, bei der Partei Bündnis 90-die Grünen, der Polizei und der Presse gegen das Vorgehen gegen AntifaschistInnen zu protestieren. Wir empfehlen es LeserInnenbriefe an die Saarbrücker Zeitung und insbesondere deren Regionalteil: Saarlouiser Rundschau zu schreiben. (Bündnis 90-die Grünen; Parkstr.1; 66111 Saarbrücken / Saarbrücker Zeitung; Pressehaus Saarbrücken; Gutenbergstr.11-23; 66103 Saarbrücken; Tel. 0681/5020 Fax. 0681/5022500/ Saarlouiser Rundschau Adlerstr. 66740 Saarlouis Tel. 06831/461021 Fax. 06831/48484)

Antifa Saarlouis, Compañeras, weitere AntifaschistInnen aus dem Saarland

20.07.1997

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Antifa "Notizen aus der Provinz"

Nicht das was uns droht,
sondern daß es einfach so weiter geht,
das ist die eigentliche Katastrophe.
Kampf dem rassistischen Normalzustand an der Georg-Büchner-Realschule !

Heute Nacht haben wir antifaschistische Parolen, an den Wänden der Georg-Büchner-Realschule angebracht.
Wir wollen der interessierten Öffentlichkeit erklären, warum wir es notwendig fanden, zu diesem Mittel zu greifen.
Zum einen dürfte Ihnen bekannt sein, dass es an dieser Realschule mehrfach zu Zwischenfällen gekommen ist, wie z.B. am 21 April 97 als unter der Duldung eines Musiklehrers dieser Schule zwei rechte Schülerinnen ein Referat über einen neofaschistischen Liedermacher halten konnten und gar noch dessen hasserfüllte Musik abspielen durften.

Damals protestierten die Mitschüler, doch der Lehrer reagierte nicht.

Auch gegen das Verkleben rechtsradikaler Aufkleber der NPD/JN wurde nicht vorgegangen, genauso wenig interessierte es, wenn Flugblatter faschistischem Inhalts verteilt wurden.
Wenn es dann auch noch soweit kommt, dass ein Geschichtslehrer dieser Schule die Authenzität der Bilder des Hamburger Instituts der Wehrmachtsusstellung in Frage stellt, so ist der Tatbestand der offenen Unterstützung faschistischer Neuformierung, wie am 1.März geschehen, als Tausende Neonazis durch die Straßen Münchens marschieren konnten, gegeben.

Die Worte werden in Taten umgesetzt - ein Beitrag dazu lieferte ein Geschichtsleher der Georg-Büchner-Realschule.

In den letzten Jahren kam es desöfteren zu verbalen Angriffen Rechtsradikaler gegen Skater, ImigrantInnen und alternativ aussehende Personen.
Auf einer Klassenfahrt wurde ein Jugendlicher zusammengeschlagen.
Die Schulleitung reagierte nicht.

Wir wollen den Lehrern und dem Direktor nicht unterstellen, sie stecken mit Faschisten unter einer Decke.
Wer aber Faschisten agieren lässt und wegschaut, trägt dazu bei faschistische und rassistische Aktivitäten zum Normalzustand werden zu lassen.
Und genau das ist der Fall an der Georg-Büchner-Realschule.
Die Schulleitung, das Direktorat, und einige Lehrer haben sich durch die Duldung faschistischer Gruppen zu Handlangern für diese gemacht und sind damit Mittäter.

Wenig Probleme hatte das Direktorat antifaschistische Jugendliche mit einer Strafanzeige zu verfolgen, die gegen diesen Normalzustand protestieren wollten.
Auch hier sieht man die klare Stellungsnahme des Direktorats.

Dasselbe trifft auf die Wände* der Georg-Büchner-Realschule zu:
Wer es nicht für nötig hält** faschistische Parolen, wie das White-Power Zeichen von diesen Wänden zu entfernen, dem muß vorgeworfen werden keine Probleme mit solchen Symbolen zu haben.
Der Direktor Wiesinger ist für uns eine Symbolfigur dafür, wie in diesem Staat Funktions- und „Würden"träger politisch, gesellschaftlich, sowie schulisch mit Faschismus umgehen bzw. von oben angewiesen werden umzugehen.

Dafür spricht wie eine Vielzahl von Nazigrößen in den BRD-"rechts"-Staat demokratisch eingegliedert wurden und höchste Funktionen ausüben durften, während jüdische und kommunistische WiderstandskämpferInnen bis heute, um ihre Entschädigung kämpfen.

* gegenüber
** , dafür zu sorgen, dass

Die liberale Mitte, die Unabhängikeit des Staates ist eine bürgerliche Lüge, wie die Geschehnisse um die Georg-Büchner-Realschule uns zum wiederholten Male gezeigt haben.

Genau aus diesen Gründen haben wir heute Nacht selbst Hand angelegt. Wir überpinselten die faschistischen Embleme und brachten antifaschistische Parolen an.

DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE ORGANISIEREN ! DEN BÜRGERLICHEN STAAT UND SEINE FUNKTIONSTRÄGER ANGREIFEN ! KEINE DULDUNG VON FASCHISTEN, NICHT AN DER SCHULE, AN DER UNI ODER IM STADTTEIL, NIRGENDWO !
... UND KEINE MINUTE MEHR OPFER !

Antifaschistische Iniative

München, 28.7.97

Autonome Antifa Heidelberg

Heidelberg, den 30.07.1997

Liebe GenossInnen!
Bitte veröffentlicht folgenden Kurzartikel in Eurer Zeitung:

Hausdurchsuchung in Heidelberg

Am 18.06.1997 durchsuchte der Heidelberger Staatsschutz eine Wohngemeinschaft in HD. Der Durchsuchungsbefehl galt einem dort wohnhaften Antifaschisten. Die Staatsschützer machten sich diesen Anlaß zunutze, auch die übrigen Zimmer der nicht anwesenden Mitbewohner zu durchsuchen, obwohl hierfür kein Durchsuchungsbefehl vorlag. Dies stellt einen klaren Hausfriedensbruch dar.
Der Bullenaktion waren die Aktivitäten am 30.04.1997 in Heidelberg vorausgegangen. Dieser Tag wird alljährlich von den Heidelberger Burschenschaften für ihr mitternächtliches Maiansingen auf dem Marktplatz genutzt. Doch dieses Jahr hatten die Autonome Antifa HD und der Antifa AK an der Uni HD eine Demonstration unter dem Motto „Den reaktionären Konsens kippen - Burschenschaften abschaffen" durchgeführt. Ziel war es, die rechtskonsevative Tradition an diesem Tag in HD zu brechen und durch eine antifaschistische zu ersetzen. Die Demo wurde zuvor nicht namentlich angemeldet, der vordere Teil lief vermummt und auch die Beteiligung war mit 350 Leuten für süddeutsche Verhältnisse in Ordnung. Die rechtsextreme Burschenschaft Normannia (Mitglied der Deutschen Burschenschaft) verlegte daraufhin das Maiansingen vom Marktplatz auf das Schloß, so daß es seit 104 Jahren zum ersten Mal nicht zum „traditionellen Burschentreiben" in der Heidelberger Innenstadt kam.
Stattdessen sangen die Burschen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Polizeischutz zusammen mit stadtbekannten Neonazis das Deutschlandlied.
Währenddessen warteten rund 1000 Schaulustige und Protestierende auf dem Marktplatz.
Laut Recherchen der Autonomen Antifa HD kam es in dieser Nacht noch zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Neonazis. Und genau dies stellt wohl den Grund der Hausdurchsuchung dar. Denn dies ist nicht der erste Fall dieser Art in HD.
Jedes Jahr kommt es am Rande des Maiansingens zu heftigen Auseinandersetzungen mit FaschistInnen. Und jedes Jahr legt der Heidelberger Staatsschutz den Neonazis im nachhinein Fotolisten von AntifaschistInnen vor, aus denen sie sich dann ihren „Täter" aussuchen können.
So ergänzt sich staatlicher und Straßen- Anti-Antifaschismus.
Doch trotz alledem:
Für eine antifaschistische Tradition am 1.Mai in HD!
Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

c/o Infoladen Moskito
alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Tel./Fax: (06221) 22652
e-mail: Autonome-Antifa-HD@Link-Ma.cl.sub.de.
im Internet: http://home.mo.de/azhd/aa/antifa.htm

Brief an die raf

an die raf:
ihr bezieht euch in eurem zusatz vom 29.11.96 in der interim auf meinen text vom juli 96. ihr wollt aus einem einzigen satz, den ihr aus dem zusammenhang rausreisst, eine ganz bestimmte absicht herauslesen. ich finde es ziemlich daneben, dass ihr nicht genau hinschaut, sondern gleich loswettert. ich sprach nicht davon, dass ihr vom geheimdienst gesteuert worden seid. ich finde es richtig, dass ihr klarstellt, dass diese bücher "raf-phantom" etc. immer nur den zweck verfolgen, zu suggerieren, der staat hätte alles im griff, widerstand sei unmöglich. wenn es aktionen oder militante gruppen gibt, hätte er oder sein geheimdienst immer die finger im spiel.
nichtsdestotrotz ist im fall von steinmetz einiges sichtbar geworden. das meinte ich mit: das macht den verlauf der politischen entwicklung in den letzten jahren klarer.
1.)
ist die desolate beschaffenheit der linken sichtbar geworden. ohne diese hätte steinmetz nie soweit kommen können. denn er war nicht besonders gut, sondern wir besonders schlecht. da habt ihr recht, wenn ihr sagt: von dem kam doch nie ein impuls. diese unfähigkeit ersetzte er durch psychologische tricks. deshalb hatte ich auch den ausdruck, mit ihm politische diskussionen über grundsätzliche veränderungen der machtverhältnisse zu führen, in anführungszeichen gesetzt, denn, so schrieb ich weiter, er ging darin mit psychologisch präzise von seinen v-mann führern geplanten schritten vor, um an sein ziel zu gelangen. noch vor jahren wäre eine solche karriere undenkbar gewesen. kriterien, das sagt ihr ja auch, sind aufgeweicht. dieses aufweichen ging einher im zuge der versuchten politischen neubestimmung, die ihr und die gefangenen im wesentlichen mitinitiiert haben. und zu recht, denn was bisher von der linken geschaffen worden war, hat für einen umschlag der verhältnisse, die sehr wohl reif dafür sind, nicht ausgereicht. damals nach dem hungerstreik 89 redete man davon, dass alle linken konzepte gescheitert seien, was ich nicht richtig fand. nur der bezug zueinander, die vielfältigkeit zu einer gemeinsamen wirkung zu bringen, und aus den verschiedenen ansätzen und fehlern zu lernen, das war noch nicht gelungen. von dieser etappe ist in eurem neuen text kein wort mehr zu finden. aber genau sie war es doch, in der steinmetz überhaupt landen konnte.

2.)
gibt es für mich nicht nur schwarz oder weiss, entweder oder. eurer kontakt mit steinmetz war doch mehr, als dass "er sich mal mit welchen von euch treffen konnte." ich sage nicht, dass ihr unter dem einfluss des verfassungsschutzs gestanden habt. aber wenn der staat eure reaktionen, also die der illegalen auf die kinkel-initiative im januar 91 über steinmetz direkt verfolgen konnte, so verschaffte ihm das auf jedenfall mal einen besseren durchblick. für sein aufstandsbekämpfungskonzept konnte er diesen hervorragend benutzen. die initiative war für den staat der versuch, aus dem im hungerstreik 89 geschaffenen öffentlichen interesse und der mobilisierung zu den gefangenen hin, seinen nutzen zu ziehen. obwohl fast nur gefangene rausgelassen wurden, deren strafe abgelaufen war, konnte sich die regierung als versöhnungswillig präsentieren. und konnte austesten, inwieweit die linke, also auch ihr zu einer lösung <u>mit</u> dem staat bereit seid. so lief das mobilisierungspotential aus dem streik ins leere. ich spreche auch nicht ÜBER euch, ich spreche über mein verständnis zu dieser zeit.

3.)
ich will das hier nocheinmal klipp und klar sagen: als *ich* steinmetz kennenlernte, war seine integration und karriere in der szene bereits soweit abgeschlossen, dass leute selbst zwei wochen *nach* bad kleinen ihn noch verteidigten. in der vorbereitung zur demo in wiesbaden wegen der hinrichtung von wolfgang grams wurde ein bundesweites fax herumgeschickt, dass wir frankfurterinnen ihren genossen steinmetz als bullen denunzieren würden. unterzeichnet war das fax von freunden von wolfgang grams und brigit hogefeld.
wir hatten schon damals einen offensiven umgang mit dem fakt steinmetz gefordert.

nach eurem letzten schreiben habe ich lange hin und her überlegt, wie ich euch das schreiben kann, was ich weiss. denn euch scheint wirklich nicht bekannt zu sein, dass steinmetz von weiterstadt im vorfeld wusste.
ich weiss nicht, wie das zu stande kommt. mir hat steinmetz auf jeden fall im dezember 1992 gesagt, dass die sprengung eines knastes bevorsteht. dass es sich um weiterstatt handelt, hat er zwar nicht explizit gesagt, aber es war klar, weil es ja nicht ein belegter knast sein konnte. er sagte, dass ihr mit einem "grossen knall" (das meinte die sprengwirkung, bzw. menge) eine in der linken schon existierende knast-kampagne aufgreifen und voranbringen werdet. angeblich sei er von euch gebeten worden, die meinung der legalen linken darüber einzuholen. ich war auch nicht die einzige, mit der er darüber gesprochen hat. ihr müsst euch auf jedenfall mehr dazu überlegen, als dass es bloss ein bewusst gestreutes gerücht sei, dass euch diskreditieren soll. auch eure schlussfolgerung, dass ihr "damals riesen glück gehabt habt", greift zu kurz.

ich kann nicht nachvollziehen, wie ihr zu der aussage kommt, dass es ja "wohl überhaupt keine frage sei, dass es für den staatsschutz nichts besseres gegeben hätte, als euer kommando mitten in der aktion hochzunehmen." es ist und bleibt die grosse frage. ich vermute nur, dass durch steinmetz also auch die regierung davon wusste und dass sie bei der aktion in weiterstadt anscheinend ja nicht zugegriffen haben. wenn ihr sagt, das wären alles nur grosse verschwörungstheorien, kann ich es nicht ändern.

der staat ist mit seinem aufstandbekämpfungskonzept anscheinend einige schritte weiter, als der begriff in der linken davon. zumindest soweit, dass er eben damals KEINE militärische lösung wollte, da in weiterstadt. ich gehe davon aus, dass steinmetz später zu euch geschleust werden sollte, damit die herrschenden mittels ihm ganz "unblutig" den kampf ein für allemal erledigen können. wenn das nicht funktioniert hätte, wäre der militärische weg für sie immer noch offen gewesen. deshalb war wohl die verwechselung der bka bullen vor ort, dass steinmetz in bad kleinen zuerst verhaftet und wolfgang grams laufen gelassen wurde. ihre eigentliche panne. gewahr wurden sie dieser wohl erst, als wolfgang grams schoss, worauf sie ihn festnahmen und hinrichteten.
der damalige bka-chef zachert hatte sich einige tage nach bad kleinen im zdf beschwert, dass sie erst knapp eine woche vorher von dem einsatz und der existenz von steinmetz erfahren hatten...
sie hatten sich doch jahrelang beklagt, dass sie mit dem militärischen weg alleine nicht weiterkommen, dass es nur neue tote, märtyrer oder neue gefangene gibt, die dann wieder "nachwuchs rekrutieren", anhand der haftbedingungen etc. die industriellen haben ihnen doch immer wieder druck gemacht, dass sie nichts bringen, ihre sicherheitskonzepte versagen, dass sie eben den politischen militanten konflikt nicht eindämmen können.

ich finde, ihr habt euch im ton eures textes ziemlich vergriffen. es scheint, als wolltet ihr mich herabwürdigen, um eurer meinung mehr gewicht zu geben. das ist aber keine form der auseinandersetzung. es ist auch beschissen, dass ihr in die patriarchale schreibweise einsteigt, und den anschein erweckt, ich hätte mit steinmetz eine beziehung gehabt. "der spitzel steinmetz und seine beziehung zu andrea wolf", ihr könntet anstatt beziehung auch kontakt sagen. ich hatte keine liebesbeziehung mit steinmetz, egal was bürgerliche medien oder sexistischer szene-tratsch behaupten. meine anwältin führt, seit das das erste mal in der zeitung auftauchte, eine unterlassungsklage.
es gab situationen, in denen der v-mann steinmetz eine nicht vorhandene lovestory vortäuschte und benutzte. zb. als er mal in meiner abwesenheit mein zimmer durchgestöbert hatte, und eine mitbewohnerin von mir ihn dort antraf. damals war unser haus noch frei und offen zugänglich. er lenkte gleich ihre gesamte aufmerksamkeit von unangenehmen fragen an ihn ab und darauf, dass er ja so verliebt in mich sei, und deshalb so unglücklich. er heulte und jammerte. dass so ein typ immer alle register zieht (und dann noch ein so unhinterfragtes!) und für seine zwecke einsetzt, das müsste doch gerade euch klar sein.

so, wie ihr schreibt, ruft ihr schon fast zur entsolidarisierung von mir auf. noch dazu stehe ich da mit vollem vor und nachnamen, als einzelperson. ich hoffe auf eine stellungsnahme von euch! andrea

zum Buch von I.Viett

Nie waren wir verägerter ....

In der Sommer `97 Ausgabe der Zeitschrift ARRANCA hat das ehemalige Mitglied der `Bewegung 2. Juni` Klaus Viehmann eine bemerkenswerte Replik hauptsächlich auf das Buch seiner ehemaligen Genossin Frau Viett: "Nie war ich furchtloser" geschrieben. Dabei stellt er seinen Bemerkungen über einige konkrete Vorgänge aus den 70er und frühen 80er Jahren längere einleitende Bemerkungen voran, in denen er die Frage reflektiert, welche Bedeutung "Terroristen- und Aussteiger" - Memoiren für heute besitzen. Treffend ist dabei seine Bemerkung, daß manchmal "Geschichtsschreibung die Summe der Lügen ist, auf die sich die Leute nach 20 Jahren geeinigt haben". Genau das weist er aus unserer Sicht - wenn auch mit zuvielen dramatischen Anekdoten - überzeugend an einigen Passagen in dem Buch von Frau Viett nach.
Mit seinen Bemerkungen hat sich auch unser Eindruck bestätigt, den wir nach einer Veranstaltung mit Frau Viett im Berliner Ensemble gewonnen hatten. Dort hatte sie hauptsächlich Passagen aus ihrem Buch über ihr schönes sozialistisches Leben in der DDR vorgelesen, die - nach unserem Geschmack - nichts anderes als eben öliger Kitsch waren. Gut, Geschmacksfragen lassen sich niemals diskutieren, aber Nachfragen über die politische Bedeutung derartiger Aussagen entzog sie sich durch den schlichten Hinweis, daß die Fragenden eben jenes schöne DDR-Leben nun mal nicht biographisch miterlebt hätten. Und auf die für die Zukunft wichtige Frage, ob denn nun dieses von ihr als "schön" beschriebene Leben in der DDR für alle Zukunft das "Ende der Geschichte" sei, sprich, der von hoffentlich kommenden zukünftigen Bewegungen immer wieder von neuem anzustrebende glückliche Endzustand menschlichen Glücks und Befreiung, blieb sie die Antwort, die doch in der Logik ihrer eigenen Azssagen hätte ein donnerndes "Ja" sein müssen, schlicht schuldig. Das war nichts anderes als eine kalte politische Diskussionsverweigerung von Frau Viett vor einem allerdings weitgehend andächtig und bewundernd staunenden, mehrere hunderte Köpfe zählenden Publikum. Aktuell ist es wohl leichetr beliebige Geschichten vom schönen realsozialistischen DDR-Leben zu konsumieren, als sich der sowohl anstrengenden wie komplizierten Frage zu stellen, was Erfahrungen des bewaffneten Kampfes aus den 70er Jahren für daß was noch in Zukunft kommen wird, bedeuten können. Man könnte das wirklich alles schweigend übergehen, wenn es nicht völlig außer Zweifel stünde, daß das von Frau Viett gegenüber dem Publikum frontal praktizierte Modell der Antiaufklärung - und die findet im Kitsch ihre angemessene Form! - in direkter Gegnerschaft zu all denjenigen steht, die sich gerade in der Zukunft gegen die aktuell ungerechten wie unfreien Verhältnisse politisch bewegen müssen, wenn siesich noch als Individuen glücklich vergesellschaften wollen.
Zwei Einwände sollen aber an dieser Stelle gegen die von Klaus Viehmann in seiner Replik auf das Buch von Frau Viett geltend gemachte Argumentation erhoben werden. Gerade wo die Zeit der gegenseiti-

Freiheit für Helmut Pohl und alle anderen

Helmut Pohl !
politischer Gefangener seit 1984

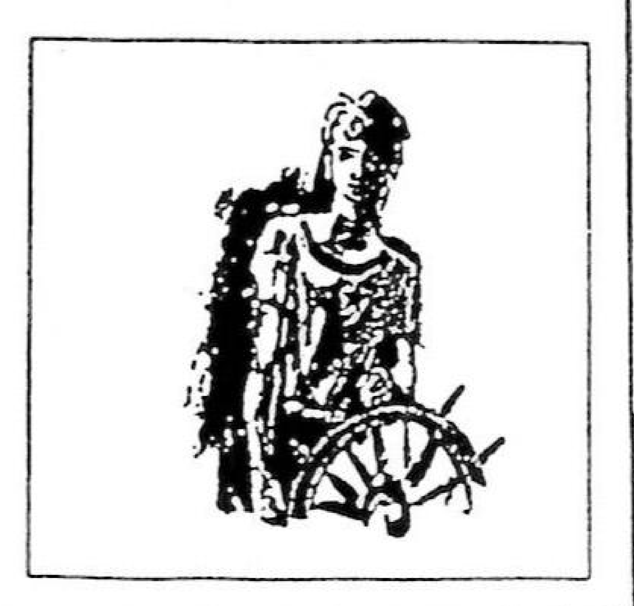


Freiheit für alle Gefangenen aus der RAF!

gen politischen Vorwürfe auch zwischen ehemals miteinander verstrickten Mitgliedern von bewaffneten Gruppen vorbei ist, ist es schwierig, die Praxis der Unterstellungen zu vermeiden. Wir kennen so etwas auch aus unseren Liebesbeziehungen. Das eine ausgespuckte Detail zieht sofort das nächste nach sich und eine Lawine von Beziehungsschlamm ist schnell losgetreten ... Je mehr sich die Beteiligten untereinander die dramatischen Anekdoten "um die Ohren hauen" desto mehr verschwindet sowohl Geschichte wie Politik. Einen Teil des Viehmann-Berichts haben wir wie einen Krimi gelesen, und genau das ist eines von vielen politischen Problem heute. Der andere Einwand bezieht sich auf seine Klage darüber, daß Darstellungen von Frau Viett gerade "innerhalb der Linken einen Raum finden". Auch unabhängig von der wirklich langweiligen Frage um was es sich eigentlich bei diesem Ding namens "die Linke" genau handeln soll (vielleicht die SPD?), lohnt ein sich ja gerade selbstbeschränkender Bezug auf dieses absolut nichtssagendes Ungetüm auch deshalb nicht, weil es doch völlig egal ist, von wem an welchen Orten die Auseinandersetzung geführt werden. Wenn sie denn endlich geführt werden! Insofern finden wir die Ausgrenzung der Auseinandersetzung mit der Lebensbeichte von Frau Viett aus dem, was man meint "die Linke" nennen zu müssen, viel zu formal gedacht. Deshalb finden wir es auch viel richtiger, Frau Viett wo immer es möglich ist, einzuladen, und sie anhand ihres eigenen Buchtextes im wahrsten Sinne des Wortes "zur Rede zu stellen". Und dabei sollte man weder ihr noch irgend jemand anderem in diesem Zusammenhang auch nur das geringste Wort "glauben", und denoch neugierig und unbestechlich nachfragen: Und zwar auch über das "was nicht geschrieben steht". Das wäre wirklich radikale Aufklärung in der bestmöglichen Variante, und zwar nicht für irgend so eine \`Geschichte\`, die nun mal vorbei ist, sondern hauptsächlich für die, die auch am Beispiel der nicht immer wahrheitsgetreuen Schilderungen von Frau Viett lernen können, wenigstens für die politisch zu bestimmende Zukunft nicht noch mal den auch von ihr verbochenen Unsinn zu wiederholen.

Timur und sein Trupp

P.S.: Als ein Akt der Solidarität wegen der vom rechtsradikalen General Propper gegen die INTERIM verhängten Repressalien kehren wir wieder als bescheidene KommentatorInnen des Zeitgeschehens in diese Zeitung zurück.



14. 7.97
andreas böhm
abgetaucht seit juni 96

an:

den bundesjustizminister
schmidt- jortzig
heinemannstr. 6
53175 bonn

betr.
sofortige freilasang von helmut pohl !

OFFENER BRIEF, AN DEN BUNDESJUSTITZMINISTER !

herr bundesjustitzminister,

ich schreibe ihnen diesen offenen brief, weil es fakt ist, daß sich der gesundheitliche zustand helmut pohls (gef. aus der raf) in der letzten wochedramatisch verschlechtert hat. seit einer woche ist seine rechte gesichtshälfte gelähmt.
diese lähmung ist die folge ,jahrelanger unterlassener hilfeleistung seitens der knastmediziner, die hier offensichtlich die politik der völligen vernichtung helmut pohls betreiben. sein gesundheilicher zustand ist lebensbedrohlich. helmut pohl muß sofort entlassen werden.
zur geschichte:
helmut pohl ist politischer gefangener aus der raf, und seit 21 jahren in brd-gefängnissen in haft.
ziel der brd-regierung war es von anfang an, politisch andersdenkende menschen mit dem mittel repressivsterknastmechanissmen zu brechen und auszuschalten. so überzogen staatsschutz und bundesanwaltschaft die gefangenen über die knastschiene mit härtesten und unmenschlichen haftbedingungen. unter anderem wurden dazu eben knastmediziner als mittel gegen die pol. gefangenen eingesetzt. mit unterlassener hilfeleistung, behandlungsverweigerung seitens der knastärzte, verhinderung medizinischer behandlung, ignorieren fachärztlicher gutachten usw. wird hier eine politik betrieben, die den tot helmut pohls zum ziel hat.
seit 1989 ist dem knast und den ministerien bekannt, daß helmut pohl ein wirbelsäulenleiden hat,dieses hat zur folge, das helmut pohl fortwährend schwerdn körperlichen kriesen ausgesetzt ist. diese äußern sich mit taubheitsgefühlen im arm, starken rückenschmerzen, bishin zum zusammenbruch körperlicher funktionen. medizinische behandlungen werden bis heute verweigert. so wurde helmut pohl vom anstaltsarzt der jva- schwalmstadt gesagt, daß dieser " so einen wie ihn nicht behandle" gleichzeitig wurden anträge auf behandlung durch externe fachärzte abgelehnt.
deswegen entschloß sich helmut pohl zu einer klage und einem beweißsicherungsverfahren wegen unterlassener hilfeleistung. dieses verfahren wurde seitens knast, staatsschutz und justiz jahrelang verschleppt. so kam es erst 1992 zu einer ersten relevanten untersuchung helmut pohls. so war es offensichtlich taktik, röntgenaufnahmen dieser untersuchung auf dem weg zum knast " verschwinden " zu lassen, damit den tatsächlichen gesundheitszustand helmut pohls zu vertuschen, und therapeutische maßnahmen zu verhindern.
weiter hatte helmut pohl im dez. 1996 einen bandscheibenvorfall im lendenwirbelbereich. eine untersuchung wurde von der justiz 2 monate lang verzögert. erst nach dieser zeit konnte von einem externen facharzt festgestellt werden, daß sich bei helmut pohl außerdem verknöchungen über mehrere halswirbel hinweg gebildet haben, die ins rückenmark hineinragen, und es an einer stelle eindrücken.weiter wurde vom facharzt festgestellt, das helmut pohl sofort operiert werden muß, da eine irreversible lähmung droht.seit dez 96 wird von der bundesanwaltschaftmit hilfe eines " knastgutachters " der sei 20 jahren im dienste der justiz steht eine medizinische behandlung verhindert. es sind die selben die für den dramatisch schlechten gesundheitszustand helmut pohls verantwortlich sind.
die folge, schmerzen und bewegungseinschränkungen helmut pohls nehmen weiterhin zu.
seit einer woche ist nun seine rechte gesichtshälfte gelähmt. dazu leidet helmut an arterios sklerose, es besteht lebensgefahr, da die verengung der arterien die zur lähmung einer gesichtshälfte führten, nun täglich zu einem infarkt führen können.
diese nun dringendst anliegende lebensnotwendige behandlung kann im knast nicht durchgeführt werden.
der lebensbedrohliche gesundheitszustand helmut pohls ist eindeutig auf jahrzehntelange härteste haftbedingungen denen helmut pohl ausgesetzt ist zurückzuführen. was sich hier abspielt, kann der laie erkennen. VERNICHTUNGSHAFT!.
helmut pohl sitzt seit 21 jahren in haft. er ist haftunfähig!!!
in einer weiteren inhaftierung , dieser haftbedingungen, bei gleichzeitiger verhinderung einer fachärztlichen behandlungkann nur noch reiner vernichtungswille seitens der regierung gesehen werden.
ich fordere sie daher in ihrer funktion als politischer entscheidungsträger auf, die sofortige freilassung helmut pohls in die wege zu leiten.

Andreas Böhm

150 Jahre sind genug! Siemens enteignen!

Aus Anlass des Siemens-Jubiläums finden in Berlin in den kommenden Wochen diverse Feierlichkeiten statt, die der Konzern zur Geschichtsklitterung und Imagepolierung nutzen will. Samstag den 9. August soll ein großes Volksfest die Bevölkerung in Siemensstadt auf den Festakt vorbereiten. Höhepunkt soll eine zentrale Jubelfeier im Oktober im ICC sein.

Gruppen aus verschiedenen Spektren arbeiten (zumeist unabhängig voneinander) daran, daß dieses Jubiläum nicht unwidersprochen zu all den Schweinereien, für die Siemens steht, abläuft.

Anfang des Jahres fanden aus diesem Anlass bereits mehrere Aktionen statt, von klandestinen Nachtaktionen (gelungen fanden wir die Umgestaltung des Denkmals in Siemensstadt) über die recht kämpferisch dahergekommene Anti-Siemens-Demo am 8. Februar mit überregionaler Beteiligung und den verschiedenen Aktionen rund um die Aktionärs-versammlung. Im März kam der Castor und seither ist es nicht nur zum Thema Atom sondern auch um Siemens wieder relativ ruhig geworden. In der Vergangenheit ist es Siemens immer wieder gelungen sich in der Öffentlichkeit als Saubermann zu präsentieren. Uns wird schlecht bei dem Siemens-Werbeslogan „Wir sind eine Familie", bei all dem was sich dieser Konzern geleistet hat und immer noch leistet:

Ob es die kürzlich zum wiederholten Male von Siemens zurückgewiesene Forderung nach Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen, die Rolle des Konzern im 3.Reich, oder die aktive Rolle der „neuen" Siemens-Stiftung am Aufbau einer intellektuellen „neuen" Rechten, der (Bomben-)Bau in Garching, die Planung von neuen AKW im Inland und Fertigstellung von Meilern im ehemaligen Ostblock, die von Siemens weltweit vorangetriebene Politik der patriarchalen und rassistischen Herrschaftssicherung wie z.B. in Nigeria und anderen Diktaturen, die Bedeutung im Militär- und Rüstungssektor, die verschiedenen Schmiergeldzahlungen die Siemens in den letzten Jahren im In- und Ausland nachgewiesen werden konnten, es gibt kaum ein Gebiet auf dem Siemens nicht seine dreckigen Finger im Spiel hat.

Zu vielen dieser Themen arbeiten verschiedenste Menschen und Initiativen, zum Teil schon seit vielen Jahren. Wie z. B. der seit Jahren vor sich hindümpelnde Siemens-Boykott zeigt, scheint es den Konzern nicht weiter zu interessieren, wenn einzelne eher kleine Gruppen versuchen am Image zu kratzen.

Wir meinen, daß das Thema Siemens ein gute Gelegenheit darstellt über die einzelenen Detailthemen hinaus kapitalistische Herrschaftsverhältnisse aufzuzeigen, das Ineinandergreifen von faschistischen und kapitalistischen Verwertungsinteressen deutlich zu machen und damit dieses Gesellschaftssystem insgesamt anzugreifen.

All diese Intiativen zusammenzubringen, um gemeinsam zu überlegen, an welchen Stellen wir vielleicht zusammenarbeiten können, um den einzelnen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, war die Idee. Wir sind uns darüber bewußt, daß es unter den verschiedenen politischen Strömungen teilweise sehr weit auseinanderliegende Positionen gibt, das sollte uns aber nicht hindern punktuell zusammenzuarbeiten.

Wir rufen deshalb alle Gruppen, die sich mit dem Thema Siemens bereits beschäftigen oder in Zukunft etwas machen wollen, zu einem Vorbereitungstreffen am

Donnerstag den 21.8.97 um 19 Uhr im Mehringhof, Blauer Salon

Sorgen wir dafür daß dieser Konzern seine Geschichte und Politik nicht unwidersprochen abfeiern kann!!

einige Menschen aus dem Anti-Atom-Plenum und AOK

Sommercamp im Wendland
18.08.-29.08.97

Nach den letzten Castortransporten im März kam die Idee auf ein Nachbereitungstreffen der Städtegruppen aus dem Gusborn - Camp zu machen. Dies soll nun in der ersten Woche des Sommercamps in Pölitz stattfinden. Pölitz liegt zwischen Laase und Gorleben an der L256 und besteht aus zwei Häusern. Wir werden auf einer danebenliegenden Wiese unser Camp aufbauen.
In Pölitz kann mensch nicht parken. Die nähste Parkmöglichkeit wäre Gorleben, was ca, 2 km entfernt liegt. Berücksichtigt das bitte bei Eurer Anreise und reist, wenn möglich per Bus, Bahn an oder bringt Fahrräder mit.

Zunächst war vorgesehen einzelne Abläufe des Camps „auszuwerten", die Vernetzung der verschiedenen Gruppen zu verbessern und weitere gemeinsame Aktionen zu planen, wie z.B. Aktionen zu Ahaus und Krümmel...Bei einer Nachbereitung des Camps bzw. der Transporttage ist es für uns aber unerläßlich die geschehene Vergewaltigung zu thematisieren und uns damit auseinander zu setzen wie unser Umgang bzw. Nichtumgang innerhalb unserer Strukturen mit sexualisierter Gewalt/patriarchialen Strukturen aussieht. diese Nachbereitung soll in der ersten Woche (18.-21.8.) des Camps geschehen.

Da wir den Widerstand gegen Castortransporte und die Atomenergie aber nur als einen Teil unseres Widerstandes verstehen, wollen wir nicht nur der Anti-AKW/ Castor-Bewegung einen Raum bieten, sondern auch anderen linken politischen Themen. Diese könnten in der zweiten Campwoche in Arbeitsgruppen / Veranstaltungen bearbeitet werden. Bisher sind folgende Themen geplant:

* TKDV -Totale Kriegsdienstveiweigerung
* Bio-Ethik: Aussonderung von sog. geistig und körperl. behinderten Menschen durch sog. Nichtbehinderte; Film: „Der Pannwitzblick"
* Kampf gegen Castor oder Kampf gegen die herrschende Klasse ?"; Referat mit Diskussion
* Infos zur PKA, Salinas, Atomgesetznovelle
* Bericht über das 2 intergalaktische Treffen für eine menschl. Gesellschaft und gegen Neoliberalismus (findet in Spanien 26.07.-03.08.97 statt)

Das ist das was bisher geplant ist. Falls Ihr Lust habt mit anderen weitere Themenschwerpunkte zu erarbeiten und Arbeitsgruppen anbieten wollt, informiert uns bitte darüber, damit wir das bei der Planung berücksichtigen können.

Zwischen den beiden Campwochen soll am Wochenende, am Samstag den 23. August, eine Demoparty mit Bands am Zwischenlager in Gorleben stattfinden. Die Vorbereitung hierfür sollen z.T. parallel zum Camp in der ersten Woche laufen. Hier können sich dann diejenigen, die Lust haben körperlich zu arbeiten bei der Bühnenbau-/Partyaufbau - Gruppe austoben.

Von unserer Seite stellen wir alles Organisatorische zur Verfügung was für ein Camp notwendig ist: also Zelte für Arbeitsgruppen und Veranstaltungen, die Möglichkeit zur Kinderbetreuung, Waschgelegenheiten und einen Küchenbauwagen. Zum Durchführen des Camps brauchen wir aber die Unterstützung von allen, die daran teilnehmen wollen.D.h. daß sich Leute für die allgem. Organisation und die der Küche bereitfinden sollten. Zu Beginn des Camps sollen sich hierfür Gruppen zusammenfinden.

Falls Ihr Lust und Zeit habt am Camp teilzunehmen, dann meldet Euch bitte bei unserer Kontaktadresse, damit wir einen Überblick über die Zahl der Teilnehmenden ahben. Und für die Küche werden noch jegliche Lebensmittel benötigt. Bitte bringt was für den allgem. Verzehr mit.

Kontakt: BILBO Hahnenberger Str. 35 29471 Gartow Tel.: 05846 / 2117

Spenden: CAMP Ktn.: 303083711 BLZ 25851335 KSK Lüchow - Dannenberg

NACHBEREITUNG DER ANTI-ATOM-AKTIONSTAGE (27.-30.7.97)

Vom 27. bis zum 30.Juni fanden in Garching und München Aktionstage gegen den Forschungsreaktor FRM II statt. Ausgangspunkt verschiedener Aktionen war ein Widerstandscamp in Oberschleißheim. Am Freitag, Samstag und Sonntag hielten sich ungefähr 50 Personen im Camp auf. An der Demonstration in München sind es 120 gewesen.
Unsere Nachbereitung gliedert sich in drei Punkte: Zum einen die Mobilisierung, zum anderen die reale Umsetzung und zum Schluß gehen wir auf künftige Mobilisierungen ein.

I.Die Mobilisierung

Die Mobilisierung für die Aktionstage begann spät und richtete sich ausschließlich auf Teile der linksradikalen Scene.
Und genau dort setzt unsere Kritik an: Wir glauben das es sinnvoller gewesen wäre, dort zu mobilisieren, wo Betroffenheit vorhanden bzw. entwickelbar ist.

Das sind für uns zum einen die Schulen und Universitäten, da das Geld für den Bau des FRM II zu einem Drittel aus dem Bildungsetat genommen und damit aus der Lehrmittelförderung geraubt wird. Wir glauben, dass Infotische mit breit angelegten Flugblattverteilaktionen an Schulen durchaus einiges an Mobilisierung gebracht hätten und es vorallem auch Perspektive besitzt, da
1.die staatliche Finanzierung des FRM II über Jahre hinaus am Laufen sein wird und
2.die eh schon miserable Situation an den Unis und Schulen sich noch drastisch verschärfen wird.

Dasselbe gilt für Siemenswerke, wobei die Mobilisierung mit Schwerpunkt auf der von Siemens betriebenen Hochspitzentechnologie und des damit verbundenen Arbeitsplatzabbaus hätte laufen können.
Eine in der gesamten Produktion wahrzunehmende berechtigte Wut vieler Angestellter, die aufgrund eines brutalen Stellenabbaus und gleichzeitiger hoher Konzerngewinne beruht, könnte über Mobilisierungen gegen den FRM II aufgegriffen und gegen die Verantwortlichen gerichtet werden.
Dass gerade die Neutronenquelle nicht der Arbeitsplatzsicherung, sondern genau dem Gegenteil dient, liegt in der Logik des Kapitals: Weitere Perfektionierung (zur Produktivitätssteigerung) und Kosteneinsparung durch Arbeitsplatzabbau (alleinige Einstellung spezialisierter Arbeitskräfte) und damit noch höherer Profit für immer wenigere.

Das dritte, unserer Meinung nach sinnvolle Feld der Mobilisierung: Die ansässige Bevölkerung in und rund um Garching.
Als direkt Leidtragende (permant ist die Bevölkerung im Umkreis des Reaktors einer Niedrigstrahlung ausgesetzt, die erwiesenermaßen zu einem 3mal, bei älteren Personen sogar 7mal, höheren Risiko an Leukemie zu erkranken führt.; Information Prof. Edmund Lengfelder vom Otto-Hug Strahleninstitut) eines einzig und allein der Profitmaximierung dienenden Großprojekts könnte auf Dauer ein bis dahin gezeigter Unwille (tausende von Unterschriften gegen den FRM II) zum aktiveren Widerstand werden.
Das hieße für unsere Mobilisierung, in den Monaten vor geplanten Widerstandsaktionen, Veranstaltungen durchzuführen, Infostände aufzustellen oder auch durch Hauswurfsendungen zu informieren.

II.Die Umsetzung
Die Arbeitsgemeinschaft FRM II - NIE hat im Großen und Ganzen dem Camp eine gute Struktur gegeben, schaut mensch sich das organisatorisch Geleistete an.

Was uns gefehlt hat und für zukünftige Mobilisierungen in jedem Fall berücksichtigt werden sollte sind feste Arbeitskreise, die sich schon weitaus früher mit Themen auseinandersetzen und diese an Aktionstagen anbieten, um damit eine Mobilisierung gegen den Bau inhaltlich zu füllen.
Auch wäre eine eingerichtete Stelle mit den aktuellsten Infos, die ins Camp kommen, um die BesucherInnen zu informieren sinnvoll (wir gehen hierbei von einer weitaus größeren TeilnehmerInnenzahl aus).

Was in der Zukunft in jedenfall Konsens sein sollte: Keine Drogen auf den Camps!
Es ist eine Gefahr für alle TeilnehmerInnen, da über die Argumentation des Drogenkonsums, ein Camp durchsucht und in der Öffentlichkeit noch leichter diffamiert werden kann.

Die dezentralen Aktionen waren, wie auch schon die Mobilisierung, abgetrennt von der politischen Diskussion (wo und mit welchen Inhalten macht es Sinn, Flugis zu verteilen), verliefen aber trotzdem ganz erfolgreich.

Die Demo am Sonntag war schlecht besucht. Bei einer Beteiligung von 120 Leuten, wobei die Hälfte Camp-BesucherInnen waren, läßt vieles auf eine zu spät angesetzte und falsche Mobilisierung schließen. Wir teilen die Position der Gruppe PUK (Perspektive und Kampf) auf dem Nachbereitungstreffen, die es sinnvoller gefunden hätte, bei derartig niedriger TeilnehmerInnenzahl, die Demonstration in eine Kundgebung umzuwandeln (auf dem Kundgebungsort waren mehr Menschen, als auf großen Teilen der Route).

III. Für die Zukunft ...

... sollten begangene Fehler nicht wiederholt, Mobilisierungen auf der Grundlage einer antikapitalistischen Bewegung (Einbindung sozialer Spannungsfelder wie Kürzungen an Schulen, Entlassungen in Siemenswerken) begonnen und Strategien, wie das umgesetzt werden könnte erarbeitet werden.

Und dann in jedem Falle: Die politische Thematisierung der Atomwirtschaft und seiner Ursachen. Sind Anfang der 70er Jahre, die Grundlagen für den volkswirtschaftlich auf den ersten Blick absolut unrentablen Bau von Atomkraftwerken auf die Ölkrise 1972 zurückzuführen, so ist im Bau des FRM II ebenfalls ein weitergefächertes Interesse zu erkennen.

Damals ging es um das Streben nach Unabhängigkeit auf dem Energiesektor. Eingebettet in die Blockkonfrontation wollte sich der westliche Imperialismus ein eigenes Energiemonopol schaffen. In ganz Europa entstanden Atomkraftwerke. Der tiefere Sinn dieses Unternehmens war die Profitsteigerung durch eine bessere Ausgangslage auf dem Weltmarkt.

Auch heute bemüht sich das Kapital, eine ideale Marktchance nicht zu verpassen.Diesmal liegt sie in der Hochspitzentechnologie und dementsprechend eifrig wird die Forschung betrieben. Der FRM II ist dabei nur ein weiteres Großprojekt.

Für uns bedeutet die Verwirklichung ihrer Pläne Arbeitsplatzabbau, Streichung von Geldern an Schulen/ Unis und gesundheitliche Schäden für Mensch und Natur !

Entwickeln wir einen zähen Widerstand mit vielen Aktionsformen um den Bau viele Steine in den Weg zu iegen (auch parlamentarische Anfragen, z.B. Überprüfung der Geschehnisse um die Vergabe des Generalunternehmervertrags an Siemens ohne Baugenehmigung und öffentliche Auschreibung obwohl es in der BRD ein Monopolverbot gibt !).

Die Interessenskonflikte zwischen dem nach Profitstreben des Kapitals (Siemens, Baukonzerne...) und den sozialen Bedürfnissen der Menschen verschärfen !

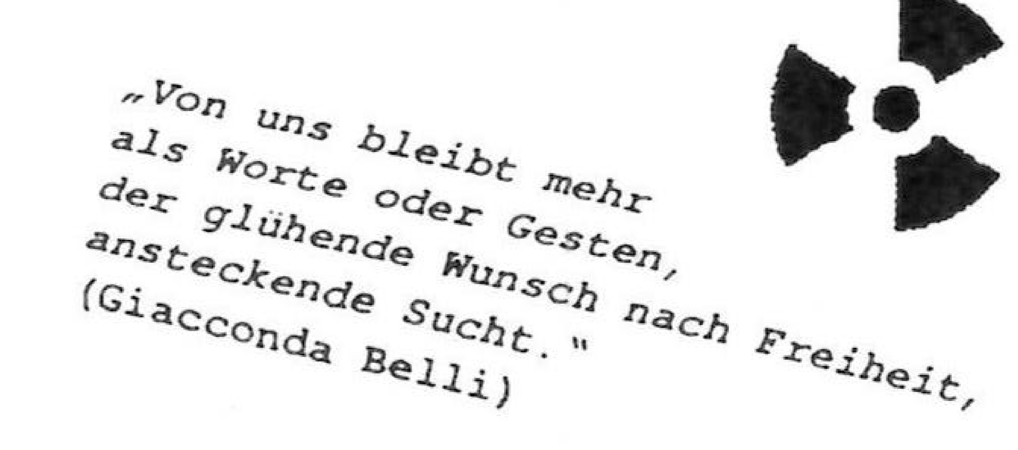
Die am Bau beteiligten Konzerne (Siemens), deren politische Komplizen (CSU, Stadt München) und exekutiven sowie judikativen Organe, wie Polizei und Gerichte, zur Rechenschaft ziehen !

Sofortige Stillegung aller Kernkraftwerke !

Die klassenlose Gesellschaft erkämpfen !

Zusammen Kämpfen, München

Juli 1997



„Von uns bleibt mehr als Worte oder Gesten, der glühende Wunsch nach Freiheit, ansteckende Sucht."
(Giacconda Belli)



kontakt: zusammen kämpfen, c/o infoladen, breisacherstr.12, 81667 münchen, tel.089/ 448 96 38
fax.089/ 480 20 06

STRATEGIEN DES ANTI-AKW-WIDERSTANDS

„Im Schutz von Wasserwerfern und über 13 000 Polizisten und gegen den heftigen Widerstand tausender Demonstranten hat am Mittwoch Nachmittag der umstrittene Castor-Transport (...) das Zwischenlager Gorleben erreicht." (SZ, 6.3.1997)



Es ist unübersehbar: Der Widerstand gegen atomare Anlagen hat in den letzten drei Jahren starken Aufwind bekommen. Das Thema „sofortiger Ausstieg" ist wieder an der Tagesordnung. Keine Zeitung, kaum eine Fernsehsendung, die nicht darüber berichtet hätte.

Den Konzernen (Siemens/KWU) und ihren rechtsstaatlichen Durchsetzungsorganen der etablierten Parteien scheint es nicht gelungen zu sein, den breiten Anti-Atom-Konsens zu beseitigen. Trotz millionenteurer Werbekampagnen und einer längeren Pause, in der kein AKW mehr gebaut wurde, greift die Vernebelung der Köpfe in diesem Feld nicht so, wie es in anderen Bereichen tadellos funktioniert.

Dieses gesellschaftliche Klima scheint günstig für oppositionelle Gruppen innerhalb dieses breiten Widerstands Fuß zu fassen. Die Frage dabei ist allerdings, ob dieser auf ein Ziel beschränkte Widerstand nicht früher oder später in die Sackgase führt? Wie kann verhindert werden, daß sich in der Vergangenheit gemachte Fehler in diesem Bereich wiederholen? Inwiefern ist es möglich, den sich organisierenden Kämpfen eine gesamtpolitische, radikale Ausrichtung zu geben? Eine Richtung, die Bedingung nicht nur für das Ende der Atomtechnologie, sondern der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und der Ausbeutung der Menschen und der Natur sein könnte?

Im Folgenden wollen wir unterschiedliche Vorgehensweisen betrachten und um unserer Meinung nach fehlende Punkte ergänzen.

I.

Beginnen möchten wir mit den Bürgerinitiativen, die sich vielerorts immer wieder als Reaktion auf Großprojekte des Staates gründen.

Sie sind relativ spontane Zusammenschlüsse, die die Verhinderung eines bestimmten, unerwünschten Projektes zum Ziel haben. Sie entstehen aus direkter persönlicher Betroffenheit, nicht aus der Analyse der politischen Verhältnisse. So bekämpfen sie die augenfälligsten Symptome des Kapitalismus, jedoch nicht die Bedingungen, die sie erst ermöglichen.

BI's sind nicht in jedem Fall ein Sprachrohr der Mehrheit der Bevölkerung einer Region. Die Oberpfalz (Wackersdorf) z.B. war durch die Schließung von Stahl- und Braunkohlewerken (BBI, Maxhütte) von hoher Arbeitslosigkeit, extrem niedrigem Lohnniveau und hoher Abwanderungsrate v.a. junger Menschen betroffen. Die BI setzte sich jedoch vorwiegend aus der neuen Mittelschicht und EigenheimbesitzerInnen zusammen. Ihre Politik war daher auf den ökologischen Aspekt beschränkt.



Atomkraftwerke und Endlager beispielsweise sind mit ihren nicht zu verleugnenden Gefahren für die Umwelt ein für jeden Menschen konkret faßbarer Punkt. Sie stellen die Spitze des kapitalistischen Eisbergs dar, die trotz massiver Vertuschung und Propaganda nicht zu verdecken ist. Weit schwieriger zu erkennen ist die darunter liegende Basis: die einzig nach Profit strebenden Konzerne, die staatlichen Organe, die ihr Tun unterstützen und fördern und schließlich die Mechanismen, die die Verwertung und Ausbeutung allen Lebens beinhalten und erstgenanntes hervorbringen.

Der dem Kapitalismus innewohnende Zwang nach ständiger Profitsteigerung geht nicht allein langfristig auf Kosten von Wasser, Luft, Boden, der Pflanzen- und Tierwelt und den damit einhergehenden Folgen für alle Menschen; er geht hier und jetzt auf Kosten derer, die im Produktionssystem an unterster Stelle stehen oder aus diesem herausfallen. So bedeutet der vielgepriesene sogenannte technologische Fortschritt in Wahrheit Rationalisierung, d.h. Entlassung in Arbeitslosigkeit und Armut.

Innerhalb dieser untersten Stufe der Lohnabhängigen (sowohl diejenigen, die für ihr Geld immer mehr schuften müssen, als auch jene, die immer weniger Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld bekommen) existiert eine zusätzlich ausgebeutete Gruppe - zahlenmäßig mindestens die Hälfte der Bevölkerung -: Frauen. Denn sie sind es, die in der Regel nur 80% des Lohnes ihrer männlichen Kollegen verdienen, als erstes ihren Job verlieren, wenn es zu Entlassungen kommt, oftmals sich dann aber nicht arbeitslos melden, da sie dem unbezahlten, jedoch gesellschaftlich erwarteten Job ohne jeden Rechtsschutz der Mutter, Ehe- und Hausfrau nachgehen. Sofern sie nebenher noch eine bezahlte Arbeit ausführen können, tragen sie doppelte Belastung. Ist der Ehemann arbeitslos, wird von ihnen erwartet, seinen Frust so gut wie möglich zu kompensieren (sexuelle Dienstleistungen, Zielscheibe seiner Aggression sein). Nicht wenige lassen sich sterilisieren, um sich auf dem Arbeitsmarkt besser verkaufen zu können (eine Frau, die garantiert keinen bezahlten Mutterschutz in Anspruch nimmt, ist so ertragreich wie ein Mann).

II.

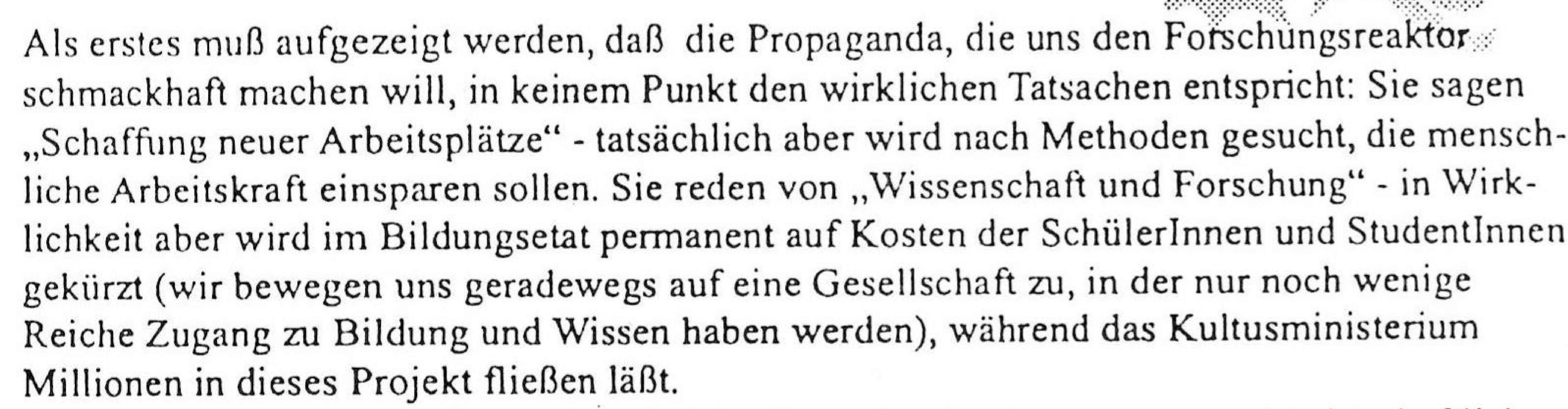
Die Kämpfe der Autonomen gegen die Atomerergie hatten/haben oftmals ebenso keine klare politische Ausrichtung. Meist können sie nicht mehr sein, als der militante Arm einer auf Ausstieg aus der Atomkraft gerichteten Bewegung. Auch die überspringende Militanz auf Teile der ansässigen Bevölkerung ist daher nicht mehr als eine symptombekämpfende Haltung.



Bisher wurde es wohl nirgendwo erreicht, daß von der starken in der Bevölkerung verankerten Bewegung ausgehend Impulse von autonomen Gruppen für den Kampf um eine grundlegende Änderung der Produktionsbedingungen kamen. Dies würde z.B. das Aufgreifen regionaler sozialer Probleme, Entlassungen von ArbeiterInnen, fehlende Jugendprojekte etc.

beinhalten.
Indem eine radikale Politik dort anfängt, wo die Bevölkerung steht, kann begonnener Protest zum andauernden Widerstand werden.

„(...) Da fällt mir auf, daß wir in der Region nie eine Schulung mit „Lohn, Preis und Profit"-Lesen angeboten haben. Unser Konzept, vor dem Hintergrund der Kämpfe die Verknüpfung der abstrakten Zusammenhänge aufzuzeigen, ist auch deshalb nicht aufgegangen. Sonst gäbe es vielleicht heute in der Region eine Gruppe von 15 oder mehr bewußten Leuten und wir ständen jetzt besser da."
(ein ehemaliger autonomer WAA-Kämpfer in: „Abgebrannt - eine Wiederaufarbeitung des Widerstands in Wackersdorf 1981-'88 aus autonomer Sicht")



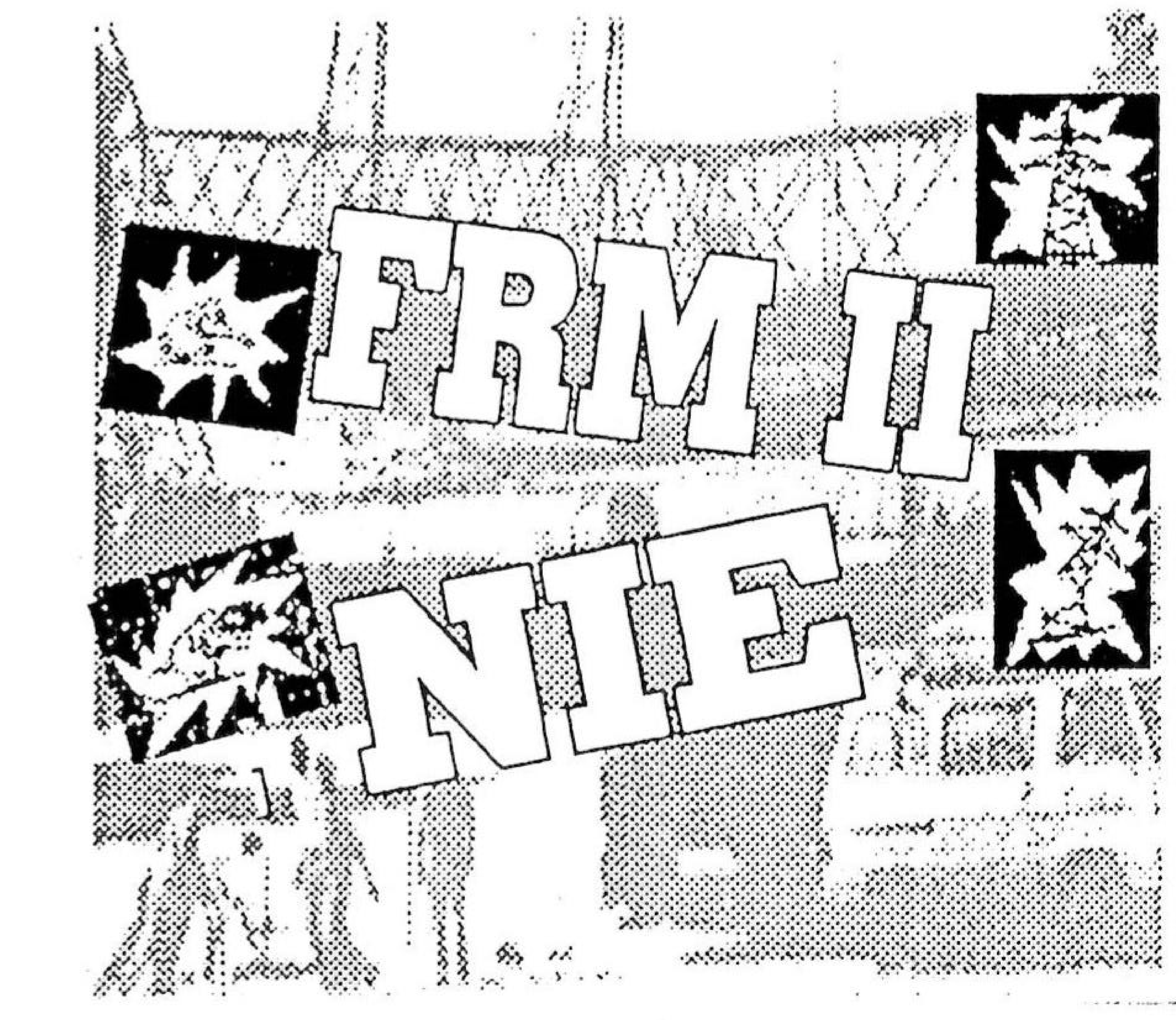
III. Was heißt das für den FRM II, für Garching, für München?

Als erstes muß aufgezeigt werden, daß die Propaganda, die uns den Forschungsreaktor schmackhaft machen will, in keinem Punkt den wirklichen Tatsachen entspricht: Sie sagen „Schaffung neuer Arbeitsplätze" - tatsächlich aber wird nach Methoden gesucht, die menschliche Arbeitskraft einsparen sollen. Sie reden von „Wissenschaft und Forschung" - in Wirklichkeit aber wird im Bildungsetat permanent auf Kosten der SchülerInnen und StudentInnen gekürzt (wir bewegen uns geradewegs auf eine Gesellschaft zu, in der nur noch wenige Reiche Zugang zu Bildung und Wissen haben werden), während das Kultusministerium Millionen in dieses Projekt fließen läßt.
Weiterhin muß klargemacht werden, daß der Staat das durchsetzt, was marktwirtschaftlich lohnend ist. Wobei es völlig gleichgültig ist, ob es sich um einen Forschungsreaktor, eine WAA, den Transrapid oder ein Einkaufszentrum handelt.
Denen, die jetzt den FRM II in Garching aus ökologischen und pazifistischen Gründen ablehnen, müssen wir vom Teilbereichskampf zur grundlegenden Kritik der Verhältnisse im Kapitalismus verhelfen.
Wir müssen die Verbindung aufzeigen zwischen den Kämpfen am Bauzaun von Siemens' FRM II und den Kämpfen der ArbeiterInnen im Siemenswerk gegen Lohnkürzungen und Entlassungen...
Allein der Ausstieg aus der Atomwirtschaft und das Umsatteln auf andere Energiegewinnungsmethoden wird an dem Problem, daß die Lohnabhängigen durch die Besitzenden und die Frauen durch die Männer ausgebeutet werden, nichts ändern. Das Land Schweden gab am 11.6.97 seinen Ausstieg aus der Atomproduktion bekannt. Der Ausstieg aus dem kapitalistischen Produktionssystem wird deswegen jedoch keineswegs in Erwägung gezogen.

Eine Art von Strategie ist es, auf gesetzlichem Wege zu versuchen, einen besonders auffälligen Auswuchs des Kapitalismus zu verhindern, wie BI's es tun. Dies bedeutet, daß der Staat als prinzipiell neutrale (zwischen uns und den Konzernen stehende) Instanz angesehen wird, die es gilt mitzugestalten und die verbesserungsfähig ist. Gibt der Staat in diesem einen Punkt dann scheinbar tatsächlich nach (s. Wackersdorf), wird die Bewegung, nachdem kein Ziel mehr vorhanden ist, ins Leere laufen, versickern, sich selbst auflösen.
Die andere Strategie, die wir für die einzig mögliche halten, lehnt diese Staatsform in ihrer Gesamtheit ab, da sie sie als unreformierbar ausbeuterisch erkannt hat. Sie will versuchen, die Kämpfe gegen Ausbeutung aus allen verschiedenen Bereichen zusammenzuführen. Das bedeutet, aufzuzeigen, daß soziale, feministische, ökologische und antifaschistische Bewegungen nicht unabhängig voneinander stehen. Eine Politik, die dies durchzusetzen vermag, kann weniger leicht zerschlagen und an unterschiedlichen Vorgehensweisen z.B. der Gewaltfrage gespalten werden. Denn alle diese Teilbewegungen beruhen auf dem Widerstand gegen das alles durchdringende System des Kapitals.

Dieses Papier richtet sich nicht gegen BI's, legalistischen und reformistischen Widerstand. Es will ausdrücklich keine Spaltung propagieren, sondern unseren Standpunkt darlegen und für Diskussionen sorgen. Wir akzeptieren andere Herangehensweisen und möchten gleichberechtigt mit ihnen zusammenarbeiten. D.h. wir sind kooperativ, stehen jedoch in allen Punkten zu unserer hier dargelegten Meinung.

NUR GEMEINSAM KÖNNEN WIR ETWAS ERREICHEN!!!



Der folgende Text dokumentiert die Rede, die Fritz Storim auf der Eröffnungsveranstaltung des BUKO-Kongresses (BUKO,97) "Gegenmacht von Unten" am 29. Mai, 97 in Paderborn gehalten hat. Er wurde vom Autor leicht überabeitet und aktualisiert.

Die Anti-AKW-Bewegung – Gegenmacht von Unten!?



Die 6 CASTOR-Behälter, die Anfang März ins Zwischenlager Gorleben transportiert wurden, konnten wir nicht aufhalten.
Aber wir konnten deutlich machen, daß das Zwischenlager so wie geplant politisch nicht durchsetzbar ist (der Transport kostete an die 100 Millionen Mark und es waren 30 000 PolizistInnen und BGS-BeamtInnen im Einsatz). Dies war eigentlich schon länger offensichtlich - SIE wollten nocheinmal eine Kraftprobe. Jetzt versuchen Regierung, Industrie und Teile der parlamentarischen Opposition, Strategien zu entwikkeln, die Atom-Energie-Politik sozial verträglicher zu gestalten, ohne an IHREN Programmen grundsätzlich etwas zu verändern.

Atomtechnologie-Szenarien von der BRD aus gesehen.

Um die ungeheueren politischen und finanziellen Dimensionen, mit denen wir es im Bereich der sogen. zivilen Atomenergienutzung (die militärische läßt sich davon nicht abtrennen) zu tun haben, nachvollziehbar zu machen - und die machen die Härte der Auseinandersetzungen erst erklärbar - will ich zuerst über mögliche Atom-Szenarien reden, die zur Zeit in der Diskussion sind (s. (Konsens,97), (DSe,97)) - sicher sind das Allmachtsphantasien und da werden wir IHNEN noch manchen Strich durch die Rechnung machen.

Investitionssicherung.

Nachdem die bundesdeutschen Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmen (EVUs) in den letzten Jahrzehnten milliardenschwere Investitionen in den Wind schießen mußten (z.B. mußten SIE den Schnellen Brüter Kalkar, die WAA in Wackersdorf, den HTR in Hamm-Uentrop, die Brennelementfabrik in Hanau aufgeben), streben sie einen breiten nationalen Konsens an, um den Bestand an laufenden Atomanlagen und neu beabsichtigte Investitionen politisch abzusichern:
Dazu fanden in letzter Zeit diverse sog. Konsensgespräche zwischen VertreterInnen der Regierung und der SPD statt.

- Danach sollen allen laufenden AKWs rechtlicher Bestandschutz garantiert werden.

- Als "erstrebenswerte Option" soll weiterhin nur ein zentrales Atommüllager für schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle offen gehalten werden; das wird ökonomisch und sicherheitstechnisch begründet.
Für das geplante Endlager Gorleben wird angestrebt: Die Erkundungen bis zum Jahr 2005 abzuschließen. Nach 2005 sollen die Arbeiten ruhen. 2030 soll der Ausbau, 2035 die Inbetriebnahme erfolgen (1).
Es sollen vorläufig keine weiteren Standorte als mögliche Alternativen zu Gorleben gesucht werden.
Änderung des Atomgesetzes soll noch in dieser Legislaturperiode erfolgen, um die Möglichkeit der Enteignung zu verbessern, mit der die Eigentumsrechte des Grafen Bernstorff am Gorlebener Salzstock ausgehebelt werden sollen.

- 1994 hatte der massive Druck, zumindest die WAA aufzugeben, zu einer Änderung des Atomgesetzes geführt. Danach sind nun zwei gleichberechtigte Entsorgungspfade zulässig. Entweder wie bisher die Wiederaufarbeitung oder die "direkte Endlagerung" über die Zwischenlagerung.
Da die Wiederaufarbeitung sehr viel teurer ist als die "direkte Endlagerung" und es technisch und politisch Probleme gibt mit der Verwertung des bei der Wiederaufarbeitung anfallenden Plutoniums und Urans, ist ein Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung (und damit aus der Plutoniumwirtschaft) längerfristig vorstellbar.

- Die Entscheidung für den Bau neuer AKWs soll nicht vor 2005 getroffen werden.

- Momentan sollen die schwach und mittelaktiven Abfälle im Atommüllager Morsleben (ehemals DDR, in der Nähe von Helmstedt) später dann im noch zu genehmigenden Atommüllager Schacht Konrad gelagert werden (2). Dazu soll Morsleben nicht wie geplant im Jahre 2000, sondern erst 2005 geschlossen werden.

- Für Schacht Konrad (3) soll das Planfeststellungsverfahren noch in diesem Jahr "zügig positiv abgeschlossen" werden.
Sofortvollzug soll aber erst im Jahr 2005 erteilt werden. Die Inbetriebnahme soll also nahtlos an die Stillegung von Morsleben anschließen.

- Die Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle soll dezentralisiert/regionalisiert werden.
Dazu ist vorgesehen:

* Das Zwischenlager in Gorleben soll nur noch für Brennelemente aus Norddeutschland und für Abfälle aus den WAAs genutzt werden.
Unmittelbar nach den letzten Auseinandersetzungen im Wendland war aus politischen Kreisen zu hören, daß in den nächsten 2 Jahren keine CASTOR-Behälter mehr nach Gorleben gebracht werden sollten. Jetzt soll nach Reinhard König, dem Geschäftsführer der "Brennelementelager Gorleben GmbH" (BLG), im kommenden Jahr mindestens ein Atommülltransport aus der WAA La Hague nach Gorleben gehen. Er rechnet bei diesem Transport mit mindestens sechs CASTOR-Behältern (Carini,97).

* Die Erweiterung des Zwischenlagers Ahaus soll spätesten 1998 genehmigt werden.
Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus süddeutschen AKWs sollen bis auf Weiteres nach Ahaus gehen. Ein Transport aus Neckarwestheim (3 CASTOR-Behälter) ist für den Herbst angekündigt.

* Außerdem soll längerfristig ein Zwischenlager in Süddeutschland errichtet werden.

* Auch eine Zwischenlagerung an den jeweiligen AKW-Standorten - dabei könnten sich benachbarte AKWs zusammenschließen - ist denkbar.

Export des Atomrisikos ins Ausland.

Nachdem in der BRD eine vollständige nationale Plutoniumindustrie nicht durchsetzbar war, wurden Anlagen, die in der BRD nicht gebaut werden konnten, in Frankreich oft mit Beteiligung deutschen Geldes gebaut und betrieben, oder der Bereich als Dienstlei-

---

(1) Die Gesamtprojektkosten für den Gorlebener Salzstock belaufen sich, der Bundesregierung zufolge, bis zur Inbetriebnahme auf gschätzte 4,58 Milliarden Mark.

(2) In Morsleben ist das einzige in der BRD in Betrieb befindliche Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle, obwohl es hierfür nie einen bundesdeutschen Planfeststellungsbeschluß gegeben hat und sicher eine Betriebsgenehmigung nach herrschenden Normen auch nicht vorstellbar wäre. Die alte DDR-Genehmigung wurde "ausnahmsweise" für den Zeitraum bis zum Jahr 2000 einfach als "fiktiver Planfeststellungsbeschluß" eingesetzt. (Zur aktuellen Situation s. (Paul,97).)

(3) Die Gesamtprojektkosten für Schacht Konrad werden bis zur Inbetriebnahme mit rund 2,7 Milliarden Mark angegeben.

stung nach Frankreich oder nach Großbritannien ausgelagert (hierzu s. (Schneider,97)). D.h. die BRD exportiert ihr Atomrisiko ins Ausland.
Deutsche Unternehmen nehmen im französischen Atomgeschäft eine Schlüsselstellung ein.

- Der Schnelle Brüter in Kalkar konnte nicht in Betrieb genommen werden, in Frankreich läuft mit deutscher Beteiligung der Superphenix in Creys-Malville.

- Die geplante WAA in Wackersdorf mußte aufgegeben werden, die Anlagen in La Hague und in Sellafield haben deren Aufgabe übernommen.
Im schottischen Atomzentrum Dounreay soll der gesamte hochradioaktive Abfall aus den deutschen Forschungsreaktoren aufgearbeitet werden.

- In Hanau wurde die Siemens-Brennelementefabrik geschlossen, die Verträge gingen an das Atomzentrum von Cadarache. Diese Anlage soll ausschließlich für den deutschen Bedarf MOX-Brennelemente herstellen.

Da die französische Atomindustrie nicht zwischen zivilen und militärischen Anlagen unterscheidet, ist deutsches Geld über diesen Weg an der militärischen Atomtechnologie beteiligt.

Die BRD ist neben Italien und England der wichtigste Atomsstromabnehmer Frankreichs.(Fast 1/4 des insgesamt von Frankreich exportierten Stroms ging 1996 in die BRD: 16,7 TWh, 3 AKWs von 58 laufen damit für die BRD, (Schneider,97).)

Deutsches Plutonium wird tonnenweise in Frankreich nicht nur abgetrennt, sondern auch gelagert, transportiert, zu MOX-Brennelementen verarbeitet und wieder in die BRD transportiert.
Transporte abgebrannter Brennelemente laufen ständig aus der BRD nach Frankreich (4).

Da die deutsche Atomindustrie die Endlagerung von abgebrannten Brennelementen teilweise oder vollständig anvisiert, bietet die Firma COGEMA (Betreiberin der WAAs in La Hague) auch die Zwischenlagerung für abgebrannte Brennelemente an. Eine mittelfristige Möglichkeit für die deutschen EVUs, falls der politische Preis in der BRD zu hoch ist.

---

(4) Allein 1996 rollten 731 Atomtransporte, die auf den Betrieb von AKWs zurückzuführen sind, durch die BRD. 96 mal wurden abgebrannte Brennelemente transportiert. 67 mal war die WAA in La Hague das Ziel, 14 mal die WAA in Sellafield (WK,97).

Neue Projekte.

Von Siemens (5) und Frameatome wird zur Zeit ein neuer Reaktor (EPR, European Pressurized Water Reactor, 1500 MW) entwickelt.
Er soll in einem vom Standort unabhängigen Verfahren (Typengenehmigung) genehmigt werden. Davon träumt die Reaktorindustrie schon seit Jahrzehnten. Das wird zu zusätzlichen Einschränkungen der Eingriffs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung führen.

Das Projekt soll auch als Empfehlung für den Export der Atomtechnologie nach Osteuropa und Asien dienen.

In der BRD ist Greifswald als möglicher Standort im Gespräch, in Frankreich Le Carnet an der Loire-Mündung (2 Reaktoren, sollen nicht vor 2010 - dann wenn die erste französische AKW-Generation verschrottet ist - in Betrieb gehen) (6).

Außerdem ist Siemens auch an der Entwicklung eines neuen Siedewasserreaktors (1000 MW) beteiligt (BBU,97).

In Garching bei München errichtet Siemens einen Forschungsreaktor (FRM-II, Forschungs-Hochflußneutronenquelle der TU-München, geschätzt 900 Mill. Baukosten), der mit hochangereichertem waffenfähigen Uran (HEU) betrieben werden soll.
Die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung hierfür ist bereits erteilt (9.4.96).
Damit wird der Atomwaffensperrvertrag umgangen.

In Greifswald (in der ehemaligen DDR) soll eins der größten nuklearen Entsorgungszentren der Welt entstehen: das Zwischenlager Nord (ZLN, 15.8.97 Inbetriebnahme, Okt. 97 Genehmigung der CASTOR-Halle), ein Fusionsforschungsreaktor (Wendelstein 7-X, 19.6.97 Grundsteinlegung) und dort ist auch ein Standort für den EPR ins Auge gefaßt.

---

(5) Die Kraftwerksunion (KWU, seit dem 1.1.77 gehört sie zu 100% der Siemens AG) ist weltweit eines der größten Unternehmen für den Bau schlüsselfertiger AKWs und ist für den Export der Atomtechnologie in den Trikont verantwortlich (KWU-Atomkraftwerke wurden nach den Niederlanden, Spanien, Argentinien, Brasilien, Iran, Österreich verkauft).

(6) AusternzüchterInnen in der Bucht von Bourgneuf, die eine Verschlechterung der Vermarktungsmöglichkeiten ihres Produkts befürchten, haben sich gegen das AKW zusammengeschlossen.
Dieses Wochenende finden (vom 31. Mai bis 1. Juni) in Le Carnet am Bauplatz eine Demonstration und verschiedene Aktionen gegen das geplante AKW statt (Hahn,97).

Ende 97/Anfang 98 sollen dort 4 CASTOR-Behälter mit Atommüll aus dem stillgelgten AKW-Rheinsberg zwischengelagert werden.

Nach Tschernobyl war der Bau von neuen AKWs in der BRD politisch nicht durchsetzbar. Es liegt aber weiterhin die Wartung und Nachrüstung bereits laufender AKWs an - und das weltweit. Die Nachrüstung ist oft teurer als der Bau selbst war. Bestehende AKWs sind reine Geldmaschinen, besonders wenn die Betriebsgenehmigung - wie in der BRD - zeitlich nicht begrenzt ist.

Siemens ist zur Zeit an der Fertigstellung eines slowakischen AKW (Mochovce) beteiligt. Nach westlichem Standard dürfte es nie in Betrieb gehen. Die deutsche Regierung sichert das Geschäft mit einer Hermes-Bürgschaft (über 146 Mill. DM) ab. Der Auftrag soll für Siemens als Marktöffner für Nachrüstung und Reparatur, die den Weiterbetrieb von 60 weiteren Atomanlagen in Osteuropa ermöglichen, dienen.

Im russischen Sosnovy Bor ist Siemens ebenfalls am Neubau eines AKW beteiligt.

Siemens möchte gemeinsam mit französischen Unternehmen in Rußland zwei Anlagen zur Umwandlung von russischem Waffenplutonium zu Brennelementen für russische AKWs bauen. Dabei soll auch auf die Ausrüstung der nie in Betrieb genommenen Siemens-Fabrik Hanau zurückgegriffen werden (aaa79,97).

Diese Liste ließe sich beliebig lang fortsetzen, besonders auch, wenn wir die Verhältnisse über Europa hinaus mit einbeziehen würden.
Nur ein Hinweis: Anfang Februar wurden Pläne bekannt, nuklearen Abfall - auch aus der BRD - in den Pazifik zu exportieren. Die Inseln, die New Yorker Investoren bisher für ein atomares Weltendlager in die engere Wahl gezogen haben, liegen in der Nähe des Palmyra-Atolls und des Wake-Atolls (Pazifik,97).

Das alles macht deutlich, daß das Kapitel Atomtechnologie und unser Widerstand dagegen noch lange nicht zuende geschrieben ist.

Ausblick

Für die Atomindustrie und Politik scheint alles wohl gerichtet und es ist folgendes vorstellbar:

Die SPD verzichtet auf ihre Ausstiegsforderung. Um ihr Gesicht zu wahren, wird ihr als Erfolg der sowieso beabsichtigte Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft zugestanden. SPD wie auch die Grünen akzeptieren die Abkopplung der Entsorgungsprobleme von der Forderung nach dem Ausstieg und schaffen damit die Grundlage für den Weiterbetrieb der bereits laufenden AKWs und für die Option einer neuen Reaktorgeneration.

Die verstärkt zu erwartende Deregulierung und Privatisierung der Energiewirtschaft (der Staat zieht sich aus der Verantwortung zurück) - auch mit der anstehenden europäischen Öffnung der Energiewirtschaft für die private Konkurrenz ab 1998 - lassen befürchten, daß sich das Interesse, Atomstrom zu produzieren wieder erhöhen wird.

Die Verfügungsgewalt über Atomwaffen stellt sich neu: Was bedeutet es für die BRD, wenn in einem zukünftigen integrierten Europa zwei Atomwaffenstaaten existieren?

Am 15. Mai dieses Jahres beschloß das Europarlament, daß die Förderung militärischer Ausrüstung zu den gemeinsamen Aufgaben der europäischen Union zählt.
Das bereitet einen fundamentalen Wandel der EU von einer zivilen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Macht mit Hegemonialanspruch vor (Berger,97).

Jetzt soll erst einmal, zumindest kurzfristig, Gorleben aus der Schußlinie genommen werden, um damit der politischen Auseinandersetzung die Schärfe zu nehmen. Durch Dezentralisation/Regionalisierung der Zwischenlagerung und Transporte und damit der radioaktiven Belastung, soll der Widerstand zerstreut und damit geschwächt werden.

Und IHNEN geht es auch darum, Zeit zu gewinnen, um günstigere Bedingungen für einen offensiven Neu-Einstieg in die Atomwirtschaft vorzubereiten.

Im Hinblick auf die ungeheueren politischen und ökonomischen Dimensionen der Atomtechnologie könnten bei uns leicht Ohnmachtsgefühle aufkommen; aber blicken wir zurück, so können wir feststellen, daß wir eine Menge erreicht haben.
Ich denke, unser Widerstand ist ausbaufähig, wir sind noch lange nicht am Ende, aber wir können auch nicht einfach so weitermachen wie bisher.

Dazu will ich im Folgenden einige Überlegungen anstellen.

Was hat die Anti-AKW-Bewegung erreicht?

Wir haben den weitaus größten Teil des für die BRD ehemals geplanten Atomprogramms verhindert.

Natürlich spielt auch die immer deutlicher werdende ökonomische Unsinnigkeit - erreicht u.a. durch die erzwungenen Sicherheitsauflagen - eine wachsende Rolle beim Rückzug zumindest aus dem nationalen Atomprogramm.
So haben wir z. B. erreicht, daß das AKW in Wyhl, die WAA in Gorleben und dann in Wackersdorf nicht gebaut werden konnten, der Schnelle Brüter in Kalkar nicht in Betrieb gehen konnte, und schließlich ist auch die Aufgabe des Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop und der MOX-Produktion-Anlage in Hanau in diesem Kontext zu verstehen.

Aber die Erfolge sind auch ambivalent - mit allen Bereichen, die SIE in der BRD nicht durchsetzen konnten oder IHNEN zu teuer wurden, sind SIE auf das Ausland ausgewichen und darum haben wir uns zu wenig gekümmert.
>> Tatsache ist, daß der systematische atomare Risikoexport nach Frankreich seit 10 Jahren in Deutschland auf atemberaubende Gleichgültigkeit stößt<< (Schneider,97).

Was waren und sind die Motivationen - speziell vor Ort, an den Standorten - für den Widerstand?

- Da ist die Angst vor Verletzung; Krankheit und Tod.

- Befürchtung vor Qualitätsminderung von landwirtschaftlichen Produkten und der damit verbundenen schlechteren Vermarktungsmöglichkeiten.

- Befürchtung vor Verringerung des Freizeitwertes der Region.

- Auch Sorge um >><u>die</u> Heimat, um "unbeschädigte" Kinder und um gesunde Ernährung<<.

Der Kampf um die unmittelbaren eigenen Bedürfnisse ist oft Einstieg in und sicher auch eine Motivation für den Widerstand. Wenn er sich aber ausschließlich darauf reduziert, nimmt er leicht egoistische, nationalistische und rassistische Züge an und das bedeutet immer auch Ausgrenzung anderer Menschen. Wenn es dann um "gesundes Erbgut", um normgerechte/leistungsstarke /"gesunde"/"nicht behinderte" Kinder, um <u>die</u> Heimat geht, riecht das stark nach Blut- und Bodenideologie und Eugenik.

Zuerst stand meistens die unmittelbare Betroffenheit, die Vorstellung im Vordergrund: >>Nicht bei uns, nicht in unserer Region<<. Aber dies hat sich im Laufe der Auseinandersetzung für viele erweitert auf: >>Das ist auch anderen an anderen Orten nicht zuzumuten<<.
Was das in Zukunft bedeuten wird, wird sich zeigen, sollte jetzt z.B. Gorleben erst einmal aus der Schußlinie genommen werden und die Zwischenlagerung an anderen Orten stattfinden.
Kann das vielleicht auch heißen, "wenn kein CASTOR mehr ins Wendland kommt, dann ist die Welt wieder in Ordnung"?

Worin liegt die Kraft des Widerstandes?

⊛ Ich denke die Erfolge - und damit meine ich nicht nur, daß die Anti-AKW-Bewegung bisher den größten Teil des ehemals geplanten Atomprogramms verhindert hat und ökologisches Denken überhaupt erst politikfähig gemacht hat, sondern auch eigene Widerstandsstrukturen und eigene Begriffe wie z.B. den der "Autonomie" neu und praktisch gefüllt hat - diese Erfolge waren nur möglich, weil der Wille, die Entschlossenheit, die Lust und Freude, die Forderungen auch selbst praktisch durchzusetzen, sich mit der Einsicht verbanden, daß der Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn es gelingt mit möglichst breiten Teilen der Bevölkerung - über soziale und politische Unterschiede hinweg - in eine gemeinsame Auseinandersetzung und zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Anders gesagt, sich nicht in einer Nische, einem Ghetto innerhalb dieser Gesellschaft einrichten oder sich besserwisserisch über sie erheben - falls das überhaupt möglich ist und nicht weitgehend Selbsttäuschung -, sondern versuchen, sich in der Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft zu erkennen/zu erfahren/zu verorten und an diesem gemeinsamen Ort, die Auseinandersetzungen zu suchen.

⊛ Sicher ist dafür ganz entscheidend die regionale Verankerung und die Verbissenheit, mit der einzelne Menschen - auch über lange Durststrecken hinaus, gerade auch aus dem Wendland - am Widerstand festgehalten haben.

Ich will an einigen Beispielen aus dem Widerstand gegen die letzten Transporte (X) veranschaulichen, was ich damit meine (aaa78,97):

---

* 5.2.97 Hitzacker:
Der Verwaltungsausschuß beschließt, daß Polizei und BGS die Gebäude der Feuerwehr in Hitzacker nicht nutzen dürfen.

* 6.2.97 Karwitz:
Der Rat lehnt Atomtransporte durch das Gemeindegebiet ab.

* 14.2.97 Dannenberg:
Ratsresulution gegen CASTOR-Transporte und Beschluß, daß die Sporthallen von DemonstrantInnen genutzt werden können.

* 17.2.97 Göhrde:
Gemeinderat lehnt Atomtransporte ab.

* 18.2.97 Gusborn:
Weder Polizei noch BGS dürfen Flächen der Samtgemeinde nutzen.

* 22.2.97 Dannenberg:
Das Wasserbeschaffungsamt untersagt Polizei und BGS das Befüllen der Wasserwerfer.

Die Bezirksregierung Lüneburg beschlagnahmt (24.2.97) 5 Sporthallen in Dannenberg und Hitzacker als Schlafräume für Polizei und BGS und setzt sich damit über die kommunalen Beschlüsse hinweg.

* Daraufhin besetzen am 25.2. ungef. tausend SchülerInnen des Schulzentrums Dannenberg die Dannenberger Mehrzweckhalle.
Unterstützt wurde diese Aktion auch von der Bäuerlichen Notgmeinschaft, die mit über 50 Treckern den Parkplatz und die Zufahrt zur Halle blockierten.
Auch die Grundschulturnhalle wurde von Treckern blokkiert.
In Hitzacker besetzten ebenfalls zahlreiche SchülerInnen die Realschulsporthalle.

* Die Besetzung in Dannenberg wurde mit einem Vertrag zwischen den BesetzerInnen und Polizei und Bezirksregierung beendet. In diesem Vertrag wird u.a. zugesichert, daß die Halle nicht für polizeiliche Zwecke genutzt wird und gegen die an der Aktion beteiligten SchülerInnen keine Repressionen ausgeübt werden.
Die anderen Hallen wurden polizeilich geräumt.

* 2.3.97 Wendland:
Mit 570 Traktoren protestieren Bauern und Bäuerinnen gegen die CASTOR-Transporte und die Atompolitik.

* Wochenlang füllen LeserInnenbriefe und Anzeigen, die sich gegen die CASTOR-Transporte richten und zum Widerstand dagegen aufrufen, die Elbe-Jeetzel-Zeitung.

Das sind nur einige Beispiele dafür, was es bedeutet, wenn davon gesprochen wird: "Ein Landkreis steht auf!"

⊛ Eine weitere Grundlage für die Kraft des Widerstandes kommt in der Parole zum Ausdruck:

"In der Vielfalt des Widerstandes liegt unsere Stärke",
oder
"Die Einheit in der Vielfalt suchen".

Ich finde, das ist eine sehr schöne Parole, und sie konnte vor Ort, zumindest technisch, auch weitgehend realisiert werden.
Andererseits, denke ich, die Vielfalt stand oft nur taktisch geduldet nebeneinander und bildete so nur wenig eine politische Einheit.
Das kommt auch zum Ausdruck, wenn Teile aus dem erklärten gewaltfreien Spektrum sich öffentlich darüber beschweren, mit den Militanten - den "Gewalttätern" wie sie diese bezeichnet haben - von PolitikerInnen und Medien in einen Topf geworfen zu werden, und daß sie als Staatsfeinde bezeichnet werden.

Wir müssen da sehr genau aufpassen, daß wir nicht die Begrifflichkeit von Recht, Gewalt und Legitimität unserer Gegner zur Grundlage unseres Denken und Handeln machen.

Und das zeigt auch, daß wir immer wieder neu, die Auseinandersetzung um Militanz, Gewaltfreiheit und Gegenmacht - nicht als bloße technische Methode sondern als Ausdruck unseres Menschen- und Gesellschaftsbildes, unseres Utopieverständnisses - führen müssen, um hier gemeinsam ein Stück weiter zu kommen und auch, um hier keinen Ansatzpunkt für Spaltung von Außen zu liefern.

⊛ Aber die eigentliche Stärke der Anti-AKW-Bewegung zeigt sich für mich darin, daß so viele Menschen, das nachdem alle Versuche auf Erörterungsterminen, vor Gerichten, in Gesprächen mit VertreterInnen der Atomindustrie und des Staates, gescheitert sind, z.B. gesagt haben:

>>Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht<<, oder

>>Wenn das Gesetz sein soll, was unser Leben zerstört, dann haben wir ein Recht, dieses Gesetz zu brechen<<, oder

>>Kriminell sind die, die Atomkraftwerke bauen, und nicht die, die sie zu verhindern versuchen<<, oder

>>Die Region, in der das AKW gebaut wird, zum Feindesland für die Verantwortlichen und damit unregierbar zu machen<<.

Materieller Schaden ist meist verhältnismäßig leicht zu ersetzen, aber der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit, der Verlust an politischer Legitimität staatlichen Handelns hat zum Loyalitätsschwund den politischen Mächtigen gegenüber geführt und auch dazu, den herrschenden Vorstellungen von Recht, Gewalt und Legitimität eigene Vorstellungen entgegenzusetzen, sich in den praktischen Auseinandersetzungen, selbst-kollektiv zu bestimmen.
Hier entwickelt sich etwas, was die herrschenden Verhältnisse in ihrer Komplexität in Frage stellt, und das ist es, was ich als "Gegenmacht von Unten" begreife.
Viele der Beteiligten unter uns waren und sind immer wieder über sich selbst erstaunt, wenn sie sich mit solcher Selbstverständlichkeit als Staatsfeinde wiederfinden.

Filbinger, der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hatte das sehr wohl begriffen und auf den Punkt gebracht, wenn er sagte:
"Das Schlimmste bei Wyhl war, daß die Bauern und Winzer ein so verteufelt gutes Gewissen hatten, wenn sie die geltenden Gesetze brachen".

Und Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht zog die einzig richtige Konsequenz, wenn er (am 16.5.79) den Verzicht auf eine WAA im Wendland mit der Begründung verkündete: das Projekt sei "zur Zeit politisch nicht realisierbar".

Aber Innenminister Kanther irrt - das hoffe ich zumindest - wenn er glaubt, die Legitimität des Staates durch polizeiliche Maßnahmen wieder herstellen zu können.

Aber ich will hier auch nicht einem Mythos das Wort reden. Die Menschen sind nicht einfach in Schubladen von fortschrittlich und reaktionär einzuordnen. Die radikalen Äußerungen der Bäuerinnen und Bauern waren uns aus der Linken immer sehr willkommen. Wir hören und sehen oft gerne das heraus, was wir hören und sehen wollen, was uns in unser politisches Konzept paßt, lösen es aus dem dialektischen gesellschaftlichen Kontext und arbeiten damit - machen so leicht bestimmte Menschen zu politischen Objekten.
Verschließen uns dadurch selbst die Möglichkeit, Menschen - uns auch eingeschlossen - in ihrer/unserer Widersprüchlikeit zu erfahren und daraus was Gemeinsames Neues zu entwickeln.

Worin sehe ich die Eingeschränktheit/Schwächen des Widerstandes und was sollten wir verändern?

Die unmittelbare "Betroffenheit" und spontanen Befindlichkeiten prägen oft stark das politisches Handeln. Und das trägt dann dazu bei, daß der Widerstand/die Kämpfe sich hauptsächlich und immer wieder gegen einzelne Erscheinungsformen als Auswüchse der herrschenden Verhältnisse richten, diese aber nicht grundsätzlich in Frage stellen. Das führt dann auch leicht dazu, sich immer wieder neuen Politikfeldern zuzuwenden, die scheinbar schneller, leichter und mehr "Erfolg" versprechen (Teilbereichspolitik, Ein-Punkt-Bewegung, Feuerwehrpolitik, Kampagnenpolitik für ein punktuelles Ereignis, Abenteurertum, ständiges Reagieren).

Atomtechnologie läßt sich eben nicht als isolierte gesellschaftliche Erscheinung, als bloße gesellschaftlicher Auswuchs verstehen, sondern ist bewußter und konsequenter Bestandteil dieser herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.
Das bedeutet, die ökologische Frage wird längerfristig nur im Zusammenhang mit der sozialen gelöst werden können.

D.h. für die Ökologische Bewegung, daß sie sich weder auf ausschließlich regionale, nationale, noch ausschließlich fachspezifische Kämpfe beschränken kann, will sie die Fragen an der Wurzel packen und sich nicht damit zufrieden geben, das Problem vor der eigenen Haustür zu "lösen" - das wird immer nur eine kurzfristige Scheinlösung sein - und jedes neue Problem muß dann immer wieder neu angegangen werden.

Es gibt viele "Maschinen", gegen die wir aus gutem Grund kämpfen könnten, und es wird sicher noch viele neue in Zukunft geben. Das könnte ein Anrennen dagegen ohne Ende bedeuten.

Wir haben vielleicht dann die CASTOR-Transporte nach Gorleben verhindert, aber an den Ursachen nichts verändert.
Und längerfristig können wir auch nicht zu jedem Standort und zu jedem Ereignis fahren.
So wird dieser Kampf für viele von uns perspektivlos, führt in Erschöpfung und Resignation.
Ich denke, das ist auch ein Grund, weshalb immer wieder so viele Menschen die "Hoffnung auf ein anderes Leben" aufgeben und aus der politischen Bewegung aussteigen und ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen schließen.

Diese zu starke Konzentration der Anti-AKW-Bewegung auf "eine Maschine als Auswuchs dieser Gesellschaft" erklärt auch die starke Fokussierung des Widerstandes auf einen Ort wie z.B. Gorleben und auf zentrale Ereignisse wie z.B. die CASTOR-Transporte und auf technische und "militärische" Siege - ein gewisser Charakter von Inszenierung einer Performance für die Medienöffentlichkeit ist dem nicht abzusprechen.

Wie weiter!?
Wo geht's lang!?

Wie nun diese Kritik, die Forderungen, die Ansprüche mit der Praxis konfrontieren?
Da gibt es sicher keine allgemeingültigen Antworten und keine Patentrezepte, und wer mit solchen kommt, der oder dem gegenüber wäre ich sehr mißtrauisch.

Antworten können wir nur gemeinsam und immer wieder neu entwicklen und Jede und Jeder kann dazu erst einmal von dortaus dazu beitragen, wo sie oder er sich gesellschaftlich und politisch aufhält.
Und die Idee der Freiheit wird erst im Verlauf jener Handlungen klar werden, die nötig sind, um die Freiheit zu schaffen (Paul Feyerabend).

Das ist auch als Aufforderung an Euch gemeint, den Konflikt um die Atomtechnologie nicht als isolierten Bereich oder als Nebenwiderspruch abzutun, sondern auch Euch mit Euren Möglichkeiten einzumischen.

Dennoch will ich einige Schlüsse aus den Erfahrungen der letzten Jahre ziehen:

*Wir müssen - denke ich - sehr viel stärker an der Entwicklung von dezentralen und vernetzten Strukturen, die uns gemeinsam tragen - in unseren Kämpfen, aber auch im Alltag - arbeiten. Unser Leben, unsere Kämpfe als Kommunikation/als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen begreifen und gestalten.

Wenn wir uns in unserer Lebensweise, in unseren Beziehungen, unseren Kommunikationsformen, unseren Begrifflichkeiten von Recht, Legitimität, Gewalt und Würde, in unserer Moral und Ethik nicht von denen unterscheiden, die wir bekämpfen, ist jede Theorie/Analyse/Vorstellung willkürlich, beliebig, reine Kopfgeburt, die Illusionen erzeugen und Veränderungen blokkieren kann und jede Praxis ist dann rumhandwerkeln an der Oberfläche der herrschenden Verhältnisse.

*Längerfristig sehe ich keine Chance in der "offenen Feldschlacht", in der "militärischen" Konfrontation - das wird hauptsächlich symbolischen Charakter haben und muß dann demgemäß auch gestaltet werden.

* Eine wichtige Aufgabe für die unmittelbare Zukunft wird es sein, international in Auseinandersetzungen um den Widerstand einzutreten und dadurch gemeinsame Strukturen aufzubauen.

Die Forderung nach dem Atomausstieg und die Bereitschaft dafür einzutreten, ist in großen Teilen der Bevölkerung verankert.
Aber, und auch wenn es erst einmal sehr allgemein klingt, will ich es dennoch noch einmal sagen; besonders auch weil mir auffällt, daß wir in letzter Zeit immer weniger darüber sprechen:

Unser Kampf sollte sich nicht nur gegen eine "Maschine" richten und für die unmittelbaren eigenen Bedürfnisse vor Ort, sondern wir sollten uns für eine Gesellschaft einsetzen, in der der Mensch, und nicht die ökonomische Rationalität, im Mittelpunkt steht. Nur so werden wir uns längerfristig die Möglichkeit eröffnen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der eine menschenfeindliche Technologie wie die Atomtechnologie keinen Platz hat.

Quellen

(aaa 78,97). anti atom aktuell, Zeitung für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, Nr. 78, Ostern 97.

(aaa 79,97), Nr. 79, Mai 97.

(BBU,97), Presseinformation des "Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V." (BBU), 23. Mai 97.

(Berger,97), Alois Berger, "EU will Rüstungsimporte fördern", TAZ, 16.05.97.

(BUKO,97), Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), ein Zusammenschluß von Dritte-Welt-Gruppen. 1977 wurde der BUKO mit dem Ziel gegründet,die Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung zu vernetzen und damit ihre politische Durchsetzungskraft zu erhöhen. Nernstweg 32-34, D-22763 Hamburg, Tel.: 040-39 31 56.

(Carini,97), Marco Carini, "Kommt Zeit, kommt CASTOR", TAZ, 9.6.97.

→

(DSe,97), DSe, "Neue Atom-Lager braucht das Land. Zum Stand der Energiekonsensgespräche zwischen SPD und Bundesregierung", AK 401, 10.04.97.

(Hahn,97), Dorothea Hahn, "Die Austern haben keine Wahl", TAZ, 21.05.97.

(Konsens,97), "Entwurf der Arbeitsgruppe für eine Verständigung", Bonn, 01.02.97. In leicht gekürzter Form in anti atom aktuell Nr. 78, Ostern 97.

(Paul,97), Reimar Paul, "Pyrrhussieg für Atomkraftgegner. BVG-Urteil zu Morsleben ist kein Erfolg für Kläger gegen das Endlager. Stillegung ist unwahrscheinlich.", jungle World, Nr. 5, Juni 97.

(Pazifik,97), "Atommüllexport in den Pazifik", Pazifik Aktuell, Neuendettelsau, April 97.

(Schneider,97), Mycle Schneider, "Die deutsch-französische Atomfreundschaft, oder: Wie die Deutschen das Atomrisiko nach Frankreich exportieren", aus "Tschernobyl und kein Ende - Argumente für den Ausstieg, Szenarien für Alternativen", agenda Politik, Münster, 1997.

(wer,87), "Wer mit Wem in Atomstaat und Großindustrie", Zweitausendeins, Frankfurt a.M., 1987.

(WK,97), "Fast täglich rollen sie durch Deutschland", Weser Kurier, Bremen, 14.05.97.

Dokumentation ...Ende / Hüttendörfer

ANTI-ATOM CAMP

8.-10.August

AKW Esenshamm

Hin- u.Rückfahrt: 50,-

ABFAHRT:
Freitag, 8.8., 14.00
ab TU-Mathegebäude

RÜCKFAHRT:
Sonntag, 10.8.,
Ankunft in Berlin ca 22.00

Weitere Infos
Dienstags ab 19.00
im Anti-Atom-Plenum
Kurfürstenstr. 14
Tel.030/2615252

BUSKARTEN GIBTS IM SCHWARZE RISSE, GNEISENAUSTR. 2A

Dresden

Brandanschlag aufs Hüttendorf

Heute am Dienstag 29. Juli gegen 4 Uhr zündeten 3 -4 Personen unser Tipi an und zerstörten Scheiben des PKW's von einem Gast. Die Täter (vermutlich Faschos) konnten unerkannt entkommen.

Um diese Zeit waren 10 Personen anwesend und einem zufälligen Umstand ist es zu verdanken, das im Tipi niemand geschlafen hat. **ES HÄTTE TOTE GEBEN KÖNNEN!!!** Das zeigt die menschenverachtende Denk- und Handlungsweise dieser Leute. Wir erleben ziemlich oft Anfeindungen aus vorbeifahrenden Autos heraus und erkenntliche Fascho- (Auto)prolls haben mindestens schon zweimal Angriffsversuche unternommen die jedoch glimpflich abgewehrt wurden. Wir müssen leider damit rechnen das dies nicht der letzte Versuch bleiben wird uns hier einzuschüchtern und zu vertreiben. Diese Tat hat gezeigt das diese Leute es nicht bei Parolen brüllen belassen, sondern bewußt auf Verletzung von Menschen und Zerstörung des Hüttendorfes aus sind!!!

Anschläge auf Ausländer, Andersdenkende, linke Treffpunkte sind in diesem Deutschland jeden Tag Wirklichkeit und nur selten regt sich Widerstand dagegen oder ist Solidarität mit den Opfern zu erfahren. Im diesen Sinne galt uns dieser Anschlag.

Unser Fühlen jetzt: erleichtert das keine Person zu Schaden kam, erschrocken über unsere eigene Leichtigkeit im Umgang mit den bisherigen Provokationen, besorgt um unsere Sicherheit, Angst vor weiteren Angriffen, doch es kann immer passieren und jeden treffen, gerade wenn man öffentlich Mißstände anprangert (A17) oder eine andere Art zu leben pflegt.

Wie ihr sicher verstehen könnt, haben wir Wut und Ohnmacht zugleich und wenn euch etwas am alternativen Leben und der Kampf gegen die A17 liegt dann unterstützt uns so gut wie ihr könnt, denn auf Dauer kann das Hüttendorfleben nur gelingen wenn viele Leute dahinterstehen und hier anwesend sind!!

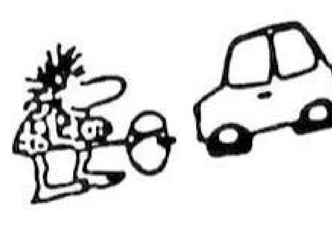
Geldspenden sind auch hilfreich, schließlich muß ein neues Tipi her! Leider ist der ideelle Wert nicht zu ersetzen denn jenes war mühevolle und monatelange Arbeit dieses zu nähen und zu errichten.

Also kommt vorbei, bringt Ideen und Tatendrang mit, denn es ist auch eure Atemluft die durch den Autowahn vergiftet wird. In der Natur erholt ihr euch doch auch gerne und kann es falsch sein für ihre Erhaltung zu kämpfen!?

Die BewohnerInnen des Hüttendorfes
gegen die A17

01462 Zöllmen
Am Erlengrund 9a
(liegt zwischen Dresden und Kesselsdorf B173)

Hüttendörfer



Die Straßen gehören uns!

Dr. Mottes nixsagender Körperkult-Konsum "I Love diese Scheißwelt" Parade ist gerade vorbei und wartet als Höhepunkt der Technobewegung auf die Wiederholung im nächsten Jahr.
Jetzt heißt es **RECLAIM THE STREETS!** Was soviel heißt wie **die Straßen zurückzuerobern.**
Und das mit einem Rave, denn Acid House war eher die unkommerzielle Antwort auf die zunehmende Verkommerzialisierung der Subkulturen.
Ab 1988 begann Acid House in England Fuß zu fassen, und würde zur größten Jugendkultur seit Punk. Überall feierte mensch Raves, teils illegale Parties in leerstehenden Lagerhausern oder Open Airs. Die staatlichen und polizeilichen Maßnahmen gegen die Acid Parties gerieten zur Hysterie. Die Presse sah die Insel in Anarchie versinken und konstruierte den Zusammenhang von Acid House und LSD. Neue Gesetze gegen die Feiern wurden verabschiedet, die auch die bürgerlichen Grundrechte einschränkten. Als vorläufiger Höhepunkt trat 1994 das Criminal Justice Act in Kraft, das der Polizei weitgehende Rechte einräumt und das Recht auf freie Meinungsäußerung und Protest außer Kraft setzt.
Es verbietet unter anderen das Feiern unterm freien Himmel, als auch das fahren im Konvoi sowie das Leben in Wagen oder Ellis. Überall im Land gab es Widerstand und so tanzten Raver, Linke, HausbesetzerInnen und Ökobewegte den Herrschenden auf der Nase herum.
Auch die Anfänge des Techno hier waren unkommerziell und gegen die eigene Verplanung.
Die Leute trafen sich am Wochenende um ohne Konsumzwang in irgendwelchen Kellern, Bunkern, leeren Fabrikhallen oder besetzten Häusern zu feiern. Aber eine Kriminalisierung wie in England fand hier nie statt, und so witterten so manche das große Geld in der Technoszene.

Die Straßen zurückzuerobern ist heute wichtiger denn je. Denn früher waren Straßen, Orte der Begegnung, des Austausches und der Diskussion. Dort wurde gesellschaftliches Leben geprägt. Außerdem fanden und finden soziale Kämpfe hier ihre Ursprünge.
Unter dem Stichwort "Erlebnis Innenstadt" muß alles weg, was das totale Konsumerlebnis stört und die arm-reich Gegensätze sichtbar macht. Obdachlose, AusländerInnen, Bunthaarige, KleinkünstlerInnen, "Behinderte", Alte und "Schwache" werden durch Videoüberwachung, private Sicherheitsdienste und diskriminierende Polizeieinsätze vertrieben.

Aber auch auf dem Land macht RECLAIM THE STREETS Sinn.
Denn die Nutzung der heutigen Straßen machen aus der Region nur Transit- und Zuliefergebiete für die Ballungszentren. Sie dienen den Städten als Müllkippe, Schwein- und Rinderställen und Arbeitskraftreservoir. Schon heute fährt der größte Teil der erwerbstätigen Landbevölkerung in die Zentren und Oberzentren.
Eine eigenständige Entwicklung der Region gibt es nicht und ist auch nicht gewollt.



Also: Laßt uns die Straßen zurückerobern!!!
Ertanzen wir uns unsere Freiräume!!!

KOMMT ALLE am 30. 8. um 14 Uhr nach Dissen (von der B68 zwischen Osnabrück und Bielefeld) zum Bahnhof, dann gibts 'ne Party bis zum Sonnenaufgang.
Außerdem ist noch am 31. 8. ein Soli Open Air für das Anti A33 Hüttendorf.

ANTI A33 HÜTTENDORF
Heideweg X
33829 Borgholzhausen
Tel. 05425-270



reclaim the street !
two days of celebration and direct actions

Wir wissen, Ihr habt schon alles mitgemacht:
Punk, Love Parade, Skater Events, Goa Partys, diverse Festivals, Hasch Parade, Hip Hop Jams, ...
Aber wie wärs, wenn Ihr euren EnkelInnen beichten müsstet, das Ihr den ersten und vielleicht letzten

Anti Road Rave
nämlich die ultimative, powerfullste
RECLAIM THE STREET PARTY
in Deutschland am
30.8. im Jahre 1997
verpaßt habt ? Wäre doch blöd, oder ?
Und dieses geniale Ereignis präsentiert Euch das

HÜTTENDORF gegen die A33

Wir, das sind so 10 Leute, die zum teil seit 4 Jahren mit viel Phantasie versuchen, eine Leben ohne Beton und Konsumterror zu leben. Wir wohnen in Bauwägen und selbstgemachten Hütten mitten im Wald. Hier soll später einmal die A33 langehen. Diese Autobahn ist eines von vielen Großprojekten, die wir zwar nicht verhindern, aber behindern können ! Widerstand, und besonders der auf der Straße macht Sinn und deshalb laden wir Euch zu einer bunten und lauten Reclaim The Street Party mit einem Soundsystem und anschließender After Hour im HÜTTENDORF ein. Also laßt Euch nicht von Euren EnkelInnen auslachen und macht Euch auf Eure durchgeschwitzten Socken. Los gehts am 30. 8. um 14 Uhr vom Bahnhof Dissen/Bad Rothenfelde ! Von Bielefeld braucht Ihr eine Stunde mit der Bahn. Oder kommt doch schon ein paar Tage vorher ins Hüttendorf am Heideweg in 33829 Borgholzhausen. Für alle die, die auf Rave nicht so gut klarkommen, gibts am 31.8. noch ein kleines Open Air !
Infos: 05425-270 oder 0177-2883115

Botschaften vom HÜTTENDORF

23. MAI 97

Seit dem 11. April zelten, Leben und Protestieren wir auf der geplanten Autobahntrasse in einem lieblichen Tälchen direckt am Zschonerbach (weitbekanntes Schutz und Erholungsgebiet).

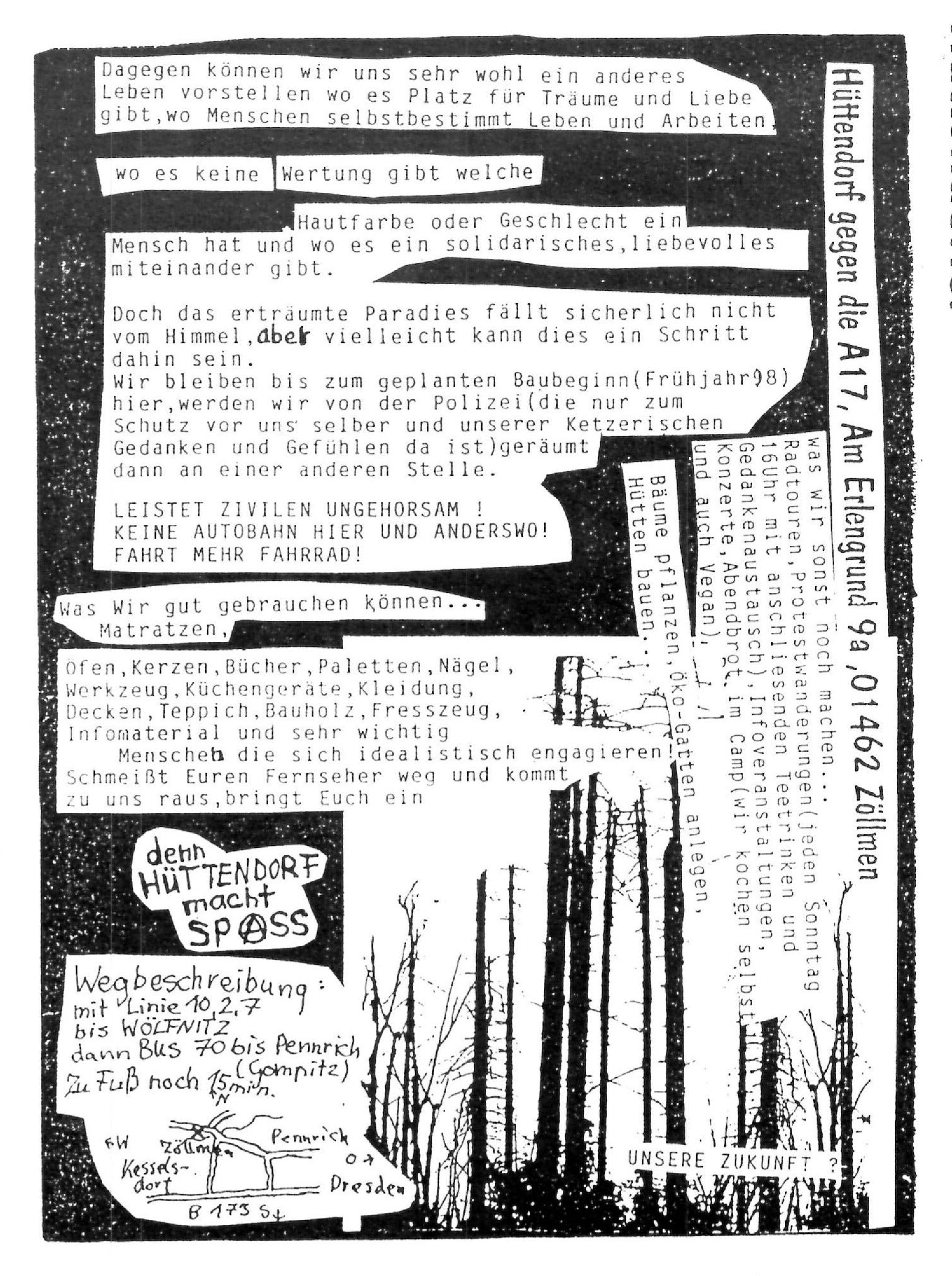
Wenn es nach den Willen einer mächtigen Lobby aus Wirtschaft, Politik und betrogener Autogeiler Bürger geht wird wieder ein großes Stück einzigartiger Landschaft, und mit ihr Tiere und Pflanzen, zerstückelt und zubetoniert, die Anwohner werden krank von Lärm und Gestank, Dresden wird von der Luftzufuhr (Sauerstoff!) abgeschnitten und ganz nebenbei wird keines der Verkehrsprobleme gelöst werden! (weiterhin Stau!)

WIR aber (20 ungläubige Jugendliche) mit unterschiedlichen Beschäftigungen (Schüler, Azubis, Studis, Arbeiter und Arbeitslose) sind nun mit Geist und Körperlichen Einsatzdabei den Autofetischistischen Umtrieben eins auszuwischen und dreist zu verkünden, die Autobahn ist noch zu verhindern und brave Bürger zum Widerstand zu verführen und denen zu erzählen sie kommen auch ohne die a17 bequem nach Prag.

Doch im ernst nervt uns die Gleichgültigkeit und die Ohnmacht der Dresdner sehr und es ist traurig wieviel Wert einem Auto beigemessen wird das aber der Wald stirbt betroffen hingenommen wird.

STOPPT DEN BETRUG!

Wir sehen diese Autobahn als ein konkretes Beispiel für viele krasse Ungerechtigkeiten in diesem Land (und überall), eben das nur materielle Werte zählenund deren Überfluß, die Vereinzelung der Menschen (Ellenbogen), der geschürte Rassismus, die Unvernuft wie mit menschlichen Werten und Gefühlen umgegangen wird, die politische Apathie und die Bürokratie, die Entfremdete, Manipulierte Lebensweise...



Hüttendorf gegen die A17, Am Erlengrund 9a, 01462 Zöllmen

Dagegen können wir uns sehr wohl ein anderes Leben vorstellen wo es Platz für Träume und Liebe gibt, wo Menschen selbstbestimmt Leben und Arbeiten, wo es keine Wertung gibt welche Hautfarbe oder Geschlecht ein Mensch hat und wo es ein solidarisches, liebevolles miteinander gibt.

Doch das erträumte Paradies fällt sicherlich nicht vom Himmel, **aber** vielleicht kann dies ein Schritt dahin sein.
Wir bleiben bis zum geplanten Baubeginn (Frühjahr 98) hier, werden wir von der Polizei (die nur zum Schutz vor uns selber und unserer Ketzerischen Gedanken und Gefühlen da ist) geräumt dann an einer anderen Stelle.

LEISTET ZIVILEN UNGEHORSAM !
KEINE AUTOBAHN HIER UND ANDERSWO!
FAHRT MEHR FAHRRAD!

Was Wir gut gebrauchen können...
Matratzen, Öfen, Kerzen, Bücher, Paletten, Nägel, Werkzeug, Küchengeräte, Kleidung, Decken, Teppich, Bauholz, Fresszeug, Infomaterial und sehr wichtig
Menschen die sich idealistisch engagieren! Schmeißt Euren Fernseher weg und kommt zu uns raus, bringt Euch ein

was wir sonst noch machen...
Radtouren, Protestwanderungen (jeden Sonntag 16Uhr mit anschliesenden Teetrinken und Gedankenaustausch), Infoveranstaltungen, Konzerte, Abendbrot im Camp (wir kochen selbst und auch Vegan),

Bäume pflanzen, Öko-Gatten anlegen, Hütten bauen...

denn HÜTTENDORF macht SPASS

Wegbeschreibung:
mit Linie 10, 2, 7
bis WÖLFNITZ
dann Bus 70 bis Pennrich (Gompitz)
Zu Fuß noch 15 min.

UNSERE ZUKUNFT ?



M99 Politische Kneipe & vegetarische Vokü

Manteuffelstr. 99 - Kreuzberg

Futtern (3 DM) Filme (ab 20.30 Uhr)

- **7. August** – Atomic Café – USA Atompropagandafilme der 40iger, 50iger Jahre
- **14. August** – Schade das Beton nicht brennt – Die Häuserbewegung Anfang der 80iger in Kreuzberg
- **21. August** – Chaos Tage Hannover 95 – Der Film zum Penny Markt und wie Punks Bullen ärgern
- **28. August** – Noahm Chomsky - Manufacturing Consens – Analyse über die manipulative Macht der Medien

Die neue ARRANCA! ist da!

Nr. 12 »Stadtplanung«, u. a.:
Mythos Öffentlicher Raum · Feministische Stadtplanung
Vertreibungen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in Südkorea · Klaus Viehmann über 1977 und Inge Vietts Buch »Nie war ich furchtloser« · Deutsche Kaffeebarone in Chiapas

erhältlich in jeder guten Buchhandlung

Gewalt und Vertreibung - Menschenrechte im ländlichen Brasilien

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit

Diolinda Alves de Souza
und
Agnor Viera

von der brasilianischen Landlosenbewegung
Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST)

Die brasilianische Landlosenbewegung MST ist in den letzten Jahren zur wichtigsten Basisorganisation und zur zweitwichtigsten oppositionellen Kraft Brasiliens geworden Der rapide Zuwachs der politischen Bedeutung des MST ist Ausdruck des wachsenden Widerstands gegen die Politik des brasilianischen Prasidenten Fernando Henrique Cardoso Denn gerade in der Frage der Agrarreform, die von der uberwaltigenden Mehrheit der Bevolkerung als dringend notwendig erachtet wird, manifestiert sich das Versagen der brasilianischen Regierung in besonders deutlicher Weise Nahezu 5 Millionen Kleinbauern-Familien besitzen kein eigenes Land, während alleine die 191 machtigsten Großgrundbesitzer uber mehr Land als 2 Millionen Bauern zusammen verfügen.

Die Landlosenbewegung MST kampft für eine gerechte Landverteilung, für eine Agrarpolitik zugunsten der Kleinbauern und für eine Gesellschaft, die keine Armen und Ausgeschlossenen produziert Das wichtigste Mittel in diesem Kampf ist die Besetzung von ungenutztem Großgrundbesitz In den zwolf Jahren seines Bestehens hat MST die Ansiedlung von 140 000 Familien erreicht In ihrem Kampf für eine Agrarreform wird die Landlosenbewegung von Kirchen, Gewerkschaften und weiten Teilen der zivilen Gesellschaft unterstutzt

Großgrundbesitzer und „staatliche Ordnungskrafte" reagieren auf die Opposition der Landlosen und deren Kampf um Land mit brutaler Repression Von 1990 bis 1995 wurden fast 1 000 Bauerngewerk-schafterInnen, kirchliche MitarbeiterInnen, Landlose und Kleinbauern und Kleinbauerinnen ermordet Vor einem Jahr wurden 19 Landlose in Pará von der Militärpolizei erschossen Eine Aufklärung dieses Verbrechens und eine Bestrafung der Tater steht bis heute aus Die Straflosigkeit (impunidade) ist generelle Praxis.

Der Offentlichmachung und Denunzierung dieser Verbrechen und internationalen Solidaritatsaktionen kommt eine große Bedeutung zu, konnen sie doch eine wichtige Schutzfunktion für den MST darstellen Im Rahmen einer europaweiten Rundreise, bei der sie auf die Landkonflikte und die Lage der Menschenrechte im landlichen Brasilien aufmerksam machen wollen, kommen mit Diolinda Alves de Souza und Agnor Viera zwei exponierte VertreterInnen des MST auch nach Berlin, was uns die Moglichkeit bietet, diese facettenreiche und beeindruckende Bewegung aus erster Hand kennenzulernen

Zeit: Dienstag, den 12. August 1997 um 19.30 Uhr

Ort: Mehringhof/Versammlungsraum(2.Stock),
(Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, U-Bhf. Mehringdamm)

Veranstalter: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung
Koordination: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL e.V.)
(Weitere Informationen unter Tel 693 40 29 / Jan Dunkhorst)

Der MehringHof

bietet für politische und kulturelle Veranstaltungen, auch Ausstellungen, insbesondere tagsüber, 2 Räume (VerSammlungsRaum, 180qm & den Blauen Salon, 40 qm) gegen ein z.T. geringes Endgeld, an. Keine Partys, Feste o.ä.

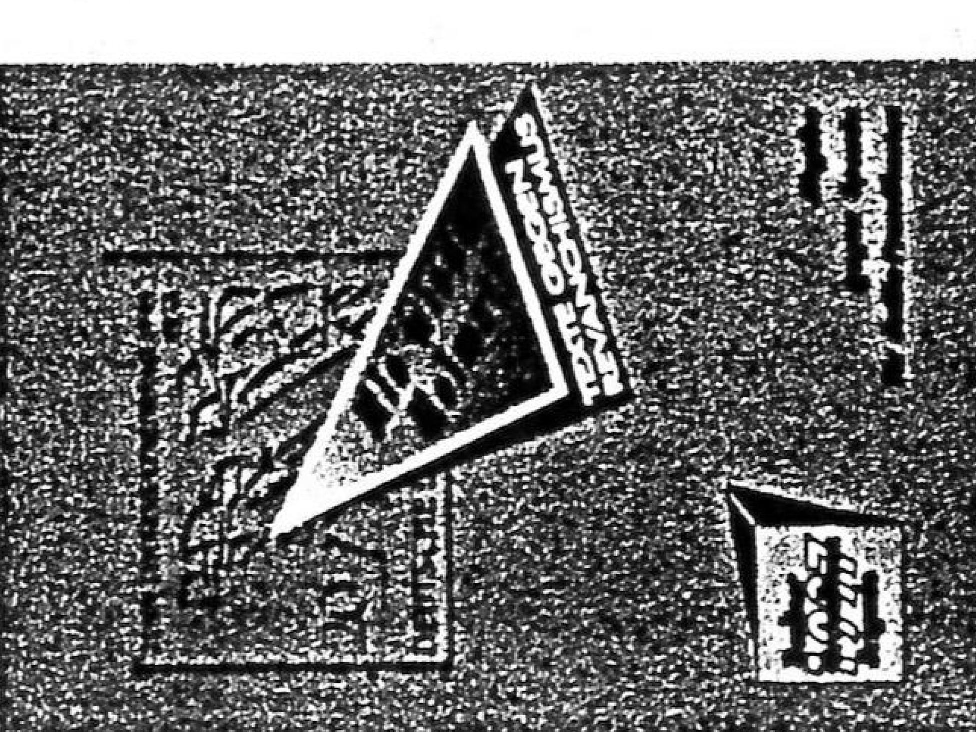
★Gneisenaustr. 2(A), 10961 Bärlin-Kreuzberg, Tel: 691 80 21 10°°- 15°°★

NIE WIEDER HEIMAT!

Texte gegen Revanchismus

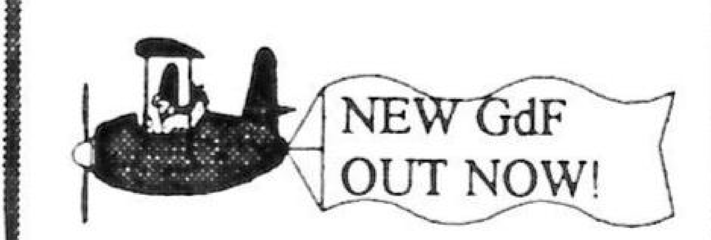
Reader (60 Seiten, A4) der Berliner BroschürenBrigade

Erhältlich für 1,50 DM Porto + Spende für Antifa-Prozeßkosten (Vorkasse!) bei BBB c/o Antifaschistische Initiative Moabit
Postfach 210 235
10502 Berlin



GEIST DER FREIHEIT

A-Flugschrift - Kreis Bergstraße
16. Jahrgang, Nr. 75 / Mai-Juni 1997



Themen: Kulturverein "hinnerum" · Hassgedanken zu Bensheim · Antifa Konzert · Ostermarsch in der Region · Spalt-Prozesse, zum letzten Castor-Transport · News aus Sachsen · Hungerstreik in Grieschenland · Justiz- und Polizeikonstrukt in Italien · Antifa-Demo in Aschaffenburg

Kostet 2.- & Porto 1,50 DM.
Kontakt:
GdF - c/o Cafe Exzess
Leipzigerstraße 91
D-60487 Frankfurt

Nr. 76 erscheint August 1997
Redaktionsschluß: 01.08.97



Den antifaschistischen Widerstand organisieren

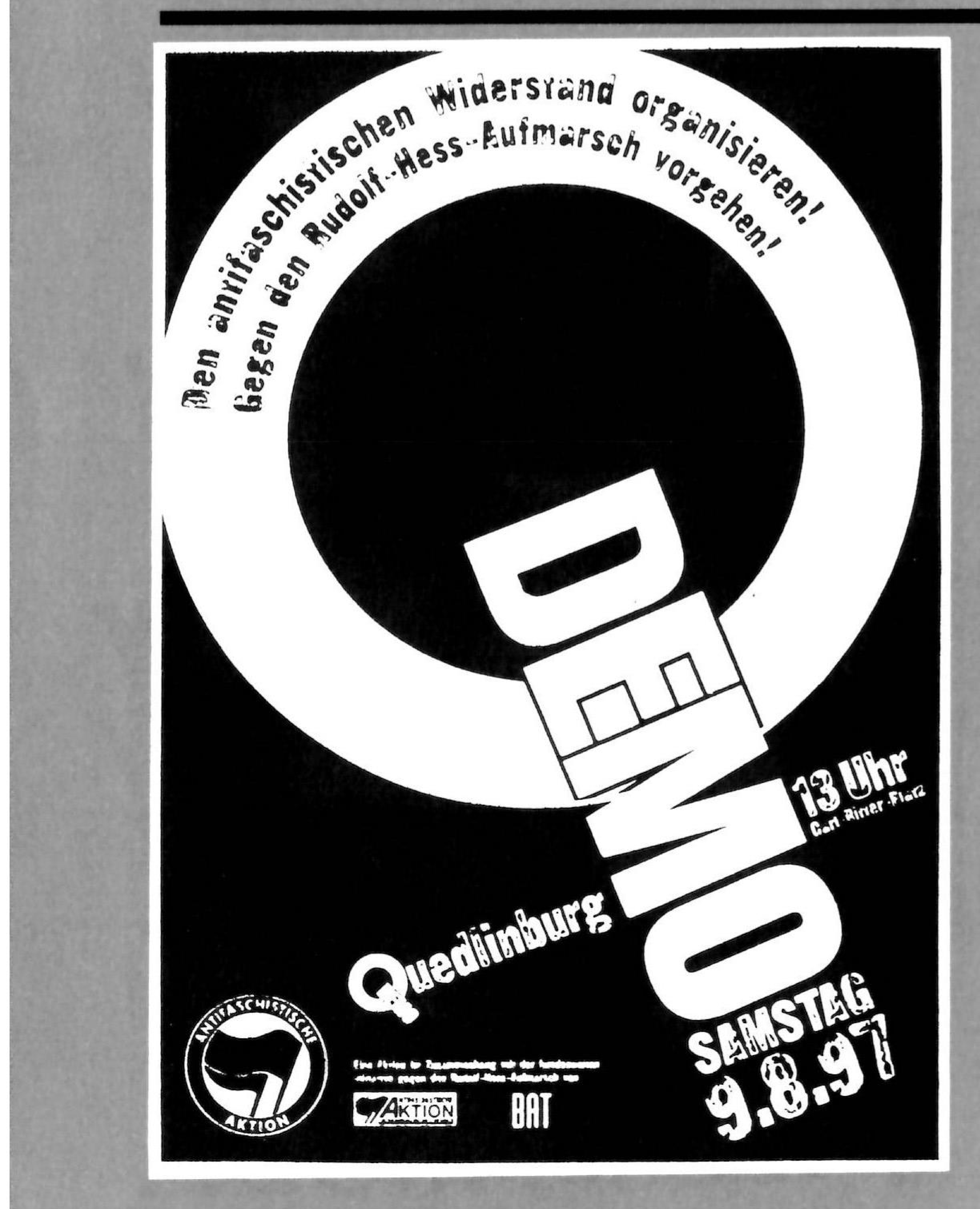
Schluß mit dem Naziterror!

DEMO



Nürnberg, Lorenzkirche

17. August, 14.00 Uhr





V.i.S.d.P.: Frida Krause, Nordring 13, Nürnberg